

Gestaltung urbaner Freiräume

Dokumentation der Fallstudien im Forschungsfeld
„Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“

Ein Projekt des Forschungsprogramms „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).



ExWoSt

Werkstatt: Praxis

In der Schriftenreihe Werkstatt: Praxis veröffentlicht das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) praxisorientierte Ergebnisse zu den Themen Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen und Bauwesen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Bearbeitung

Becker Giseke Mohren Richard
bgmr Landschaftsarchitekten, Berlin
(Auftragnehmer)
Dr. Carlo W. Becker
Sven Hübner

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung, Bonn
Stephan Willinger
Lars-Christian Uhlig

Gestaltung und Satz

Dörthe Schroerschwarz
Sven Hübner

Druck

Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung, Bonn

Bestellungen

stadtquartiere@bbr.bund.de
Stichwort: Werkstatt: Praxis Heft 61

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

ISSN 1436-0063 (Schriftenreihe)

ISBN 978-3-87994-961-8

Werkstatt: Praxis Heft 61
Bonn 2008

Vorwort

Der demografische Wandel beherrscht seit einiger Zeit die Diskussion über die Zukunft unserer Stadtgesellschaften. Wenn immer mehr ältere Menschen die Städte bewohnen, müssen Stadtquartiere so umgebaut werden, dass diese auch ohne Barrieren nutzbar sind und passende infrastrukturelle Angebote und Wohnungen vorhanden sind. Gleichzeitig werden die Städte durch sich wandelnde Lebensstile auch von Familien wieder als attraktive Wohnstandorte wahrgenommen. Daher müssen zukunftsfähige Städte den Ansprüchen aller Generationen gerecht werden. Wie können nun die Interessen aller Gruppen zusammengefügt und Konflikte verringert werden? Dieser Interessensausgleich zwischen den Generationen stellt eine entscheidende Herausforderung an die zukünftige Stadtentwicklung dar. Dabei erweist sich vor allem das Stadtquartier als Bühne für ein wechselseitiges Verständnis und für ein rücksichtsvolles Zusammenleben.

Das Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ versteht sich als Beitrag, städtische Lebensweisen für Jung und Alt wieder attraktiver zu machen. Ziel des Forschungsfeldes ist es, Strategien und Instrumente zu entwickeln, mit denen die Stadtquartiere für diese Bedürfnisse umgebaut und das Zusammenleben aller Generationen gefördert werden kann. Als zentrale Themen- und Handlungsfelder wurden Gemeinschaftseinrichtungen im Quartier, urbane Freiräume sowie Wohnen in generationsübergreifenden Nachbarschaften definiert. Wohnungen, Wohnumfeld und Infrastruktur sollen durch bauliche Maßnahmen den gewandelten Anforderungen angepasst und gleichzeitig Beteiligungsprozesse für die zukünftigen Nutzer optimiert werden.

Die Recherche nach geeigneten Fallstudien im Rahmen des Forschungsfeldes ergab zunächst eine Fülle von Projektideen, die die hohe Relevanz des Themas verdeutlichen. Bereits weitgehend fortgeschrittene bzw. abgeschlossene Vorhaben wurden als „gute Beispiele“ ausgewertet. Sie dienen als Referenzprojekte für solche Projekte, die im Rahmen des Forschungsfeldes als Modellvorhaben im Sinne von städtebaulichen Labors bis Ende 2009 wissenschaftlich begleitet und mit investiven Mitteln unterstützt werden.

Aus den insgesamt 30 Fallstudien können Hinweise für eine gelungene Umsetzung nach dem Motto „aus der Praxis für die Praxis“ entnommen werden.

Die ausgewählten Fallstudien bilden die Vielfalt städtischer Lebensräume ab – kleinstädtisch, Großwohnsiedlung, Stadtrand, Innenstadt – und spiegeln die Bandbreite unterschiedlicher Trägerformen wider – Kommune, Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Trägervereine. In den drei Themenschwerpunkten „Gemeinschaftseinrichtungen“, „urbane Freiräume“ und „Wohnen in Nachbarschaften“ reichen die konkreten Maßnahmen von der Umwandlung eines Kindergartens zu einem generationenübergreifenden Nachbarschaftstreff, der Schaffung attraktiver Freiflächen für Jung und Alt über unterschiedliche Formen der Wohnangebote bis hin zu technikgestützten Informationssystemen im Quartier.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Untersuchung von neun Fallstudien aus dem Themenschwerpunkt „Gestaltung urbaner Freiräume“ dargestellt. Sie zeigen, dass es einer integrierten Planung bedarf, um Freiräume für Jung und Alt zu schaffen: nötig ist ein offener Prozess, der schon bei der Programmfindung beginnt, eine umfassende Vermittlung an alle Nutzer, eine qualitätvolle bauliche Lösung. Da die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage ist, all diesen Anforderungen nachzukommen, stellt sich immer wieder die Frage nach der Finanzierbarkeit des Um- und Ausbaus und der Unterhaltung. Hier ist eine Aktivierung und Beteiligung aller Quartiersakteure, junger und alter Bewohner ebenso wie der Gewerbetreibenden nötig, die durch ihr Engagement, durch eine gemeinsame Planung und Realisierung ein Verantwortungsgefühl für ihr Quartier entwickeln. Es braucht neue Ideen und neue Partnerschaften, um einen solchen sozialen und räumlichen Gestaltungsprozess in Gang zu setzen.

Iris Ammann, Dr. Manfred Fuhrich,
Lars-Christian Uhlig, Stephan Willinger

Inhalt

Kurzfassung	1
Summary	3
Teil I – Ergebnisse	5
1 Einführung	6
1.1 Der demografische Wandel – Herausforderungen für die Freiraumentwicklung	6
1.2 Handlungsfelder für die Gestaltung urbaner Freiräume in den Stadtquartieren	8
2 Ziele und Aufgabenstellung des Forschungsfeldes	11
2.1 Forschungsleitfragen	12
2.2 Untersuchung der Fallstudien	13
2.3 Untersuchungsansatz	14
3 Typologie urbaner Freiräume, Gestaltungsanforderungen	15
3.1 Freiraumtypen im Quartierskontext	15
3.2 Anforderungen an die Freiraumgestaltung	18
3.3 Exkurs 1 – Image- und Wertgewinn der Stadtquartiere durch Freiraumentwicklung	20
4 Freiräume für alle Generationen – von der Strategie bis zu baulichen Lösungen	22
4.1 Kooperationen und Strategien für eine neue Freiraumproduktion	22
4.2 Exkurs 2 – Grünflächen und Stadtquartiere: Strategien aus der Sicht der Verwaltung	26
4.3 Der Planungsprozess	29
4.4 Räumliche, bauliche und gestalterische Lösungen	33
Teil II – Fallstudien	39
Fallstudie Wuppertal-Ölberg: Umgestaltung des Schusterplatzes	40
Fallstudie Essen-Altendorf: Ein Platz für alle an der Christuskirche	44
Fallstudie Mannheim: Quartiersentwicklung Jungbusch/Verbindungskanal	48
Fallstudie Bohmte: „Shared Space“	52
Fallstudie Dessau – Am Leipziger Tor: 400 qm Dessau	56
Fallstudie Chemnitz: Bunte Gärten vom Sonnenberg	60
Fallstudie Niedersachsen/Hannover-Linden: Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten/Küchergartenplatz	64

Fallstudie Hamburg: Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in starken Nachbarschaften	68
Fallstudie Saarbrücken: Freiraumentwicklungsprogramm Saarbrücken	72

Kurzfassung

Der demografische Wandel hat massive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in den Städten. Wesentliche stadt- und sozialstrukturell wirksame Größen dieser Veränderungen sind Alterung, Schrumpfung, Internationalisierung und Individualisierung der Stadtbevölkerung. In den großen deutschen Städten wird jede zweite Wohnung von nur einer Person bewohnt. Damit erfahren die urbanen, öffentlich zugänglichen Freiräume im Wohnumfeld einen Bedeutungszuwachs, denn sie sind Orte beiläufiger Kommunikation und Interaktion der Stadtbewohner¹. Für Familien wird die „Stadt der kurzen Wege“ für die Organisation der differenzierten Lebensstile immer wichtiger. In der Konkurrenz zum Wohnen im Grünen müssen in den innerstädtischen Quartieren jedoch Freiräume in hoher Qualität verfügbar und nutzbar sein.

Das Verständnis, wie Freiraumangebote in den Stadtquartieren geschaffen und qualifiziert werden, ändert sich. Freiraum wird von vielen Akteuren transformiert, schrittweise angeeignet, bespielt und in der Nutzung immer wieder verändert. Die frühere Beteiligung von Bürgern in der Planung durch Befragung und Information wandelt sich in einen dialogorientierten Prozess des Verhandels zwischen den Bewohnern, der Verwaltung und der lokalen Politik. Das staatliche Versorgungsdenken wird abgelöst, indem sich neue Akteure der Zivilgesellschaft in die Stadtproduktion mit einmischen und die Prozesse aktiv mitgestalten. Öffentliche Freiräume, die integraler Bestandteil des Alltags der Quartiersbewohner sind, stellen dabei eine niedrigschwellige Plattform für solche neuen Interessen am Stadtquartier dar. Freiraum wird so zum Bestandteil einer integrierten und prozessualen Stadtentwicklung im Dialog der Stadtakteure.

Die Lebensqualität und Attraktivität der Städte für Jung und Alt zu steigern, ist vor diesem Hintergrund ein zentrales Anliegen der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammen mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung ins Leben gerufene Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ (IFAS) ist ein wichtiger Baustein dieser bundesweiten Initiative für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Im Blickpunkt des ExWoSt-Forschungsfeldes steht die Frage, wie innerstädtische Quar-

tiere als Wohnort und als Erlebnisraum für alle Generationen lebenswert gestaltet und durch bauliche Maßnahmen an die sich wandelnden demografischen und sozialen Anforderungen angepasst werden können.

Diese Ausgabe der Werkstatt: Praxis widmet sich dem Themenschwerpunkt „Gestaltung urbaner Freiräume“. Im Mittelpunkt des Themenschwerpunktes stehen die „Orte des Alltags“ im Wohnumfeld der Stadtquartiere, in denen sich die Bürger aufhalten, begegnen, ihre Besorgungen erledigen und einen Teil ihrer Freizeit verbringen. Das städtische Wohnen braucht diese Freiräume, denn sie tragen wesentlich mit dazu bei, dass sich die Menschen in der Stadt wohlfühlen. Mit der vorliegenden Ausgabe werden die Ergebnisse der zweijährigen Untersuchung von neun Fallstudienprojekten vorgestellt, in denen bereits wichtige Erfahrungen zur Gestaltung familien- und altengerechter Stadtquartiere gemacht worden sind. Im Fokus der Untersuchung standen unter anderem folgende Fragen: Durch wen, mit wem und mit welchen Mitteln können die Freiräume gestaltet werden? Wie sehen attraktive, zeitgemäße Angebote für alle Generationen in den öffentlichen Räumen aus und wie können sie dialogorientiert entwickelt werden? Wie können alle Quartiersakteure aktiviert und beteiligt und bürgerschaftliches Engagement motiviert und durch eine gemeinsame

(1) Aus stilistischen Gründen werden geschlechtsspezifische Formulierungen verwendet, gemeint sind immer ausdrücklich Frauen und Männer



Dialogorientierte Stadtumbauplanung Dessau (Foto: Marion Zander)



Kinder gestalten ihre Umgebung, Workshop auf dem Schusterplatz in Wuppertal (Foto: Sabine Comes)

Planung und Realisierung ein Verantwortungsgefühl für das Quartier entwickelt und gefördert werden? Wie können neue Partnerschaften entstehen, um einen solchen sozialen und räumlichen Gestaltungsprozess in Gang zu setzen?

Die untersuchten neun Fallstudien zeigen, dass die Kommunikation und die Prozesse zum Freiraum im erheblichen Maße zu einer erhöhten Identifikation mit dem gesamten Stadtquartier führen. Die Quartiersbewohner bringen sich in Planungsprozesse ein, organisieren die kulturelle Bespielung von Freiräumen und übernehmen schrittweise Verantwortung für ihr Stadtquartier.

Damit ist die Neuanlage oder Sanierung von öffentlichen Freiräumen nicht mehr allein Aufgabe des Fachplaners. Die Stadtgesellschaft mischt sich zunehmend in die Gestaltung und Nutzung der Freiräume ein, wodurch diese zur Plattform einer Diskussion im Stadtquartier werden.

Bürgerschaftliches Engagement wird allgemein von Politik und Verwaltung gewünscht und begrüßt, benötigt aber ebenso eine entsprechende Unterstützung wie auch Anerkennung der Bürger und lokalen Akteure. Die Städte können – als Zuständige für den öffentlichen Stadtraum – Impulsgeber sein und mit Top-down-Strategien Anregungen zur Einmischung durch die Bewohner geben. Bottom-up-Ansätze können durch

Moderation und die Bereitstellung von Ansprechpartnern unterstützt werden. Transparent gestaltete Verfahren und Entscheidungsprozesse geben Vertrauen.

Freiraumgestaltung und -nutzung wird so zu einem Experimentierfeld, um exemplarische Lösungsansätze für die Schaffung lebenswerter Stadtquartiere im Zusammenleben aller Generationen zu schaffen. Dazu müssen

- Kooperationen und Strategien für eine neue Freiraumproduktion,
- Planungsprozesse von der Aktivierung bis zur Nutzung und
- innovative räumliche, bauliche und gestalterische Lösungen

entwickelt und erprobt werden. Wie dies geschehen kann, dafür gibt es keine Patentrezepte. Aus den untersuchten Fallstudien konnten aber wichtige Grundanforderungen abgeleitet werden.

Neue Kooperationen entstehen, wenn Beteiligung zum Dialog der Akteure führt, wenn Konflikte in einem Verhandlungsprozess der Stadtgesellschaft gelöst und gemeinsam Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. Dies setzt nicht nur ein verändertes Verhältnis zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik voraus, sondern vor allem auch die ressortübergreifende Kooperation innerhalb der Verwaltung. Dabei ist festzustellen, dass der Freiraum heute an Bedeutung gewinnt: Er ist nicht mehr ein der Stadt entrückter Grünraum, sondern wird zur Bühne städtischer Öffentlichkeit mit Sport-, Kultur- und Kunstaktionen sowie zahlreichen Festen. Entsprechend muss die Gestaltung und Ausstattung anlegt werden. Urbane Freiräume für Jung und Alt gehören zur Alltagswelt, müssen nutzungs offen sein und sollen unterschiedlichste Nutzungen ermöglichen und nicht vorschreiben. Urbane Freiräume müssen auf den Alltagswegen zugänglich sein, dazu reichen häufig kleine Maßnahmen, die für die Nutzer eine große Wirkung haben.

Kooperationen erfordern auch neue Formen der Planungsprozesse für das Stadtquartier. Die Fallstudien haben gezeigt, dass Beteiligung eine professionelle Beratung und Moderation im gesamten Prozess von der Ideenfindung bis zur Nutzung der Freiräume benötigt. Die Verknüpfungen zwischen Staat und Gesellschaft können damit vielfältiger und dichter werden.

Summary

Demographic change has had severe implications for living conditions in cities. Fundamental urban and social dimensions of these changes are aging, shrinkage, internationalisation, and individualisation of the urban population. In large German cities every second flat is occupied by only one person. Thus, the importance of publicly available open space in residential areas has grown, as it has become an area of incidental communication and interaction for those living in cities. Additionally, the “city of short distances” is becoming more and more important for families with regard to the organisation of differentiated life styles. In competition with inner cities rural and suburban areas must offer high-quality, useable open space.

The understanding of how open space is created and qualified in urban neighbourhoods is changing. Open space is transformed by many different actors, appropriated step by step, occupied, and its use has continuously changed. Previous processes of citizen participation in planning through questionnaires and information are now changing to a dialogue-oriented process of negotiation between residents, public authorities, and local politicians. The attitude of a providing state is being superseded. New actors in civil society are getting involved in the design of the city and are actively helping to shape it. Public open space, which is an integral part of residents’ everyday lives, provides a low-threshold platform for such new interests within the urban neighbourhood. Consequently, open space has become a component of integrated and procedural urban development in a dialogue among a city’s actors.

In light of this background, increasing the quality of life and the attractiveness of cities for young and old is a key concern of national urban development policies. Innovations for Appropriate Urban Neighbourhoods for Families and the Elderly (IFAS) research programme, established by the Federal Ministry of Transport, Building and Urban Affairs together with the Federal Office for Building and Regional Planning, is an important part of this national initiative for sustainable urban development. The focal point of the Experimental Housing and Urban Development (ExWoSt) programme is concerned with the questions of how inner cities can be designed as a place for all generations to live and experience life, and of how building

measures should be adapted to meet changing demographic and social demands.

This issue of Werkstatt:Praxis addresses the topic „Design of Urban Open Spaces“. With this, the central focus is on places of everyday life, i.e. areas within urban neighbourhoods where residents stop and linger, meet each other, run errands, and spend a certain amount of their leisure time. Such an open space is vital to life in cities, as it contributes substantially to urban dwellers’ sense of well-being. The current issue presents the results of a two-year investigation of nine case studies, which gained important experiences in the design of urban neighbourhoods appropriate for families as well as the elderly. The investigation also focused on the following questions: Who should design such an open space, who should be involved, and what means should be used? What does contemporary public open space attractive to all generations look like, and how can it be developed in a dialogue-oriented fashion? How can all actors be activated and involved, and civic engagement be motivated? How is it possible to develop a feeling of responsibility for a neighbourhood through common planning and implementation? How can new partnerships be created in order to get this kind of social and spatial design process up and running?

The nine case studies analysed possess that communication and processes leading up to the creation of open space often lead to increased identification with an entire neighbourhood. The area’s residents contribute to the planning process, organise the cultural use of open space, and gradually take over responsibility for their urban neighbourhood.

In this way the creation or restoration of public open space is no longer just the task of professional planners. As urban residents increasingly get involved in the design and use of open space, they make this process a platform for discussion within an urban neighbourhood.

Politicians and administrators generally encourage and welcome citizen participation, but this also requires both subsequent support and recognition of the citizens and local actors. Furthermore, cities can serve as initiators by using top-down strategies to encourage their citizens to become involved, because they are responsible for public open

space. In contrast, bottom-up approaches can be supported through moderation and by making contact persons available. Transparently designed procedures and decision-making processes will result in an overall feeling of trust.

Open space design and its use thus become a field of experimentation, which can generate exemplary solutions for the creation of urban neighbourhoods that are attractive for all generations. In order to do this,

- cooperation and strategies for the production of new open space,
- planning processes from the initial activation up to the final use, and
- innovative spatial, architectural, and design solutions

must be developed and tested. Unfortunately, there are no sure formulas for doing this. The case studies, however, allow us to draw up some important basic requirements.

New cooperative efforts are created when involvement leads to dialogue among the actors, when conflicts are solved in a negotiating process within a city's urban society, and when concepts are developed and put into action as a result of common endeavors.

This not only requires new and changed relationships between citizens, administrators and politicians, but also inter-agency cooperation with the administration itself. In general, it must be noted that open space is becoming more and more important: It no longer merely consists of abstract open space within a city, but serves as a stage for urban publicness, sport, art, and cultural activities as well as numerous festivals. Its design and furnishing must therefore be appropriate to these activities. Urban open space for both young and old belongs to the everyday world. It must be flexible, and allow for a great variety of uses without any stipulations or preconditions. Urban open space must be open to the public as it goes about its daily business. Small measures to this end are often of great benefit to users.

Cooperative efforts also require new forms of planning processes for urban neighbourhoods. The case studies have shown that participation requires professional consultation and moderation throughout the entire process, from the initial idea right up to the actual utilisation of the open space. The links between the state and its citizens can therefore become more varied and consistent.

Teil I – Ergebnisse

1 Einführung

1.1 Der demografische Wandel – Herausforderungen für die Freiraumentwicklung

Trends des demografischen Wandels

Der demografische Wandel hat massive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen in den Städten. Wesentliche stadt- und sozialstrukturell wirksame Größen dieser Veränderungen sind Alterung, Schrumpfung, Internationalisierung und Individualisierung der Stadtbevölkerung. Von diesen Entwicklungen sind alle bundesdeutschen Kommunen – und insbesondere die Städte – in unterschiedlicher Ausprägung betroffen.

Um diesen Trends des demografischen Wandels entgegenzuwirken, fördert der Bund das Wohnen von Familien in den Städten. Damit diese Strategie greift, müssen allerdings die Lebensbedingungen für die Familien in den Stadtquartieren attraktiv sein. In diesem Zusammenhang stellt gerade in den Innenstädten die Gestaltung und Nutzbarkeit urbaner Freiräume ein wichtiges Kriterium für die Wohnortwahl der Familien dar.

Der Anteil älterer Menschen wächst

Die Alterung der Gesellschaft wird sich immer deutlicher abzeichnen und in einem ra-

santen Tempo voranschreiten. Bis zum Jahr 2020 werden bereits alle deutschen Kommunen mit mehr als 5 000 Einwohnern gealtert sein.²

Waren 1950 lediglich 15 % der Bevölkerung in Deutschland älter als 60 Jahre, so wird sich der Anteil bis 2050 auf 38 % steigern. Etwa 12 % der Bevölkerung werden dann mit über 80 Jahren zu den Hochbetagten gehören.³

Die Befragung von 59 Städten durch den Deutschen Städtetag zur Prognose der Altersgruppenentwicklung verdeutlicht die Dimension des soziodemografischen Wandels und die regional sehr unterschiedliche Ausprägung:

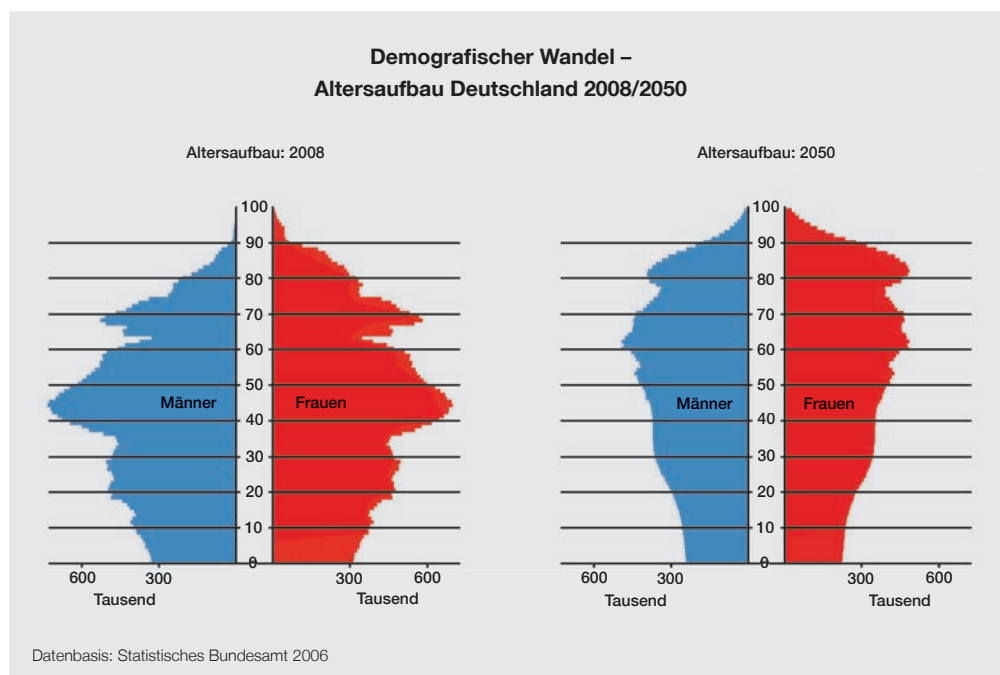
- Entwicklung der Zahl der 0- bis 16-Jährigen 2004–2020: minus 12 % im Westen, plus 14 % im Osten
- Entwicklung der Zahl der über 75-Jährigen 2004–2020: plus 54 % im Osten, plus 19 % im Westen⁴

Die Konsequenzen solcher Veränderungen für die Stadtentwicklung müssen frühzeitig erkannt werden, um mit geeigneten Konzepten darauf reagieren zu können. Quartiersbezogene Freiräume sind gerade für Ältere, die meist in Klein- oder Einzelhaushalten leben, besonders wichtige Orte für den Aufenthalt und die Kommunikation.

(2) Bertelsmann-Stiftung: Wegweiser Demografischer Wandel 2020, Gütersloh 2006

(3) Statistisches Bundesamt, Altersaufbau 1950/2050

(4) Demografischer Wandel. Herausforderungen, Chancen und Handlungsmöglichkeiten für die Städte. Arbeitspapier des Deutschen Städtetages. Köln und Berlin, Juli 2006





Der urbane Freiraum als Kommunikationsort in der Nachbarschaft, Schusterplatz in Wuppertal (Foto: Karsten Heer)

Mehr Einzelhaushalte und Individualisierung – Bedeutungszuwachs von Begegnungsräumen

Der Trend zu einer individualisierten Gesellschaft zeichnet sich besonders in den Städten ab. In den großen deutschen Städten lebt jeder vierte Bewohner in einem Einpersonenhaushalt. Das bedeutet, dass jede zweite Wohnung nur von einer Person bewohnt wird.⁵

Durch die Zunahme der individualisierten Lebensform wird das Stadtquartier mit seinen urbanen Freiräumen einen Bedeutungszuwachs erfahren. Wenn das beiläufige „Küchengespräch“ nicht mehr im familiären Kreis zu Hause geführt werden kann, dann werden Ersatzorte für die Kommunikation immer bedeutsamer. Statt der eigenen Wohnung bietet sich hierfür der urbane Freiraum an. Der öffentliche Raum kann niedrigschwellig genutzt werden, ohne Anmeldung, ohne Gebühren oder Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation. Er ist für alle Quartiersbewohner zugänglich und nutzbar. Die soziale Interaktion reicht von der nonverbalen Kommunikation und der Beobachtung bis zum intensiven Austausch in lockeren Gemeinschaftszusammenhängen.

Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung

Stadtentwicklung wird immer durch die Gleichzeitigkeit und das räumliche Nebeneinander von Wachstum und Schrumpfung geprägt. Dabei zeichnen sich regional zum Teil erhebliche Unterschiede ab. Die ländlich geprägten Regionen sind von der

Schrumpfung besonders betroffen, da sich Alterungs- und Abwanderungsprozesse überlagern. Aber auch die Städte, und hier wiederum mit Schwerpunkt in den neuen Bundesländern, verlieren Einwohner. Bis zum Jahr 2020 sollen etwa 50 % aller deutschen Kommunen mit mehr als 5 000 Einwohnern schrumpfen.⁶

Mit einer Verringerung der Flächenkonkurrenz in den Städten ergeben sich aber auch Chancen für die Attraktivitätssteigerung, indem neue Freiräume in den Stadtquartieren entstehen. Diese Potenziale müssen erkannt und strategisch in unterschiedlicher Richtung genutzt werden: In wachsenden Stadtquartieren steht die Schaffung zusätzlicher und multifunktionaler Freiräume in der Flächenkonkurrenz mit anderen Nutzungen im Vordergrund. In schrumpfenden Quartieren mit steigendem Freiflächenanteil geht es um die Entwicklung neuartiger Freiraumqualitäten mit kreativen und experimentellen Konzepten bei geringen finanziellen Mitteln. Die Überarbeitung und Anpassung des Bestandes der innerstädtischen Freiräume ist in allen Regionen gleichermaßen eine Aufgabe, um die Lebensbedingungen in den Stadtquartieren zu verbessern.

Urbanität ist wieder gefragt

Alterung, wandelnde Lebensstile und zunehmende Individualisierung führen dazu, dass sich der Trend zum Wohnen im Grünen umkehrt – Urbanität und kurze Wege sind wieder gefragt. Die „kreative Klasse“ der Gesellschaft, die laut der Wirtschaftstheorie des US-amerikanischen Professors Richard Florida mitentscheidend für die Entwicklung

(5) Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Leben in deutschen Städten. Bonn 2008

(6) Bertelsmann-Stiftung: Wegweiser Demografischer Wandel 2020, Gütersloh 2006

von Regionen ist, sucht die Heterogenität und die Vielfalt der Stadt.⁷

Für Ältere gewinnt die Nähe von Wohnen, Infrastruktur, Kultur und gesellschaftlichem Leben nach dem Ausstieg aus dem Berufsleben an Bedeutung. Für Familien sind städtische Quartiere interessant, wenn die Infrastruktur und entsprechende Angebote den Alltag der Familie zwischen Berufsleben und Kindererziehung unterstützen und damit die Lebensorganisation vereinfacht. Die Städte stehen damit vor der Herausforderung, auch ihre innerstädtischen Freiräume neu zu definieren und als Raum der Alltagswelt der Stadtgesellschaft zu qualifizieren.

Interessante Orte
für Familien schaffen
(Foto: bgmr)



Soziale Spannungen und Konflikte – Sicherheit als Anforderung

In vielen sozial benachteiligten Quartieren kommt es zu Spannungen und Konflikten zwischen Einzelpersonen und Gruppen. In den öffentlichen Freiräumen wird dies in Form von Verdrängung und Vandalismus augenscheinlich.

Schutz vor Kriminalität ist eine der wichtigsten Alltagsqualitäten in den Stadtquartieren, so die Ergebnisse der Umfrage des BBR 2008.⁸

Grünflächen, die in den 1970er/80er Jahren gebaut wurden, sind heute oft unübersichtlich und werden daher von vielen Bewohnern gemieden. Für den öffentlichen Raum sind daher problemorientierte Lösungsstrategien zu entwickeln, um objektive Gefährdungen und subjektive Empfindungen von Angsträumen zu vermeiden.

Knappe Kassen

Die Städte werden mit wachsenden Aufgaben konfrontiert, gleichzeitig werden der Handlungsspielraum und die finanziellen Möglichkeiten kleiner. Hiervon sind in erheblichem Maße auch die kommunalen



Unzeitgemäße Gestaltung aufgrund fehlender Mittel zur Modernisierung von Grünflächen: Hamburg (Foto: bgmr)

Grünflächenämter betroffen, deren Finanzmittel insbesondere für die Sanierung, Modernisierung, Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Freiräume in den letzten Jahren deutlich eingeschränkt worden sind. Gleichzeitig wachsen die Erwartungen an die Mitwirkung der Ämter bei den komplexer werdenden Planungs- und Beteiligungsprozessen sowie an die Baukultur.

1.2 Handlungsfelder für die Gestaltung urbaner Freiräume in den Stadtquartieren

Freiräume in der Stadt sind mehr als nur begrünte Flächen für den Naturgenuss und die Erholung. Die polarisierende Sichtweise von Stadt und Grün wird heute allmählich abgelöst und ersetzt durch ein integriertes Verständnis von urbanen Freiräumen in den Stadtquartieren. In den Konzepten der integrierten Stadtentwicklung werden urbane Freiräume zunehmend als Orte der gesellschaftlichen Interaktion und der Kommunikation im Alltag der Quartiersbewohner erkannt und behandelt.

Um die Freiräume in den Stadtquartieren an den demografischen Wandel anzupassen, müssen die aktuellen Defizite und zukünftigen Anforderungen in den Stadtquartieren erkannt und mit integrierten Konzepten geeignete Lösungen entwickelt werden.

Integrierte Konzepte nutzen nicht nur die städtebaulichen Stärken der Stadtquartiere, sondern zunehmend die gesellschaftlichen Kompetenzen, die auf der sozialen Vielfalt der Stadtbewohner basieren. Entsprechend der Konzeption des Diversity Managements (Vielfaltsmanagement) werden unterschiedliche Altersgruppen, Ethnien, Lebensstilorientierungen oder Gruppenzu-

(7)
Florida, R.: The Rise of the Creative Class. Basic Books, New York 2002

(8)
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Leben in deutschen Städten. Bonn 2008

gehörigkeiten nicht nur toleriert, sondern deren Kompetenz eingesetzt, um ein gemeinsames Ganzes zu entwickeln. Diversity Management – ein Konzept der Unternehmensführung – lässt sich auch auf den öffentlichen Stadtraum übertragen. Der öffentliche Raum, der für alle Bewohner zur Verfügung steht, wird mit den Kompetenzen der Stadtbewohner produziert. In der Konsequenz setzt das Diversity Management verstärkt auf die Bottom-up-Aktivitäten der Stadtgesellschaft. In Verknüpfung mit dem gewünschten bürgerschaftlichen Engagement schälen sich sowohl neue Formen der Produktion städtischer Freiräume als auch neue Formen der Gestaltung und Nutzung von urbanen Freiräumen heraus.

Vor diesem Hintergrund entstehen neue, komplexe Handlungsfelder in den Stadtquartieren:

Räume für die Begegnung und für den Aufbau sozialer Netze

Durch die zunehmende Individualisierung wird das Miteinander der Generationen außerhalb des Familiennetzes und die Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile immer bedeutsamer. Niedrigschwellige nachbarschaftliche Kontaktmöglichkeiten im Wohnumfeld der Stadtquartiere, die die Begegnung ermöglichen und fördern, sind daher eine wichtige Anforderung an die Gestaltung urbaner Freiräume. Daher müssen über die Gestaltung und über bauliche Lösungen im Freiraum Anlässe geschaffen werden, um ins Gespräch zu kommen, sich zu treffen und um sich über Alltägliches auszutauschen.

Qualifizierung der Freiraumangebote für Jung und Alt

Damit Familien und ältere Menschen in der Stadt verbleiben bzw. wieder zurückkehren, müssen

- durch eine kinder- und familienfreundliche Infrastruktur Anreize geschaffen werden und
- die städtischen Freiräume und das Wohnumfeld für die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen umgestaltet werden.

In diesem Kontext sind die Aspekte Sicherheit, Zugänglichkeit und Orientierung von großer Bedeutung, insbesondere damit Kinder und alte Menschen die Alltagsräume nutzen können und damit ältere, gebrech-

liche Menschen möglichst lange mobil bleiben können und somit in ihrer Wohnungsbau verbleiben können.

Neue Freiräume und Qualitäten in Stadtquartieren als Chance

Durch Schrumpfung oder Umstrukturierung entstehen in den Stadtquartieren neue Freiräume. Diese werden häufig von den Grünflächenämtern, Wohnungsgesellschaften oder Einzeleigentümern als Belastung verstanden, da die stadtwirtschaftlich nicht verwertbaren Flächen Kosten für Pflege und Unterhaltung verursachen. Gleichzeitig eröffnen sich mit den Rückbau- und Konversionsflächen auch Chancen für eine Qualitätssteigerung in den Wohnquartieren. Indem solche Freiräume als Verfügungsflächen und kreative Möglichkeitsräume für die Quartiersbewohner begriffen und genutzt werden, kann die monostrukturelle Gestaltung der wohnungsnahen Freiflächen in Großsiedlungen aufgebrochen bzw. in verdichteten Quartieren mit Freiflächendefiziten das Angebot an Aufenthalts- und Kommunikationsmöglichkeiten nachgebessert werden. Nicht zuletzt werden dadurch Standortvorteile gegenüber anderen Stadtquartieren hergestellt.



Quartiersbewohner bearbeiten „ihren“ Imkergarten (Foto: Heike Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau)

Stärkung der Identifikation

Für die Stabilisierung und das Miteinander der Generationen, Kulturen und Milieus ist es besonders in sozial benachteiligten, schrumpfenden und im Umbruch befindlichen Quartieren wichtig, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnviertel zu stärken.

Antworten darauf, wie die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld gefördert werden kann, sind nicht nur im baulich-gestalterischen Bereich zu suchen. Von entscheidender Bedeutung sind auch Verfahren und Prozesse zur Freiraumgestaltung, die darauf abzielen müssen, dass die Anwohner und die lokalen Akteure intensiv an der Gestaltung beteiligt werden und in einem bestimmten Rahmen auch Verantwortung für den öffentlichen Raum übernehmen können. Wenn die Bewohner der Stadt zu den „Machern“ der Stadt werden, wenn sie die Raumproduktion ihres Wohnumfeldes aktiv in die Hand nehmen, dann steigt die Identifikation mit dem Quartier.

Urbane Freiräume – neue Planungskultur und Baukultur

Mit der Erkenntnis, dass die urbanen Freiräume in den Stadtquartieren mehr als begrünte, gärtnerische Flächen sind, werden die Anforderungen an die Gestaltung, die Planungsprozesse, die Baukultur und auch die Nutzung komplexer. Der urbane Freiraum ist nicht nur ein Aufgabenfeld für Landschaftsarchitekten und Gärtner, sondern auch Ort und Aufgabe für den städtischen Sozialplaner, den Quartiersmanager, den Künstler und den Jugendbeauftragten.

Damit gewinnen ressortübergreifende Kooperationen in den Verwaltungen, die gleichzeitig im Bezug zur Stadtgesellschaft stehen, immer mehr an Bedeutung. Entsprechend müssen Planungsziele und auch die Planungskultur weiterentwickelt, qualifiziert und erprobt werden. In der Ressource „Kooperationen zwischen Fachressorts“ stecken noch erhebliche Entwicklungspotenziale, die aktiviert werden können.

Neue Formen der Produktion von urbanen Freiräumen

Das Verständnis, wie Freiraumangebote in den Stadtquartieren geschaffen werden, ändert sich. Freiraum wird von vielen Akteuren transformiert, schrittweise angeeignet, bespielt und in der Nutzung immer wieder verändert. Die frühere Beteiligung von Bürgern in der Planung durch Befragung und Information wandelt sich in einen dialogorientierten Prozess des Verhandeln zwischen den Bewohnern und Initiativen einerseits und der Verwaltung und lokalen Politik andererseits. Das staatliche Versorgungsdenken wird abgelöst, indem neue Akteure der Zivilgesellschaft sich in die Stadtproduktion mit einmischen. Die Zwischennutzer, die in

schrumpfenden Städten die Stadtbrachen mit vielen kreativen Ideen und Engagement als neue Freiräume besetzen und aufwerten, sind die Pioniere für diese neue Produktion von Raum.



Multikulti-Claim statt Stadtbrache (Foto: Heike Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau)

Fazit: Integrierte Handlungskonzepte und lokale Lösungen

Die komplexen Herausforderungen des demografischen Wandels benötigen neue Strategien und Verfahren für die Gestaltung lebenswerter Stadtquartiere für Jung und Alt.

Hierbei gilt es, bewährte Ansätze weiterzuentwickeln und auch nach neuen, Fachpolitiken übergreifenden Lösungswegen zu suchen. Fest steht: Für die Herausforderungen des demografischen Wandels gibt es keine „Generallösung“. Vielmehr ist auf lokaler Ebene nach individuellen Regelungen und Lösungen zu suchen, um die Stadtquartiere zukunftsfähig zu gestalten. Gefragt sind sowohl strategisch geleitete integrierte Handlungskonzepte auf der gesamtstädtischen Ebene als auch Projektlösungen auf der lokalen Ebene, die nachhaltig auf den Wandel und die geänderten Anforderungen reagieren.

Eine wesentliche Rolle spielen hierbei die Stadtquartiere. Einerseits, weil sich hier das alltägliche Zusammenleben unterschiedlicher Generationen, Kulturen und Lebensstile im unmittelbaren Lebens- und Lernumfeld der Stadtbewohner fokussiert und bewähren muss. Andererseits ist die Wohn- und Lebensqualität der Stadtquartiere in zunehmendem Maße ausschlaggebend für die Wohnortwahl derjenigen, die eine Wahlmöglichkeit haben.

2 Ziele und Aufgabenstellung des Forschungsfeldes

Das Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ knüpft an die oben genannten Herausforderungen und Handlungsfelder an und stellt die folgenden drei zentralen Kriterien in den Mittelpunkt der Betrachtung:

1. Handlungsebene Stadtquartiere
2. Nachbarschaft stärkender und Generationen zusammenführender Ansatz
3. Interdisziplinäre, integrierende und Fachpolitiken übergreifende Umsetzung

Der Themenschwerpunkt „Gestaltung urbaner Freiräume“ nimmt die Freiräume im Wohnumfeld der Stadtquartiere in den Blick. Hier geht es nicht um die herausgehobenen großen Plätze und repräsentativen Parks von gesamtstädtischer Bedeutung, sondern um die „Orte des Alltags“, an denen die Bürger sich aufhalten, begegnen, ihre Besorgungen erledigen und einen Teil ihrer Freizeit verbringen. Wohnen – insbesondere das städtische Wohnen – braucht diese Freiräume. Werden sie vernachlässigt, so trägt dies dazu bei, dass die Menschen sich in der Stadt nicht mehr wohlfühlen. Die Aufwertung der wohnungsnahen Freiräume ist damit ein wichtiger Baustein einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Durch wen, mit wem und mit welchen Mitteln können die Freiräume gestaltet werden? Zeitgemäße Antworten auf diese Fragen können nur im Zusammenwirken verschiedenster Akteure gefunden werden. Damit öffentliche Räume als attraktive Angebote wahrgenommen werden, ist eine integrierte Planung nötig: ein offener Prozess, der schon bei der Programmfindung beginnt, eine dialogorientierte Beteiligung erfordert und in einer qualitätsvollen baulichen Lösung mündet.

Da die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage ist, allen Anforderungen nachzukommen, stellt sich die Frage nach der Finanzierbarkeit des Um- und Ausbaus sowie der Unterhaltung der öffentlichen Freiräume. Hier ist eine Aktivierung und Beteiligung aller Quartiersakteure, junger und älterer Bewohner ebenso wie der Gewerbetreibenden nötig, die durch ihr eigenes Engagement, durch eine gemeinsame Planung und Realisierung ein Verantwortungsgefühl für ihr Quartier entwickeln. Es braucht neue Ideen und neue Partnerschaften, um einen solchen sozialen und räumlichen Gestaltungsprozess in Gang zu setzen.



Attraktiv gestaltete Plätze sind wichtige Alltagsorte der Begegnung im Quartier, Küchengartenplatz Hannover (Foto: foundation 5+ Kassel)

2.1 Forschungsleitfragen

Für das Forschungsfeld mit seinen drei Bausteinen

A Gemeinschaftseinrichtungen im Quartier – Umbau sozialer Infrastruktur

B Gestaltung urbaner Freiräume – öffentlicher Raum für alle Generationen

C Attraktives Wohnen im Quartier – Nachbarschaften von Jung und Alt

wurden übergeordnete Forschungsleitfragen entwickelt, die den gemeinsamen Rahmen für alle drei Themenschwerpunkte umfasst. Für die jeweiligen Themenschwerpunkte wurden dann weitere vertiefende Untersuchungsfragen konkretisiert.

Übergeordnete Forschungsleitfragen:

- Welche spezifischen Lebensinteressen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses der Generationen und der Geschlechtergerechtigkeit, erweisen sich als besonders relevant bezüglich Wohnung, Stadtquartier und Stadt?
- Welche konkreten Anforderungen an die räumliche Umwelt stellen die unterschiedlichen Altersgruppen an das Wohnen, an die Freiräume und an die Infrastruktur?
- Welche räumlichen Auswirkungen zeigen ausgewählte Fachplanungen auf den Handlungsebenen des Quartiers, des Wohnumfeldes, der Gebäude und der Wohnung?
- Welche raumwirksamen Interessensgegensätze und Nutzungskonflikte ergeben sich zwischen unterschiedlichen Altersgruppen?
- Welche innovativen Lösungsansätze erweisen sich als vorbildlich für die Schaffung lebenswerter Stadtquartiere und für das Zusammenleben aller Generationen?
- Wie können Stadtquartiere, Infrastruktur, Freiräume, Wohngebäude und Wohnungen dauerhaft lebenswert ausgerichtet werden, so dass den unterschiedlichen Lebensphasen entsprochen werden kann und sie sich wandelnden Anforderungen anpassen können?
- Welche Wechselbezüge zwischen Wohnen, Freiraum und Gemeinschaftseinrichtungen sind wesentlich für ein nachbarschaftliches Zusammenleben?
- Welche Akteure und Trägerschaften (Wohnungsunternehmen, soziale Träger, Unternehmen, Vereine, Private) erweisen sich als förderlich für die Sicherung und Schaffung lebenswerter Stadtquartiere?
- Welche Kooperationsformen und Verfahren begünstigen einen dauerhaften Interessensausgleich von Jung und Alt im Stadtquartier?
- Wie kann die Vernetzung von räumlicher Planung und anderen Fachplanungen so erfolgen, dass hieraus nachhaltig lebenswerte Stadtquartiere erwachsen?

Vertiefende Untersuchungsfragen zum Themenschwerpunkt „Gestaltung urbaner Freiräume“

- Welche Erlebnis- und Nutzungsmöglichkeiten sowie Chancen zur Aneignung der Freiräume bieten die öffentlichen Räume im Quartier den verschiedenen Generationen beiderlei Geschlechts und den unterschiedlichen Lebensstilgruppen?
- Wie können das Interesse und das Engagement von Bürgern und anderen kulturellen oder unternehmerischen Akteuren an der Gestaltung des öffentlichen Raumes im Quartier verbessert werden?
- Welches sind die entscheidenden Initiatoren und Kümmerer für innovative Konzepte, Strategien und Initiativen?
- Wie ist die räumliche Zuordnung der Quartier prägenden Freiräume zu den Gemeinschaftseinrichtungen zu gestalten, so dass diese von den Menschen im Quartier gut erreicht werden können und zugleich die öffentlichen Räume beleben?
- Wie können die privaten Freiräume von Wohnanlagen oder die Innenbereiche der Blöcke in das System öffentlicher Räume einbezogen werden?
- Wie können eine Dominanz einzelner Funktionen bzw. Interessengruppen vermieden, Nutzungskonkurrenzen geregelt und ein verträgliches Miteinander ermöglicht werden?
- Wie kann die Flexibilität für wechselnde Nutzungen – einschließlich der Möglichkeiten künstlerischer und experimenteller Ansätze – gesichert werden?
- Welche neuen Träger- und Kooperationsformen erweisen sich als vorteilhaft für die erfolgreiche Gestaltung und für die nachhaltige Akzeptanz, Unterhaltung und Nutzung der Freiräume?
- Welche rechtlichen Probleme und Lösungen ergeben sich für die Gestaltung attraktiver Freiräume im Stadtquartier?
- In welchem Umfang können Gestaltungsinitiativen im öffentlichen Raum die Identifikation mit dem Quartier verstärken, die Begegnung unterschiedlicher Kulturen und Lebensformen ermöglichen und zur Teilnahme auch an anderen bürgerschaftlichen Prozessen anregen?

2.2 Untersuchung der Fallstudien

In den in die Untersuchung einbezogenen Fallstudienprojekten sind bereits wichtige Erfahrungen zur Gestaltung familien- und altengerechter Stadtquartiere gemacht worden. Durch die gezielte Abfrage wurde dieses Wissen und die daraus resultierenden Erkenntnisse für das Forschungsvorhaben aktiviert und in dem vorliegenden Bericht ausgewertet.

Auch die Restriktionen und Hemmnisse bei der Planung, Umsetzung und dem Betrieb der Freiräume sind von Interesse, da andere Projekte auch von den Schwierigkeiten in der Projektumsetzung und den Stolpersteinen anderer lernen können.

Die Ergebnisse sollen Experimente fördern und übertragbare Strategien aufzeigen. Die Städte, Wohnungsgesellschaften und die Stadtgesellschaft insgesamt sollen ermutigt werden, sich aktiv für die Gestaltung urbaner Freiräume in den Stadtquartieren einzusetzen und auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren. Die Fallstudien dienen als Erfahrungssammlung aus der Praxis mit Blick auf die verschiedenen Akteure in den Stadtquartieren und sollen darüber hinaus auch eine Quelle für die Politikberatung sein.

Auswahl

Auf der Grundlage eines bundesweiten Projektauftrags des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sind über 300 Projektmeldungen für das Forschungsfeld mit seinen drei Themenschwerpunkten „Gemeinschaftseinrichtungen“, „Urbane Freiräume“ und „Wohnen von Familien“ eingegangen. Die eingereichten und recherchierten Projektvorschläge waren über das ganze Bundesgebiet verteilt. Im Themenschwerpunkt „Gestaltung urbaner Freiräume“ sind rund 100 Projektmeldungen in das Auswahlverfahren einbezogen worden.

Ausgehend von dem Profil des Forschungsfeldes waren für die Auswahl innovativer Projekte vor allem folgende Aspekte von Bedeutung:

- Nutzbarkeit der Freiräume für verschiedene soziale Gruppen, Altersgruppen und Milieus; Möglichkeiten zur Aneignung und Veränderbarkeit/Flexibilität
- Impulswirkung für das Stadtquartier („Ausstrahlung“)
- beispielhafte Planungs- und Projektbe-

teiligung (integrierte Planung, Planung als offener Prozess, Aktivierung verschiedener Generationen und sozialer Gruppen)

- beispielhafte Finanzierung, Trägerschaft für Unterhaltung und Betreuung (Einbindung lokaler Akteure als „Kümmerer“, Stiftungen etc.)

Aus dem Pool der über 100 Projektmeldungen wurden insgesamt 27 Modellprojekte ausgewählt (je Themenschwerpunkt neun Modellvorhaben), die sich noch in der Vorbereitungs- und Startphase befanden, aber dabei einen generationsübergreifenden, integrierten Gesamtansatz verfolgten. Diese Projekte werden über einen Zeitraum von drei Jahren beobachtet und begleitet. Die Auswertung der prozessualen Verfahren ist für 2009 vorgesehen.

Darüber hinaus sind in den drei Themenfeldern bundesweit insgesamt 30 Fallstudien ausgewählt worden, die neue Ansätze und Modelle für die Gestaltung, Aufwertung und bauliche Anpassung von Gemeinschaftseinrichtungen, urbanen Freiräumen und Wohnstrukturen verfolgen und teilweise bereits umgesetzt haben.

Die neun ausgewählten Fallstudien im Baustein „Urbane Freiräume“ sind gute Beispiele freiraumplanerischer Praxis in den Stadtquartieren. Sie sind bereits abgeschlossen bzw. in der Umsetzung fortgeschritten und können innovative Antworten auf die Fragen des Forschungsfeldes liefern. Folgende Projekte wurden als Fallstudien untersucht:

- Wuppertal-Ölberg: Umgestaltung des Schusterplatzes
- Essen-Altendorf: Ein Platz für alle an der Christuskirche
- Mannheim: Quartiersentwicklung Jungbusch/Verbindungskanal
- Bohmte: „Shared Space“
- Dessau: Am Leipziger Tor – 400 qm Dessau
- Chemnitz: Bunte Gärten vom Sonnenberg
- Niedersachsen/Hannover-Linden: Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten/Küchengartenplatz
- Hansestadt Hamburg: Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in starken Nachbarschaften
- Saarbrücken: Freiraumentwicklungsprogramm

2.3 Untersuchungsansatz

Während des Forschungszeitraumes 2006 bis 2008 wurden die Fallstudien kontinuierlich begleitet und der Entwicklungsprozess ausgewertet. Die Erkenntnisse aus den ausgewählten Fallstudien sind in mehreren Schritten und mit unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen ermittelt worden, die sich ergänzen und somit über den Bearbeitungszeitraum ein Gesamtbild ergeben.

Im Sommer 2007 erfolgte eine erste Bereisung der Fallstudien, wobei die Projektinformationen anhand eines Gesprächsleitfadens systematisch ermittelt wurden.

Im Januar 2008 wurde im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn mit Vertretern ausgewählter Fallstudien und externen Fachleuten ein Expertengespräch zum Thema „Neue Trägerschaften und Allianzen für urbane Freiräume“ geführt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie der Freiraum als Bühne gesellschaftlicher Interaktion und als Ort der Bildung sozialer Netze in den Stadtquartieren gestärkt werden kann. Anhand von Impulsreferaten sowie Statements zu den Erfahrungen aus den Fallstudien konnte ein vertiefter Einblick in das aktuell zum Einsatz kommende Instrumentarium zur Entwicklung urbaner Freiräume gewonnen werden.

Im Frühjahr/Sommer 2008 erfolgte eine erneute Bereisung der Fallstudien, um die weitere Entwicklung zu erfassen und vertiefend forschungsrelevante Fragen zu beantworten und Projekterfahrungen auszuwerten.

Bei den Bereisungen der Fallstudien wurden folgende Methoden angewandt:

- Expertengespräche mit Vertretern der Kommune, Planern, Initiatoren, Maßnahmenträgern und teilweise Nutzern (hierbei wurde darauf Wert gelegt, dass auch kontroverse Auffassungen ermittelt wurden)
- Beobachtung der Nutzung des Freiraumes und Kurzinterviews mit Nutzern
- szenarische Betrachtung der Projektumsetzung in Werkstattgesprächen
- Begleitung/Mitwirkung an Schlüsselveranstaltungen

Ziel war es, ein detailliertes Bild zu erarbeiten, welche Faktoren im Projektablauf zu erfolgreichen Ergebnissen geführt haben und wo Hemmnisse im Prozess aufgetreten sind.

Bei der detaillierten Untersuchung der Fallstudien wurde auch danach gefragt, wie die Projekte im Sinne der Stärkung der Stadtquartiere weiter optimiert werden könnten, beispielsweise durch bestimmte Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand, rechtliche und instrumentelle Ansätze, Impulsförderungen, Herstellung von Allianzen etc.

Aus den so gewonnenen Erkenntnissen können verallgemeinernd Strategieansätze für die Stärkung der Stadtquartiere mit ihren urbanen Freiräumen sowie Hinweise zur prozessualen und dialogorientierten Freiraumplanung in den Stadtquartieren entwickelt werden. Weiterhin werden übertragbare Lösungen zur räumlichen, baulichen und gestalterischen Aufwertung von generationsübergreifenden Freiräumen abgeleitet.

Für die Akteure der Fallstudien bestand darüber hinaus die Möglichkeit, sich über das forschungsinterne Intranet und im Rahmen der Fachtagung im September 2007 in Berlin über den Stand der Forschung und die anderen Projekte im Forschungsfeld zu informieren.

Auf einer Fachtagung im November 2008 in Braunschweig wurden die Ergebnisse der Fallstudienuntersuchung der Fachöffentlichkeit vorgestellt und diskutiert.

3 Typologie urbaner Freiräume, Gestaltungsanforderungen

3.1 Freiraumtypen im Quartierskontext

Die Freiräume, die in den Stadtquartieren entstehen, werden durch die städtebaulichen Strukturen, die demografischen Veränderungen, die soziale Situation in den Quartieren und auch durch die jeweiligen finanziellen Möglichkeiten der Städte beeinflusst. Außerdem werden Freiräume in den Stadtquartieren zunehmend aktiv mit und durch Bürger gestaltet. Auch dies wirkt sich auf die Konzepte und deren Umsetzung sowie auf die spätere Nutzung der Freiräume aus. Zwischen der Stadt und den Bürgern entstehen neue Partnerschaften und Kooperationen über den Planungsprozess hinaus.

Die Analyse der Fallstudien zeigt, dass es keine Generallösung für die Gestaltung urbaner Freiräume in den Stadtquartieren gibt, denn die Problemstellungen und Konstellationen in den Städten sind verschieden:

In den meist gründerzeitlich geprägten Innenstadtquartieren besteht die Aufgabe vor allem in der Umgestaltung der vorhandenen öffentlichen Freiräume. Viele dieser Stadtplätze und kleineren Parkanlagen wurden in den 1970er und 1980er Jahren das letzte Mal neu gestaltet. Nach drei Jahrzehnten der Nutzung ist eine umfassende Sanierung und Anpassung an die aktuellen Anforderungen der Stadtquartiere erforderlich.

Mit der Veränderung der Stadt- und Verkehrstechnik entstehen in den verdichteten Innenstadtquartieren Flächenpotenziale, um neue urbane Freiräume auf Konversionsflächen zu schaffen. Wie diese über Jahrzehnte aus der Stadt herausgelösten Flächen umgenutzt und in die Stadtstruktur integriert werden können, stellt eine Herausforderung und gleichzeitig eine Chance für die Stadtquartiere dar.

Verkehr ist nach wie vor ein zentrales Thema in den Städten. Während in den 1980er Jahren die Konzepte der Verkehrsberuhigung in den Innenstadtquartieren auf die Verkehrsverdrängung ausgelegt waren, geht es heute in neuen Konzepten um die Organisation eines partnerschaftlichen Miteinanders der verschiedenen Verkehrsteilnehmer.

Freiflächenentwicklung steht in Wachstumszeiten in der Konkurrenz mit anderen Flächennutzungen. Ein neues Phänomen

entsteht mit der Schrumpfung von Stadtquartieren, vor allem in den Großsiedlungen. Der Rückbau von Wohngebäuden und Infrastruktur hinterlässt ein Überangebot an Freiflächen, für das neue Nutzungsideen entwickelt und neue Bewirtschaftungsformen ausprobiert werden müssen. Teilweise entstehen mit diesen Freiräumen neuen Typs auch neue Partnerschaften mit Zwischennutzern und Raumpionieren.

Übergeordnete und stadtweite Konzepte zur Freiraumentwicklung werden dazu eingesetzt, um Einzelmaßnahmen und Projekte in eine Gesamtidee einzuordnen. Meist wird ein integrierter Planungsansatz verfolgt. Dabei geht es vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit seinen spezifischen Herausforderungen der Freiraumentwicklung um Anpassung, Umbau, Ergänzung und Qualifizierung.

Anhand der städtebaulichen Rahmenbedingungen und Problemstellungen in den unterschiedlichen Stadtquartieren lassen sich die untersuchten Fallstudien den folgenden charakteristischen Projekttypen mit jeweils spezifischen Akteurskonstellationen und Lösungsansätzen zuordnen:

- Plätze in gründerzeitlichen Stadtquartieren
- Neue Freiräume auf Konversionsflächen
- Straßenraum in klein- und randstädtischen Ortsmitten
- Neue Freiräume in schrumpfenden Quartieren
- Übergeordnete Konzepte und Strategien mit stadtweiter Bedeutung

Plätze in gründerzeitlichen Stadtquartieren



(alle Piktogramme auf den Seiten 16–18: bgmr)

In den gründerzeitlichen Stadtquartieren mit ihrer blockartigen, verdichteten Baustruktur werden an die wenigen vorhandenen zentralen Plätze und Freiräume vielfältige Anforderungen gestellt. Sie haben wichtige Verbindungsfunktionen, sind alltägliche Treff-, Freizeit- und Aufenthaltsorte und werden mit dem Wandel der Lebensstile zunehmend auch zur Bühne für die Selbstdarstellung der unterschiedlichen Gruppen und Milieus der Stadtgesellschaft. Viele öffentliche Plätze sind jedoch nicht mehr zeitgemäß gestaltet, zugewachsen und nur monofunktional nutzbar. Besonders in sozial benachteiligten Quartieren ergeben sich hieraus und aus dem Mangel an Freiräumen oft nachbarschaftliche Konflikte.

Neue öffentliche Orte werden entwickelt, indem unübersichtliche Platzsituationen beseitigt und offene, transparente Räume geschaffen werden, die das „Sehen und gesehen werden“ ermöglichen und die Nutzungsmöglichkeiten erweitern. Ein neuer Kristallisationspunkt für Begegnungen kann entstehen, wenn ein zusammenhängender Raum gestaltet wird, der für alle zugänglich ist und der mit seinen Ausstattungsmerkmalen unterschiedliche Nutzungen und Aneignungsformen für Jung und Alt erlaubt, diese aber nicht zwingend räumlich festlegt.

Die Initiatoren solcher Umgestaltungsprozesse sind durchaus unterschiedlich. Wie die Fallstudie Wuppertal belegt, kann die wesentliche Initiative aus dem Quartier selbst kommen und der Umgestaltungsprozess durch ein Netzwerk unterschiedlichster Akteure mitgetragen werden. In anderen Fällen – wie bei der Fallstudie Essen – werden

die Prozesse im Top-down-Prinzip durch die Stadtverwaltung angestoßen, häufig eingebunden und unterstützt durch bestimmte verwaltungsexterne Organisationsformen, wie z. B. das Quartiermanagement, und erst im Rahmen eines Beteiligungsprozesses im Stadtquartier verankert. Die Vielzahl der beteiligten Akteure und Fachressorts in der Verwaltung erfordert in jedem Fall eine gute Prozessmoderation und -steuerung und ein für alle Seiten transparentes Planungsverfahren.

Neue Freiräume auf Konversionsflächen



In verdichteten gründerzeitlichen Stadtquartieren ist häufig nicht nur ein qualitativer, sondern auch ein quantitativer Mangel an Freiräumen festzustellen. Mit der Umstrukturierung der Verkehrsträger und der technischen Infrastruktur sowie von Industrie und Gewerbe entstehen mit der Konversion Chancen zur Schaffung von neuen Freiräumen. Ehemalige Barriereräume in der Stadt werden transformiert zu neuen urbanen Zielorten und in das Gerüst der öffentlichen Räume integriert. In der Fallstudie Mannheim wird der Prozess der Transformation eines ehemaligen Hafengeländes in direkter Nachbarschaft zu einem dicht bebauten gründerzeitlichen Quartier umgesetzt. Hierbei werden Allianzen mit Kunst und Kultur genutzt, um ein neues Image zu entwickeln und die Identifikation der Bewohner mit dem industriell geprägten Raum als neuen Teil ihres Stadtquartiers zu fördern.

Straßenraum in klein- und randstädtischen Ortsmitten



In kleineren Städten, aber auch in randstädtischen Quartieren größerer Städte sind die historischen Ortsmitten meist die einzigen Räume, die eine urbane Verdichtung und eine Bedeutung als öffentlicher Raum für die alltägliche Begegnung erlangen können. Urbanität entsteht hier durch die enge Verzahnung von öffentlichen und privaten Räumen und die räumliche Konzentration der Einkaufsmöglichkeiten, Gemeinschaftseinrichtungen und Dienstleistungsangebote bei einer guten verkehrlichen Anbindung. Der Durchgangsverkehr bringt Kunden und Besucher und trägt damit zur Belebung bei. Gleichzeitig beeinträchtigen das hohe Verkehrsaufkommen durch Lärm, hohe Fahrgeschwindigkeiten und Unfallgefahren sowie die meist monofunktional ausgerichtete Straßenraumgestaltung eine gleichberechtigte urbane Freiraumnutzung.

Die Gestaltung des Straßenraumes nach einem Konzept, das die herkömmliche Trennung der verschiedenen räumlichen Funktionen im Verkehrsraum aufhebt und das bauliche Leitsystem auf ein Minimum reduziert, kann – wie die Fallstudie Bohmte zeigt – ein Lösungsansatz sein, um gemeinschaftlich und gleichberechtigt nutzbare Straßenräume zu entwickeln, ohne den Durchgangsverkehr und damit die notwendige Frequenz für urbanes Leben durch den Bau von Ortsumgehungen zu verlagern. Dabei wird in erster Linie auf gestalterische Mittel gesetzt, um soziales Verkehrsverhalten zu fördern. In der Fallstudie Bohmte ist es gelungen, die räumliche und funktionale Dominanz des Autoverkehrs so weit aufzuheben, dass die Ortsmitte wieder zu einem für alle Bewohner gleichberechtigt nutzbaren Straßenraum geworden ist.

Neue Freiräume in schrumpfenden Quartieren

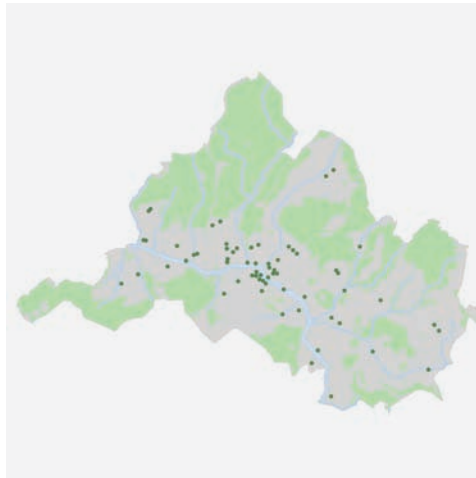


In Großsiedlungen mit erheblichem Rückbau von Wohngebäuden und Infrastruktureinrichtungen wird vielerorts nach einer Neubestimmung von Stadträumen und nach neuen Stadtqualitäten gesucht. Da eine bauliche Nachnutzung meist mittel- bis langfristig nicht in Sicht ist, erhält die Freiraumentwicklung hier ein besonderes Gewicht. Gefragt sind vor allem neue Formen einer kostengünstigen Freiraumnutzung, die gleichzeitig das Stadtquartier mit aufwerten, damit die Kosten für die gärtnerische Pflege nicht zu einer erheblichen Belastung der Wohnungsgesellschaften und Kommunen werden. Die Rückbauflächen werden als Möglichkeitsräume für Ideen und Nachfragen der Bewohner verstanden und sollen dazu beitragen, die Lebensqualität zu verbessern.

In der Fallstudie Dessau werden unter dem Motto „Fläche sucht Nutzer“ 400 m² große Garten-Claims an Einzelpersonen und Vereine zur In-Kulturnahme vergeben. So entstehen in der weiträumigen Rückbaulandschaft besondere, individuell geprägte Freiraumtypen und auch neue Landschaftsbilder, die sich gerade im Kontrast zum rückgebauten Umfeld als urbanisierte Orte abzeichnen und die als Begegnungs- und Identifikationsorte dienen können.

Auch in der Fallstudie Chemnitz entsteht auf Rückbauflächen ein Grünzug mit „Bunten Gärten“, die neue Freizeitangebote und vielfältige individuelle Nutzungen durch Bewohner und Initiativen ermöglichen. Die öffentliche Hand und Wohnungsgesellschaften stellen den Rahmen her, die Aneignung bleibt der Kreativität und den Aktivitäten der Bewohner überlassen.

Übergeordnete Konzepte und Strategien mit stadtweiter Bedeutung



Neben diesen Fallstudien, die einen konkreten Projekt- und Umsetzungsbezug haben, wurden drei Fallstudien ausgewertet, die einen übergeordneten bzw. stadtweiten konzeptionellen und strategischen Ansatz verfolgen. Mit der Erkenntnis über bestimmte wiederkehrende Problemlagen (Sicherheit im öffentlichen Raum, Mobilitätseinschränkungen für ältere Menschen, Fehlnutzungen von Freiräumen) werden Ziele, Methoden und beispielhafte Konzepte entwickelt, die als Handlungsanleitung für eine Übertragung auf den konkreten Ort genutzt werden können. Damit entsteht Problembewusstsein in den Stadtquartieren und es werden exemplarisch Lösungsansätze aufgezeigt.

In der Fallstudie Niedersachsen/Hannover werden Strategien für mehr Sicherheit im Stadtquartier entwickelt und in der Fallstudie Hamburg Mobilitätschancen für ältere Menschen verbessert. Aufgrund des demografischen Wandels und der damit verbundenen veränderten Ansprüche an den Freiraum wird in der Fallstudie Saarbrücken über ein Freiflächenprogramm die gesamtstädtische Freiraumkulisse auf den Prüfstand gestellt. Daraus ergeben sich jeweils konkrete Maßnahmen zum Rückbau und Umbau, zur Qualifizierung und Erweiterung der städtischen Freiräume. Diese Top-down-Konzepte zielen darauf ab, dass übergeordnete Ziele und Handlungsanleitungen als Anregungen und Hilfestellungen für die Umsetzung auf der Quartiersebene vorbereitet werden.

3.2 Anforderungen an die Freiraumgestaltung

Unter Berücksichtigung der eingangs beschriebenen Handlungsfelder und der gemeinsamen Ansprüche der Stadtbewohner ergeben sich für die Planungs- und Baukultur von urbanen Freiräumen folgende Anforderungen:

Prozessgestaltung mit den Quartiersbewohnern

Die Beteiligung und Einbindung der Bewohner als Experten und Nutzer des Freiraumes ist heute weitgehend Standard. Neu ist, wenn Partizipation als ein dialogorientierter Prozess der Freiraumproduktion mit und von den Quartiersbewohnern entwickelt wird. Die Balance zwischen Bottom-up und Top-down muss dabei immer wieder neu bestimmt und gefunden werden.

Nachhaltigkeit in der Gestaltung, Pflege und Unterhaltung

Aufgrund der vielfältigen und sich wandelnden Ansprüche von Alt und Jung auf der einen Seite und den kleiner werdenden kommunalen Handlungsspielräumen auf der anderen Seite ist eine „robuste“ und möglichst flexibel nutzbare Grundstruktur der Freiräume wesentlich für die nachhaltige Gestaltung urbaner Freiräume.

Der öffentliche Freiraum ist das Abbild der Baukultur der jeweiligen Epoche seiner Entstehung. Insofern spiegelt sich in der gestalterischen Qualität, aber auch im Pflege- und Unterhaltungszustand der Freiräume der Wert eines Stadtquartiers wider. Auch noch nach Jahren der Herstellung sollen die Freiräume als kultivierte Orte in der Stadt ansehbar und nutzbar sein. Daher ist bereits bei der Planung die langfristige Pflege und Unterhaltung zu berücksichtigen.

Zugänglichkeit

Die Zugänglichkeit setzt eine gute Erreichbarkeit und Einbindung der Freiräume in das Netz der Alltagswege voraus. Außerdem müssen die Zuwegungen für alle Altersgruppen geeignet sein. Zugänglichkeit bedeutet auch, dass Verdrängungsprozesse von einzelnen Nutzern durch dominante Gruppen vermieden werden.

Soziale und funktionale Einbindung der Freiräume

Der urbane Freiraum soll zum Ort der offenen Kommunikation im Stadtquartier werden und somit Treffpunkt der Quartiersbewohner aller Generationen. Wichtig ist daher, dass der Freiraum für die Nachbarschaften offen und mit den Gemeinschaftseinrichtungen verknüpft ist. Wenn der öffentliche Freiraum als erweiterter Aktionsraum für das Wohnen der Quartiersbewohner verstanden und angenommen wird, wird er zum integralen Bestandteil des Quartierslebens.

Nutzungsoffene Räume

Ein Freiraum für alle Generationen muss multifunktional nutzbar sein. Gleichzeitig müssen besondere Ansprüche einzelner Gruppen, z. B. die von Kleinkindern, von Jugendlichen oder Älteren, integriert werden.

Insofern muss eine Balance zwischen Nutzungsoffenheit und gruppenspezifischen Angeboten gefunden werden. Der Freiraum wird zu einem Möglichkeitsraum, der Nutzungen erlaubt, aber nicht zwingend vorschreibt.

Belebung und Sicherheit

Freiräume, die unter Berücksichtigung dieser Ziele gestaltet sind, tragen zur Belebung des Raumes und zu mehr „gefühlter“ Sicherheit bei. Gleichzeitig müssen Angsträume offener und transparenter werden, um Kriminalität im Freiraum vorzubeugen. Für mehr Sicherheit müssen spezifische, auf den Raum und die Stadtgesellschaft bezogene Konzepte und Verfahren entwickelt werden, um die Identifikation mit den neu gestalteten Freiräumen zu fördern. Dies beugt auch Vernachlässigung und Vandalismus vor.



Der Quartiersplatz im Jungbusch – flexibel nutzbar, robust und transparent gestaltet (Foto: Stadt Mannheim)

3.3 Exkurs 1 – Image- und Wertgewinn der Stadtquartiere durch Freiraumentwicklung

Die Qualität urbaner Freiräume aus immobilienwirtschaftlicher Sicht

Dass ein grünes Umfeld für Immobiliennutzungen eine besondere Qualität aufweisen kann, die wirtschaftliche Vorteile bedeutet, ist nicht mehr nur die Meinung einiger „grüner“ Freiraumgestalter. Zunehmend wird auch von der Immobilienbranche erkannt, dass Grün- und Freiraumqualitäten ein die Immobilie und die Quartiere qualifizierendes Merkmal darstellen, das für Immobiliennutzer und -käufer eine große Bedeutung aufweist.

Insbesondere für zahlungskräftige neue Urbaniten bzw. Bewohner der Innenstädte stellt das grüne Umfeld und die Erreichbarkeit von ansprechenden Erholungsflächen in den Wohnquartieren eine besondere Wichtigkeit dar. So stimmen z. B. 47,2 % der Befragten in einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in München der Aussage zu, dass mehr Grünflächen in der Wohnumgebung notwendig sind, um die Wohn- und Lebensqualität des Stadtteils zu verbessern.⁹ Damit liegt diese Antwortmöglichkeit auf Platz 2 der „Dringlichkeitsliste“. In einer weiteren, repräsentativen Befragung unter 2 000 Bürgern (über 14 Jahren) nach wichtigen Dingen für das Leben und Wohnen in der Stadt kamen „gepflegte Park- und Grünanlagen“ in der Innenstadt mit einer Zustimmungquote von 71 % auf den ersten Platz. Damit rangieren sie vor der „Erreichbarkeit der Innenstadt“, den „Freizeit- und Kulturangeboten“ und den Themen „Sicherheit“ und „Sauberkeit“ etc..

Die Immobilieneigentümer und die Projektentwickler achten zunehmend darauf, dass bei ihren Projekten die Grün- und Freiflächen nicht mehr nur eine Alibi-Funktion im Sinne von „Abstandsgrün“ oder natürlich wirkendem Accessoire übernehmen. Ein Zusammenhang zwischen Immobilienwert und Erreichbarkeit schöner und interessanter Frei- und Grünflächen lässt sich nachweisen. Es ist z. B. auffällig, dass die Bauträger und Entwickler im Rahmen der Projektentwicklungsschritte von Bauprojekten häufig den „Stadtspark“ inmitten des Projektgebiets bereits recht frühzeitig anlegen lassen, um den neuen Bewohnern zu signalisieren, dass bereits erste Qualitäten Einzug in das Baugebiet gehalten haben. Dies wird insbesondere aus der Perspektive des Marketings als wichtiger Schritt angesehen.

Freiräume als Basis für Kreativität und Identität

Bei dem Bedeutungszuwachs von Grün- und Freiflächen geht es jedoch nicht nur um Marketingargumente. Es wird immer deutlicher, dass eine wachsende Gruppe der potenziellen neuen Innenstadtbewohner Wert auf Erlebnis- und Erholungsflächen in der Nähe ihrer Wohnquartiere und Dienstleistungsarbeitsplätze legt. Insbesondere „neue“ Dienstleistungsbranchen wie z. B. die Medien- und Kreativbranche suchen ein qualitativvolles und spannungsreiches Umfeld, um kreativ und damit produktiv zu sein. Dies lässt sich ebenfalls für die neuen Standorte der Wissensökonomie in den Städten nachweisen. Will man diese Klientel als Nutzer oder Käufer eigener Immobilienprojekte gewinnen, so sollte man sich ausreichend Gedanken über diese Freiraumqualitäten machen.

Der Anspruch, den die modernen Städter an die Freiräume stellen, steigt ebenfalls an. Freiräume sollten so gestaltet sein, dass es keine Ansätze für die Entstehung von Angsträumen mehr gibt. Ziel sollte es sein, sichere Räume mit guter, offener Gestaltung zu offerieren, die mit einer ausreichenden Vielfalt an Angeboten verbunden sind. Dazu gehören beispielsweise gastronomische Angebote und Angebote zur Freizeitnutzung. Auch die Einbindung von leichten bzw. temporären Bauten für öffentliche Events (z. B. Open-Air-Bühnen, Sportflächen, Angebote für Kinder, improvisierte Flächennutzungen unterschiedlicher Art) kann eine wichtige Ergänzung der Grün- und Freiraumgestaltung darstellen. Hierbei ist freilich aus der Perspektive der Nutzer und Eigentümer darauf zu achten, dass es nicht zu Konflikten mit der Wohnnutzung kommt.

Eine erfolgreiche Gestaltung des Wohnumfeldes und der erreichbaren Grün- und Freiflächen entfalten auch aus der Sicht der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft soziale

(9) Brühl, Hasso et al.: Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?. – Berlin 2005. = Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Band 41

(10) Horst W. Opaschowski: Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft. – Berlin 2005

Qualitäten, die sich in einer steigenden Identifikation der Bürger mit ihrem Quartier, in geringeren Fluktuationsraten, abnehmendem Vandalismus und höherer Sicherheit der Anlagen zeigen.

Ausstrahlungseffekte öffentlicher Freiräume

Zudem haben Investitionen in das Wohnumfeld und die näheren Grün- und Freiflächen so genannte Spill-over- bzw. Ausstrahlungseffekte, die dazu führen können, dass andere Eigentümer und Nutzer benachbarter Liegenschaften dem guten Beispiel folgen und ebenfalls Investitionen in ihre Bestände vornehmen. Häufig kann in (insbesondere problematischen) Quartieren abwartendes Verhalten der Investoren festgestellt werden. Dieses strategische Verhalten lässt sich mithilfe des Begriffs des „Gefangenendilemmas“ beschreiben. Letztlich führt das Warten auf das Investieren anderer zu einem Stillstand im Gebiet: Niemand will der erste sein, der „gegen den Strom“ und damit mit einem höheren Risiko zum Wohle der anderen investiert. Mit einer gut geplanten gemeinsamen Umfeld- und Freiraumstrategie kann eine derartige Handlungsblockade aufgebrochen und eine Negativentwicklung von Quartieren ins Gegenteil gedreht werden. Hierzu sind jedoch ein gutes Konzept, eine gemeinsame Überzeugung der Akteure und meist auch eine öffentliche Unterstützung vonnöten.

Neue Strategien zur erfolgreichen Entwicklung von Grün- und Freiflächen können z. B. durch das erfolgreiche Branding bzw. Place-Making durch entsprechende Einrichtungen oder auch Happenings erfolgen. Die Fallstudie Mannheim zeigt hier mit der Pop-Akademie und dem Gründerzentrum „Musikpark Mannheim“ als Initiatoren/Inkubatoren eindrucksvoll, wie ein solches Place-Making vonstatten gehen kann. Aber auch die Aufwertung von Straßen und öffentlichem Raum mithilfe des Shared-Space-Konzeptes in Bohnte zeigt einen interessanten Ansatz zur Gewinnung neuer Nutzungspotenziale von öffentlichen Räumen durch die Einbindung von Bürgern und ihren Interessen.

Prof. Dr. Guido Spars, Bergische Universität Wuppertal, Lehrstuhl „Ökonomie des Planens und Bauens“ und geladener Experte beim Fachgespräch „Neue Trägerschaften und Allianzen für urbane Freiräume“ am 30.11.2008 in Bonn.



„Ausstrahlungseffekte“ an der neuen Promenade am Verbindungskanal, Popakademie in Mannheim (Foto: Stadt Mannheim)

4 Freiräume für alle Generationen – von der Strategie bis zu baulichen Lösungen

Die Untersuchung der Fallstudien hat gezeigt, dass die Freiräume in den Stadtquartieren einen hohen Stellenwert bei der Wohnortwahl haben. Gradmesser für die Wertschätzung der Stadtquartiere ist nicht das Repräsentationsgrün der Schlossgärten, die Einkaufsmall, der Festplatz oder Parkanlagen mit gesamtstädtischer Bedeutung, sondern vielmehr das Erscheinungsbild und die Nutzbarkeit des öffentlichen Alltagsraumes, in dem sich das tägliche Leben abspielt. Bei der Wohnortwahl wird danach gefragt: Ist das Stadtquartier mit seinen Freiräumen für das Leben in der Familie geeignet? Können die Kinder ihre Alltagswege alleine bewältigen? Welche Aufenthalts- und Spielqualitäten bietet das Wohnumfeld? Ältere, die die Möglichkeit der Wohnortwahl haben, fragen nach der Sicherheit der öffentlichen Räume und nach der guten Erreichbarkeit der alltäglichen Zielorte im Stadtquartier. Sehen die Freiräume gepflegt aus, laden diese zum Verweilen ein, oder sind es Orte, die gemieden werden?

Die Neuanlage oder Sanierung von öffentlichen Freiräumen ist nicht mehr allein Aufgabe des Fachplaners. Die Stadtgesellschaft mischt sich zunehmend in die Gestaltung und Nutzung der Freiräume ein. Da bürgerschaftliches Engagement allgemein gewünscht ist, wird der öffentliche Freiraum zur Plattform einer Diskussion im Stadtquartier. Die Städte können – als Zuständige für den öffentlichen Stadtraum – Impulsgeber sein und mit Top-down-Strategien Anregungen zur Einmischung geben oder Bottom-up-Ansätze qualifiziert unterstützen.

Freiraumgestaltung und -nutzung wird so zu einem Experimentierfeld, um exemplarische Lösungsansätze für die Schaffung lebenswerter Stadtquartiere im Zusammenleben aller Generationen zu schaffen. Dazu müssen

- Kooperationen und Strategien für eine neue Freiraumproduktion,
- Planungsprozesse von der Aktivierung bis zur Nutzung und
- innovative räumliche, bauliche und gestalterische Lösungen

entwickelt und erprobt werden. Hierzu bieten die untersuchten Fallstudien wichtige Hinweise und Anknüpfungspunkte.

4.1 Kooperationen und Strategien für eine neue Freiraumproduktion

Die Beteiligung der Bürger bei der Planung von städtischen Freiräumen ist seit dem Aufbegehren der Bürgerinitiativbewegung der 1970er Jahre fester Bestandteil der Planungen im Stadtquartier. Die Bürger werden nach ihren Wünschen und Anregungen befragt oder zumindest über die Planungen der Stadt informiert. Viele der untersuchten Freiraumprojekte im Forschungsfeld fassen Bürgerbeteiligung weiter und setzen bei der Projektentwicklung und -umsetzung auf neue Kooperationen und Allianzen, sowohl innerhalb der Verwaltung, als auch mit Bürgern und lokalen Akteuren.

Aus den Erfahrungen der untersuchten Projekte werden nachfolgend Antworten und strategische Ansätze zu den folgenden Fragen destilliert: Was hat sich gewandelt, was ist das Neue an der Beteiligung heute? Welche Bedeutung haben kooperative und dialogorientierte Prozesse für die Freiraumgestaltung und die Quartiersentwicklung? Wie wirken sich solche Prozesse und Kooperationen auf die Planungs- und Baukultur aus?

Prozessuale Freiraumplanung

Beteiligung bedeutet Dialog der Quartiersakteure in einem Gesamtprozess, in dem Ideen, Vorstellungen, Wünsche, Sachzwänge und Konzepte schrittweise entwickelt, diskutiert, optimiert und weiterentwickelt werden. Das Prozesshafte ist vor allem in der Interaktion der Akteure von Politik, Verwaltung, Initiativen und Bewohnern begründet. Die Quartiersbewohner werden zu Akteuren in diesem Prozess, in den sie sich einbringen.



Von Bürgern gestaltete Modelle für die Claims in Dessau (Foto: bgmr)



Workshop mit Kindern auf dem Schusterplatz in Wuppertal (Foto: Sabine Comes)

gen und auch aufgefordert werden sich einzumischen. Beteiligung dient damit nicht mehr allein der Informationsgewinnung, Legitimation und Optimierung der Planung für einen öffentlichen Raum, sondern der Selbstbemächtigung (Empowerment) des Quartiers durch die Bewohner.

Ein Platz oder Park wird nicht entworfen, gebaut und übergeben, sondern gemeinsam schrittweise produziert. Die Planung ist ergebnisoffen und arbeitet prozessorientiert. Dieser Produktionsprozess schließt alle Phasen von der Ideensammlung, Konzeptfindung, baulichen Umsetzung bis zur Nutzung und Aneignung ein. Bei solchen quartiersbezogenen Beteiligungsverfahren hat die Moderation einen großen Stellenwert, die Handschrift des Landschaftsarchitekten tritt – zumindest auf den ersten Blick – zurück. Es entsteht eine neue Planungskultur in den Stadtquartieren.

Dass solche Prozesse die Identifikation mit dem Stadtquartier fördern, wurde in den Analysen der Fallstudie sehr deutlich. Deutlich wurde aber auch, dass solche Prozesse der gemeinsamen Produktion von Freiraum noch gelernt und erprobt werden müssen. Die untersuchten Fallstudien bieten hierzu bereits einen guten Erfahrungsschatz.

Kommunikation über den Freiraum fördert die Identifikation

Die Bedeutung des städtischen Freiraumes als Ort der beiläufigen Kommunikation, als Treffpunkt und Aufenthaltsort im Stadtquartier, wurde vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zunehmend individualisierten Wohn- und Lebensformen in den Städten bereits dargelegt. Die Analyse der Fallstudien belegt, dass nicht nur die Kommunikation im, sondern auch die Kommunikation über den Freiraum einen großen Stellenwert hat. Die Diskussion über die Gestaltung, Ausstattung und Nutzung der

städtischen Freiräume ist ein Thema, das die Bürger im Quartier anspricht und motiviert, sich aktiv mit einzubringen. Die Bürger, die sich an den Prozessen der Freiraumentwicklung aktiv beteiligen, entwickeln dabei eine hohe Identifikation mit dem Quartier. Wer sich mit Engagement in Planungsprozesse für die Freiräume eingebracht hat, der interessiert sich auch für den Werterhalt und die Fortentwicklung des Quartiers in der Gesamtheit. Der Freiraum als öffentlicher Ort für alle Quartiersbewohner, bietet Anlässe für Kommunikation und stellt damit eine niederschwellige Möglichkeit dar, sich einzumischen.

Aktivierung des Expertenwissens im Stadtquartier

Mängel, Konflikte und Barrieren im Freiraum erleben die Quartiersbewohner auf ihren Alltagswegen. Wie können diese Erfahrungen und Erkenntnisse in die Weiterentwicklung der Stadtquartiere eingebracht werden? Wen ansprechen? In den Stadtquartieren fehlt häufig ein Forum oder ein Ansprechpartner, um niedrigschwellig Kritik anzubringen und diese in einem konstruktiven Dialog einer Lösung zuzuführen. Die Diversity-Management-Strategie fragt in den Unternehmen das differenzierte Wissen der verschiedenen Mitarbeiter gezielt ab, um unternehmerische Prozesse zu optimieren.

Das Expertenwissen der verschiedenen Quartiersbewohner mit ihren jeweils generations- und gruppenspezifischen Anforderungen und Erfahrungen stellt eine wichtige Ressource zur Aufwertung der Stadtquartiere dar, wird jedoch nicht oder nur selten



Von Anwohnern organisiertes Ölbergfest in Wuppertal (Foto: Anke Spiess)

abgerufen. Mit der Aktivierung dieses Wissens der Bewohner kann das Alltagsleben in den Stadtquartieren oft durch viele kleine Maßnahmen aufgewertet und angenehmer gestaltet werden. Ein erster Schritt liegt darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Stadt, die Verwaltung, Initiativen und Bürger besser miteinander kommunizieren können. Ansprechpartner in der Verwaltung und Kümmerer im Quartier sind hierbei von großer Bedeutung.

Interdisziplinäre Entwicklung von Projekten im Freiraum

Die Projektentwicklung im Freiraum ist ein interdisziplinärer Vorgang, der von der Ideenentwicklung, der Konzept- und Entwurfserarbeitung, der baulichen Umsetzung bis zur Finanzierung und rechtlichen Absicherung reicht. Wenn Freiräume nicht nur Grünräume, sondern auch Orte des kulturellen Bespielens, des Verknüpfens unterschiedlicher sozialer Gruppen sein sollen, bedarf es einer ressortübergreifenden Kooperation (Grün, Soziales, Kultur).

Eine ressortübergreifende Projektentwicklung von der Idee bis zur Nutzung entspricht allerdings nicht der Ressortbildung in der Verwaltung. Die Suche nach den zuständigen Mitarbeitern in der Verwaltung für ein interdisziplinäres Projekt kann bereits eine Herausforderung darstellen. Ein Koordinator, der die Aktivitäten ressortübergreifend initiiert und koordiniert und dabei gleichzeitig die Vernetzung zu den Initiativen und Bürgern im Quartier herstellt, ist daher von besonderer Bedeutung.

Rolle der Grünflächenämter

Für die urbanen Stadträume, wie Parkanlagen oder größere Stadtplätze, sind in der Regel die städtischen Grünflächenämter zuständig. Die Analyse der Fallstudien zeigt



Bewohner und lokale Akteure sammeln Ideen für die Quartiersentwicklung (Foto: Stadt Mannheim)

jedoch, dass – abgesehen von wenigen Ausnahmen – nicht die Grünflächenämter die Initiatoren der Prozesse zur Aufwertung der Stadtquartiere sind. Der Anstoß wird häufig von den Stadtplanungs- oder Sozial- und Kulturämtern gegeben oder der Impuls kommt von den Bewohnern, den örtlichen Initiativen oder Vereinen im Quartier. Um sich auf die neueren Entwicklungen angemessen einzustellen, müssen viele Grünflächenämter ihr Aufgabenverständnis vom Bauen und Pflegen von Freiräumen erweitern. Allerdings stellen die Grünflächenämter, die die Kooperation mit der Stadtgesellschaft als Aufgabenstellung bereits praktizieren, schnell fest, dass ihre personellen und finanziellen Ressourcen sehr begrenzt sind. Daher werden neue Schwerpunktsetzungen in den städtischen Haushalten und in der Organisationsstruktur der Ämter erforderlich.

Bürgerschaftliches Engagement ist gewünscht

Bürgerschaftliches Engagement wird gegenwärtig groß geschrieben, nicht zuletzt damit der Staat von einem Teil seiner Aufgaben entlastet wird. So besteht vor dem Hintergrund der knappen Mittel für die Pflege und Unterhaltung von Grünflächen die Hoffnung, dass durch bürgerschaftliches Engagement der Quartiersbewohner die Grünflächenämter ihre Pflege abgeben können.

Nicht nur in den Fallstudien hat sich die Hoffnung auf eine solche Verallgemeinerung als Trugschluss herausgestellt. Die Grundpflege der öffentlichen Freiräume wird weiterhin Kernaufgabe der Grünflächenämter bleiben. Die Bespielung der Freiräume jedoch, sowie die Organisation und die Durchführung von Veranstaltungen und Festen oder die Übernahme von Patenschaften für Bäume oder Ausstattungen, wird vermehrt von den Bewohnern übernommen.

In diesen Prozessen wird deutlich, dass die Aktivierung und Integration des bürgerschaftlichen Engagements mit einem erheblichen organisatorischen Aufwand verbunden ist. Insofern macht Beteiligung Arbeit für die Kommunen und Städte. Es wäre ein Irrtum zu denken, es würden dadurch Personal oder Finanzmittel gespart. Durch die Einbindung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement kann auf qualifizierte Bedarfe eingegangen werden. Dies trägt zur Identifikation der Bewohner mit ihrem Quartier bei.

Unterstützung der Quartiersbewohner bei Planungs- und Aneignungsprozessen

Bürgerschaftliche Initiativen zur Qualifizierung urbaner Freiräume im Quartier benötigen die Unterstützung der Kommunen. Eine querschnitts- und projektorientierte Beratung und Unterstützung ist in allen Phasen der Projektumsetzung von der Projektsuche und -akquisition bis zur Nutzung und Pflege erforderlich.

Wichtig für die Unterstützung ist ein Ansprechpartner mit Beratungs- und Entscheidungskompetenzen in der Verwaltung. Dieser Ansprechpartner soll vor allem die Vernetzung der unterschiedlichen Ressorts mit der jeweiligen Initiative aus dem Quartier bündeln und vernetzen.

In der weiteren Projektentwicklung kann die Kommune durch gezielte Maßnahmen die Initiativen für das Quartier unterstützen. Diese Unterstützung reicht von der Beratung, Benennung von Ansprechpartnern, dem Einsatz von Kümmerern bis zur Moderation von Prozessen. Vergleichbar den Forderungen aus der Wirtschaft nach einem Ansprechpartner in der Verwaltung, der sich um die Anliegen der Unternehmer kümmert, wäre ein entsprechendes Modell für die Bürgerbeteiligung ein Lösungsansatz. Eine zentrale Anlaufstelle im Quartier (One-Stop-Agency) könnte eine wichtige Schlüsselfunktion übernehmen.

Mit dem Quartiersmanagement liegen bereits umfangreiche Erfahrungen zu solchen ausgelagerten „Kümmerstrukturen“ vor. Selbst für den „professionellen Kümmerer“ ist für eine effiziente Betreuung ein verantwortlicher Ansprechpartner in der Verwaltung notwendig, der die Kommunikation in die Verwaltung hinein absichert. Beispiele hierfür sind die Kontaktstelle Stadtumbau in Dessau und die Stadtteilgenossenschaft in Chemnitz.

Freiraumproduktion zwischen Bottom-up und Top-down

In den Quartieren ist ein Maximum an Initiative von unten gewünscht. Die Quartiersbewohner sollen sich engagieren, Verantwortung übernehmen und einen hohen Grad an Zufriedenheit mit ihrem Stadtquartier erlangen, damit die Identität mit dem Quartier gestärkt wird.

Solche Bottom-up-Projekte funktionieren solange, bis sie die Planungshoheit der Politik und Verwaltung infrage stellen, denn

bürgerschaftliches Engagement kann in der Konsequenz zu einer zumindest partiellen Entmachtung lokaler Politik führen. Zwischen bürgerschaftlichen Initiativen und der Entscheidungskompetenz der lokalen Politik zeichnet sich ein Spannungsfeld ab, das derzeit noch nicht ausbalanciert ist und somit für Konfliktstoff in Bottom-up-Projekten sorgt.

Politik und Verwaltung müssen sich mit den Initiativen frühzeitig austauschen und sich bereits in der Startphase mit ihren Sachargumenten einbringen. Wenn sie als Partner ernst genommen werden, entsteht eine Basis für eine Verständigung. Die lokale Politik muss gleichzeitig lernen, dass bürgerschaftliches Empowerment für die Quartiersentwicklung eine neue Kraft darstellt und dass das Ignorieren von bürgerschaftlichen Initiativen zur Frustration der Bewohner führt. Die wachsende Zahl der Bürger- und Volksbegehren kann hierfür als ein Indiz gewertet werden.

Kulturelle Sukzession – aus dem Grünraum wird ein kultureller Raum

Ein Trend, der in den letzten Jahren eine immer größere Rolle im Freiraum spielt, kann mit dem Begriff der kulturellen Sukzession umschrieben werden. Kultur- und Kunstaktionen, Spiel- und Sportveranstaltungen, Feste, Freiluftkino und Public Viewing finden vermehrt in den öffentlichen Freiräumen der Stadtquartiere statt – der Freiraum wird zur Quartiersbühne.

Damit werden Kommunikation und soziale Prozesse im Quartier angeregt und gestärkt. Mit gelungenen Aktivitäten werden



Kunstaktion Fahnenmeer im Ölbergviertel in Wuppertal (Foto: Thomas Weyland)



Feste fördern das Miteinander (Foto: Stadt Mannheim)

das Image und die Identität des Quartiers gesteigert. Auffallend ist, dass die kulturelle Sukzession überwiegend vom bürgerschaftlichen Engagement getragen wird. Anwohner übernehmen die Initiative, entwickeln Ideen und organisieren mit großem Engagement die Veranstaltungen.

Für die kulturelle Bepflanzung der Freiräume sind flexibel nutzbare Flächen erforderlich. Vereinfachend ist, wenn Versorgungsleitungen im Freiraum anliegen. In der Fallstudie Essen wurde eine Versorgungsstation im Freiraum eingerichtet, die es ermöglicht, den Verbrauch von Strom und Wasser veranstaltungsbezogen abzurechnen.

In Mannheim wurde mit einer gezielten kulturellen Entwicklung des Stadtraumes am Verbindungskanal eine Transformation von einem sozialen Brennpunkt zu einem kulturellen Ort erreicht.

Übergeordnete Konzepte für den demografischen Wandel

Neben den Projekten im Freiraum, die aus Bottom-up-Initiativen vor Ort entstehen, wurden in einigen Fallstudien übergeordnete stadtweite Konzepte, die sich bewusst mit den Anforderungen des demografischen Wandels auseinandersetzen, untersucht. Die übergeordneten Konzepte sind so angelegt, dass sie ein besonderes Thema, wie z. B. Sicherheit und Kriminalprävention, Mobilität von Älteren (Hamburg) oder Weiterentwicklung, Umbau und Rückbau der städtischen Freiraumkulisse vor dem Hintergrund des demografischen Wandels (Saarbrücken), sowohl hinsichtlich der Problemanalyse und Zielsetzung, als auch hinsichtlich des Instrumenteneinsatzes und der Maßnahmenumsetzung aufbereiten. Sie dienen als Leitfaden oder Handlungsanleitung, um auf der Quartiersebene konkrete Projekte umzusetzen. Vorteil der übergeordneten Konzepte ist, dass aus gesamtstädtischer Sicht Prioritäten gesetzt werden und damit das Zufallsprinzip von Einzelprojekten abgelöst wird. Weiterhin werden so Ziele, Strategien und mögliche Instrumente bereits vorgedacht und müssen lediglich auf die konkrete Situation übertragen werden. Dies kann die Umsetzung auf der Projektebene vereinfachen. Da es sich bei solchen Konzepten um klassische Top-down-Instrumente handelt, sind allerdings Konflikte auf der Projektebene bei der Umsetzung nicht auszuschließen. Insofern müssen auch diese übergeordneten Konzepte im Rahmen prozessualer Verfahren kommuniziert und schrittweise konkretisiert werden.



Die „Ölberger“ ...



... und der Unternehmerverein in der Wuppertaler Nordstadt setzen sich aktiv für die Quartiersentwicklung ein. (Fotos: Anke Spiess)

4.2 Exkurs 2 – Grünflächen und Stadtquartiere: Strategien aus der Sicht der Verwaltung

Die aktuelle Situation der Freiraumentwicklung aus der Sicht der Grünflächenverwaltung

Ein zentrales Steuerungsmedium staatlichen – und damit auch kommunalen – Handelns sind Geld und Fachpersonal. Diese Ressourcen sind für die Grünflächenämter leider äußerst knapp geworden. Das gilt für investive Mittel ebenso wie für Mittel zur Unterhaltung, Pflege und Erneuerung des Bestandes. Der investive Mangel wird allerdings teilweise ausgeglichen durch unterschiedliche Fördermaßnahmen im Bereich der öffentlichen Freiräume.

Es fehlt aber besonders auch an Ressourcen, um nicht nur den älteren Bestand an Freianlagen, sondern auch die durch die Förderung neu geschaffenen Anlagen langfristig zu erhalten. Stadtplätze, Parkanlagen und Kinderspielplätze müssen regelmäßig gereinigt werden, Rasenflächen sind mehrmals im Jahr zu mähen, wenn sie nutzbar sein sollen, Spielplätze unterliegen vorgeschriebenen Kontrollrhythmen, Bäume werden aufgrund der Verkehrssicherungspflicht jährlich bis zu zwei Mal kontrolliert und je nach Bedarf geschnitten. Ausstattungsgegenstände wie Bänke oder Spielgeräte, die insbesondere in Fördergebieten aufgrund der Sozialstruktur häufig von Vandalismus betroffen sind, müssen regelmäßig erneuert werden.

Jede Grünanlage muss darüber hinaus je nach Ausstattung nach 10 bis 30 Jahren grundlegend überarbeitet und saniert werden. Geht man davon aus, dass der Herstellungspreis einer Grünanlage mit mittlerer Ausstattung bei 90,- Euro/m² (mit einer Spannweite von etwa 40,- bis 140,- Euro/m²) liegt, heißt das, dass 3,- bis 9,- Euro/m²/Jahr allein für die Unterhaltung erforderlich sind. Tatsächlich stehen aber zum Beispiel im Bezirk Marzahn-Hellersdorf für 80 % der Anlagen lediglich 0,33 Euro/m²/Jahr für die Pflege und die Unterhaltung zur Verfügung. Das ist weniger, als die 0,50 Euro/m²/Jahr, die allein für die Pflege einfachster Anlagen bei einer Vergabe an Firmen angesetzt werden. Da zudem der Personalbestand bei nur noch 45 % des gutachterlich ermittelten Bedarfs liegt, ohne dass es finanziellen Ersatz für die Vergabe der Arbeiten an Fachfirmen gibt, ist der bestehende eklatante Mangel sowie auch der damit einhergehende Verlust an fachlichem Know-how offensichtlich.

Die notwendige Unterhaltung und Pflege wird so zwangsläufig vernachlässigt, ein grundlegender Wert- und Qualitätsverlust ist unvermeidbar. Wege werden unbegebar, Spielgeräte und andere Ausstattungsgegenstände verfallen und müssen ersatzlos entfernt werden, Rasenflächen verkrauten oder verbuschen und verlieren ihre Eignung als Liegewiesen.

Leider muss daher festgestellt werden, dass die immer wieder geäußerte allgemeine Wertschätzung des öffentlichen Grüns in deutlichem Widerspruch zu der Budgetierung der Grünverwaltung steht. Eine nachhaltige und zukunftsfähige Stadtentwicklungspolitik ist so in Bezug auf die öffentlichen Grünanlagen nicht möglich. Strategisch ausgerichtete langfristige Zielsetzungen einer geregelten Investitionsplanung entfallen.

Statt langfristiger Strategie Abhängigkeit von Förderprogrammen

Aufgrund des beschriebenen Geld- und Personalmangels treten an die Stelle langfristiger Strategien der Grünflächenentwicklung kurzfristige Taktiken, gebunden an die jeweils wechselnden Förderprogramme.

Mit der aktuellen Förderkulisse lässt sich allerdings nur begrenzt eine nachhaltige Freiraumentwicklung absichern. Aktuelle Ansätze beschränken sich, häufig räumlich fragmentiert, auf geförderte „Leuchtturm“-Projekte. Gleichzeitig kann die parallel erforderliche Ausstattung und Modernisierung der Verwaltung (z. B. unbefristete Neueinstellungen, Finanzierung der Unterhaltung) nicht durchgeführt werden. Als weiterer wesentlicher Bestandteil von Projekten, die über Fördermittel realisiert werden,

werden soziale Gruppen zeitlich begrenzt finanziert. Die Aufrechterhaltung der so entstandenen sozialen Strukturen wird aber ebenso wie die Unterhaltung der im Prozess geschaffenen baulichen Strukturen nach Abschluss des Förderzeitraumes nicht mehr gewährleistet. Die Kommunen können diese Aufgaben in der Regel nicht übernehmen. Dies führt häufig zu Verwerfungen bei den beteiligten Bürgergruppen, die ihre Ansprechpartner verlieren, sowie zu regelmäßigen Beschwerden wegen der Verschwendung von Steuergeldern, wenn die Pflege hinter den Anforderungen zurückbleibt und die Anlagen bereits kurz nach dem letzten Fototermin dem Verfall preisgegeben sind.

Hinzu kommt, dass über den Einsatz der Mittel häufig nicht der lokale Bedarf entscheidet, sondern die jeweilige Förderstruktur des mittelgebenden Programms: Während auf der einen Seite die Infrastruktur in der Gesamtstadt zerfällt, entstehen auf der anderen Seite in den jeweiligen Brennpunkten des Förderwesens hochqualifizierte, in der Unterhaltung aber zu teure Anlagen. Ihre Gestalt und Struktur richtet sich nicht nach den Pflegekapazitäten der Kommunen, sondern nach den Standards der jeweiligen Förderprogramme und der Entwurfsideen von Planern, die mit der baulichen Unterhaltung nichts zu tun haben.

Kann der Bürger hier einsteigen und Verantwortung übernehmen?

Grundsätzlich nein. Die Daseinsvorsorge in Form der öffentlichen Infrastruktur ist Aufgabe der Kommune, sie kann nur in besonderen, zeitlich, räumlich und finanziell eng begrenzten Ausnahme- und Einzelfällen durch Bürgerhandeln ersetzt werden.

Es würde darüber hinaus auch schwierig sein, Verständnis zu finden, wenn bisherige kommunale Aufgaben von der Müllbeseitigung bis zur gärtnerischen Pflege auf den Bürger übertragen werden würden. Gegen eine Übernahme der Pflege und Unterhaltung durch Bürger spricht grundsätzlich auch schon die Verantwortung für die Verkehrssicherheit, die von ihnen nicht übernommen werden kann.

Bürger können aber immer da mitwirken, wo über die Grundsicherung hinaus besondere, von ihnen selbst vertretene Belange eingebracht werden. Sie sind Ideengeber, übernehmen ehrenamtlich Baumpatenschaften, die Pflege besonderer Staudenflächen oder schaffen durch regelmäßige organisierte Aufenthalte und Gruppenstrukturen soziale Kontrolle, die sich positiv auf den Zustand der Anlagen auswirken kann. Im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten können sie auch kleinere Arbeiten übernehmen. Dies setzt aber immer die Kooperation mit der Verwaltung voraus und damit auch das Vorhandensein von neu ausgebildeten Kontaktstrukturen, die von üblichen Verwaltungsansätzen abweichen. Da diese Moderationsaufgaben im Rahmen von Förderprogrammen an externe Büros vergeben werden, gibt es in der Verwaltung immer wieder Berührungsängste, da Erfahrungen mit Kooperationen fehlen bzw. nicht entwickelt werden konnten. Bei Personalabbau und Sachmittelmangel wird diese Art der dialogorientierten Bürgerbetreuung als zusätzliche Arbeit gewertet, die in der Kosten- und Leistungsrechnung negativ zu Buche schlägt. Da sie bisher nicht zu den gesetzlichen – und damit finanzierten – Aufgaben zählt, wird sie in der Abwägung mit „Pflichtaufgaben“ zurückgestellt. Bürgerorientierung wird zum unkalkulierbaren Kostenfaktor in den Produktbudgets, weil sie im klassischen Sinne eines Benchmarkings nicht in normierten Zeitwerten messbar ist. Je intensiver die Bürger mitwirken, desto höher sind die Kosten pro Zeiteinheit. Mit der Methode des Benchmarkings wird daher derjenige belohnt, der wenig Zeit für Bürger aufwendet.

Das kreative Potenzial der Bürger

Projektideen der Bürger sind grundsätzlich eine gute Sache und eine gute Möglichkeit für direkte Demokratie. Sie können bei uns in die Bürgerhaushalte der einzelnen Stadtteile eingebracht werden und regen den politischen Entscheidungsprozess in der Kommune an.

Versuche, diese Ansätze mit Budgets auszustatten, sind aber bisher gescheitert, da es aufgrund der geringen Budgets, verbunden mit dem Benchmarking der Kosten- und Leistungsrechnung, keine Spielräume in den Sachkosten gibt. Da schon die laufen-

den Kosten der Pflege und des Unterhalts im regulären Rahmen nicht mehr gedeckt sind, Investitionen immer wieder zurückgestellt werden müssen, kann nur eine unbedeutende Anzahl an Bürgerwünschen erfüllt werden. Es besteht daher die große Gefahr, dass hier Demokratieansätze und Bürgerengagement mangels ernsthafter Finanzierungsangebote der Kommunen zu Scheinbeteiligungsverfahren verkommen. Dialogorientierte Partizipation erfordert verlässliche Ansprechpartner in der Verwaltung, die nicht nur verwalten, sondern aktiv mit den Bürgern handeln und verhandeln. Engagierte Gruppen merken sehr schnell, wenn das nicht geschieht, sie ziehen sich zurück und hinterlassen eine Unzufriedenheit, die dem Demokratieverständnis nicht förderlich ist.

Lösungsansatz

Initiierte geförderte Projekte können als Ideengeber und Anstoß für Verwaltungshandeln ausgesprochen nützlich sein. Voraussetzung für einen nachhaltigen Erfolg ist aber, dass kurzfristige Projekte mit guten Ergebnissen in langfristige Strukturen umgewandelt werden. Die Gemeinden müssen wieder in die Lage versetzt werden, die neu geschaffene Infrastruktur ohne Vernachlässigung der alten Bestände aufrechtzuerhalten. Sie müssen Personalstrukturen auf- und umbauen können, die gute Projektansätze übernehmen und fortführen. Nur wenn eine Verstetigung der Projekte gelingt, kann eine modernisierte Verwaltung entstehen, die der Lebendigkeit der demografischen Entwicklung in den Stadtquartieren entspricht und den Bürgern aller Altersschichten flexibel und demokratisch legitimiert die Angebote macht, die sie nachfragen.

Bernd Schütze, Leiter des Natur- und Umweltamtes Marzahn-Hellersdorf, Berlin und geladener Experte beim Fachgespräch „Neue Trägerschaften und Allianzen für urbane Freiräume“ am 30.11.2008 in Bonn.

4.3 Der Planungsprozess

In der Auswertung der Fallstudien konnten umfassende Erkenntnisse über die einzelnen Prozessetappen von der Aktivierung bis zur Nutzung gewonnen werden. Daraus werden die nachfolgenden übertragbaren Empfehlungen abgeleitet.

Aktivierung, Ideenfindung, Prozesssteuerung

Vielfalt der Methoden und Instrumente nutzen und erproben

Für die Aktivierung der Quartiersbewohner und die Initiierung von Kooperationen gibt es keine Patentrezepte. Die Methoden und Instrumente werden aus der konkreten Situation heraus entwickelt und zeigen daher eine große Vielfalt auf (Workshops, Planungscamps, Parkcafé, Planungsspaziergänge, Runder Tisch, Befragungen, Quartierstreffs etc.). Verschiedene Methoden werden miteinander kombiniert und für den jeweiligen Ort und auf die besonderen Akteurskonstellationen bezogen. Selbst bei der Ansprache unterschiedlicher Generationen und Milieus werden innerhalb eines

Projektes differenzierte Vorgehensweisen gewählt. Es erscheint als sinnvoll, die Beteiligung als lernenden Prozess zu gestalten, der hinsichtlich seiner Ziele und Inhalte ständig überprüft und weiterentwickelt wird.

Beteiligung braucht professionelle Beratung und Moderation

Die kontinuierliche Begleitung des Beteiligungsprozesses durch einen Planer und Moderator ist eine wesentliche Voraussetzung, damit Beteiligungsprozesse im Stadtquartier gut funktionieren. Dabei sind zwei Kernkompetenzen gefragt: Moderationsfähigkeit und Fachplanungswissen.

Der Moderator strukturiert und koordiniert den Prozess und stellt die Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und Initiativen und Bürgern her. Er organisiert und moderiert die Termine und notwendigen Netzwerke, entwickelt die Verfahren und die nächsten Arbeitsschritte. Vor allem in der Startphase ist die Funktion des Moderators und Kümmerers ständig nachgefragt und er spielt eine wesentliche Rolle für das Gelingen des Projektes. Aber auch nach der Fertigstellung eines Freiraumes ist in vielen Projekten

eine professionelle Begleitung von großer Bedeutung, damit die Prozesse verstetigt fortgeführt werden. Eine Kontakt- und Beratungsstelle, wie sie vergleichbar für die Wirtschaftsförderung üblich ist, stellt einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung von dialogorientierten Freiraumprojekten dar.

Gute Fachplanung wird benötigt

Wenn öffentliche Freiräume neu angelegt oder grundlegend erneuert werden, muss eine sachgerechte Fachplanung erarbeitet werden. In ergebnisoffenen Planungsprozessen übersetzt der Planer oder Landschaftsarchitekt die Kritik, Wünsche und die abstrakten Ideen der Bewohner in konkrete Planungskonzepte, häufig auch mit Alternativlösungen, die dann in den gemeinsamen Entscheidungsprozess einfließen.

Damit ist ein neues Aufgaben- und Rollenverständnis des Planers oder Architekten und eine neue Planungskultur definiert: Im Vordergrund von bürgerorientierten Planungen steht die Moderation von Ideen und Bedürfnissen, die schrittweise in eine baulich-gestalterische Lösung übersetzt werden. Das Wissen der Quartiersbewohner über die Stärken und Schwächen ihrer Freiräume wird zu einer Erkenntnisquelle für die Entwurfsentwicklung.

In Abhängigkeit von der Größe des Projektes und den Kompetenzen des Planers können die Planungs- und Moderationsleistungen auch von einer Person erbracht werden. Das Leistungsspektrum für Objektplanungen von Freianlagen weitet sich damit deutlich auf.



Planung für alle (Foto: Sabine Comes)

Ansprache von Schlüsselpersonen

Die gezielte Ansprache von Schlüsselpersonen in den Stadtquartieren ist effektiv, weil über diese Multiplikatoren ein großer Kreis an Interessierten erreicht werden kann. Die Ansprache der Schlüsselpersonen öffnet den Zugang zu den jeweiligen Gruppen und vereinfacht die Verfahren. Damit stellt die Einbindung der Schlüsselpersonen eine sehr effiziente Vorgehensweise dar, um vor allem in der Startphase Vertrauen und Interesse zu schaffen. Die ausschließliche Ansprache von Schlüsselpersonen kann allerdings auch dazu führen, dass bestimmte Gruppen wie z. B. Jugendliche oder Ältere nicht erreicht werden, weil diese in den Stadtquartieren keine Organisationsstrukturen ausgebildet haben.

Zielgruppenspezifische Ansprache

Die unterschiedlichen Gruppen und Milieus in den Stadtquartieren müssen auf differenzierter Weise zielgruppenspezifisch angesprochen werden. So sind Ältere im Kreis bekannter Veranstaltungen, die ohnehin im Quartier stattfinden, gut erreichbar. Kinder werden eher spielerisch auf Festen in die Verfahren integriert. Jugendliche finden in Projekten mit generationenübergreifendem Ansatz nur sehr begrenzt einen Zugang, da sie im hohen Maße auf sich selbst bezogen sind. Einzelne sind über Jugendeinrichtungen, Schulen oder Vereine zu erreichen, andere können am ehesten über Mitmachaktivitäten beim Bauen aktiviert werden. Gut erreichbar sind wiederum die Gruppen, die bereits eine eigene Organisationsstruktur haben. Vor dem Hintergrund der Heterogenität der Zielgruppen sind zielgruppenspezifische Ansprachen erforderlich und erfolgreich.

Anwaltsplanung

Eine andere Form der Beteiligung und Interessenvertretung stellt die „Anwaltsplanung“ dar. Einzelne Fachleute setzen sich für bestimmte Gruppen ein, vertreten ihre Belange im Gesamtverfahren und motivieren die Gruppen, sich zu artikulieren. So wirkt in der Fallstudie Hamburg die Seniorenlotsin als Kontaktperson für die Senioren im Stadtquartier, koordiniert Aktivitäten und setzt sich stellvertretend für diese Gruppe zu unterschiedlichen Themen im Stadtquartier ein.

Dieses Prinzip wirkt auch generationenübergreifend in Prozessen und Verfahren, die

entsprechend ausgerichtet sind. Zum Beispiel zeigen die Erfahrungen aus Workshops und Planungswerkstätten, dass, obwohl sich nicht alle Generationen und Gruppen in Beteiligungsverfahren einbringen, die Belange anderer Generationen und Gruppen mitgedacht und geplant werden. Ältere machen sich Gedanken über die Spielmöglichkeiten der Kinder, die Kinder über die Anforderungen der Älteren.

Zeitbedarf in der Startphase

Um Beteiligungsprozesse zu organisieren, wird vor allem in der Startphase Zeit benötigt. Die interessierten Bürger müssen sich finden und die organisatorische Struktur muss entwickelt werden. Auch müssen die Kommunikationswege innerhalb der Gruppe und nach außen geklärt werden. Erst dann beginnt die eigentliche inhaltliche Arbeit. Insofern ist bei allen Projekten der Beteiligung genügend Zeit für die Startphase einzurechnen. Der organisatorische Aufwand für professionelle Akteure wie auch für die beteiligten Bürger ist erheblich und wird meist unterschätzt.

Transparenz in den Entscheidungen

Für das Vertrauen in das Projekt ist eine hohe Transparenz von großer Bedeutung. Daher ist ein guter Informationsfluss von Beginn an angeraten. Die Entscheidungswege müssen offen gelegt und begründet werden. Eine vertrauenswürdige Atmosphäre stellt eine wesentliche Voraussetzung dar, um die Skepsis in der Startphase zu überwinden und die Bereitschaft zur Mitwirkung zu verstetigen. Eine hohe Transparenz an Informationen ermöglicht Interessierten auch nachträglich einzusteigen. Hier kann der Einsatz internetgestützter Quartiersplattformen hilfreich sein, über die die Dokumentation des Prozesses transparent gemacht wird und der Informationsfluss über Aktuelles im Quartier insgesamt verbessert wird. Die Quartiersplattform kann so zu einem „Gedächtnis des Prozesses“ für alle Beteiligte werden.

Umsetzungsphase

Prozesssteuerung in der Umsetzungsphase

In vielen Projekten wechselt mit Beginn der Umsetzungsphase die Projektzuständigkeit von den Planungsämtern zu den Ämtern, die für das Bauen und die Unterhaltung zuständig sind. Da diese Akteure in der Regel nicht frühzeitig in die Planungen eingebun-

den werden, fehlt oft das Wissen und das Verständnis für die konzeptionellen Anforderungen aus dem Beteiligungs- und Ideenfindungsprozess. Kreative Konzeptideen, die gemeinsam mit Bürgern und lokalen Akteuren ausgehandelt worden sind, werden dann aufgrund technischer Lösungen, pragmatischem Vorgehen und haushälterischer Lösungen stark verändert oder gar aufgegeben.

Ein wichtiges Ergebnis der Fallstudienuntersuchung ist daher, dass bei Beteiligungsprojekten die Projektverantwortlichkeit – bei unterschiedlicher Gewichtung in den einzelnen Projektphasen – von der Konzeptentwicklung bis zum Betrieb beibehalten wird. Und dass die zuständigen Ämter für Bau und Unterhaltung frühzeitig in die Konzeptfindung beratend mit eingebunden werden.

Beteiligung und Flexibilisierung von Verfahren

Durch langwierige Genehmigungs- und Ausschreibungsverfahren, an Haushaltsjahre gebundenen Fördermittelabfluss und lange Laufzeiten der politischen Entscheidungsprozesse entstehen in der Phase vom Entwurf bis zum Baubeginn Verzögerungen, die für Bürger nicht immer nachvollziehbar sind, Ungeduld hervorrufen und bis zur Enttäuschung führen. Daher ist eine höhere Flexibilität und damit eine bessere Bezugnahme der bürgerschaftlichen Prozesse und der Verwaltungsverfahren hilfreich.

In vielen Projekten endet mit der Entwurfsphase auch der Beteiligungsprozess. Die Erfahrungen aus den Fallstudien verdeutlichen jedoch, dass gerade auch in dieser Umsetzungsphase eine Rückkoppelung mit den lokalen Akteuren und den Bewohnern erforderlich ist, da ansonsten Konzeptänderungen zu Enttäuschung bei den Beteiligten führen, bis dahin, dass das gesamte Ergebnis infrage gestellt wird.

Notwendig und hilfreich ist daher, dass auch nach der Konzeptfindung die Entscheidungen und die Lösungswege kommuniziert und ggf. mit den beteiligten Akteuren reflektiert werden. Dies bedarf einer anderen Arbeitsweise und zusätzlicher Kompetenzen in der Verwaltung und in der Projektumsetzung: Benötigt wird eine Projektsteuerung mit Erfahrungen in der Moderation und mit dem notwendigen fachlichen Know-how im Planen und Bauen.

Soziale Verantwortung herstellen – Mitmach-Baustelle

Mit der Einbindung der Quartiersbewohner bei der baulichen Umsetzung kann die Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber dem öffentlichen Freiraum und dessen Ausstattung erhöht werden. Die Bewohner wissen um die Arbeit und den Wert, wenn sie selbst an der Herstellung beteiligt sind. Der Herstellungsprozess des öffentlichen Freiraumes ist nicht mehr anonym, sondern wird mit Personen und Erfahrungen verknüpft. Damit ergibt sich eine höhere Verbindlichkeit, Mitmach-Baustellen können so auch helfen, dem Vandalismus vorzubeugen.

Es gibt zahlreiche gute Beispiele für Mitmach-Baustellen, auch in der Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen (z. B. Fallstudie Wuppertal). Damit Mitmach-Baustellen gelingen, müssen diese gut vorbereitet und fachlich begleitet werden. Weiterhin sind Aspekte wie Unfallschutz, Versicherung, Kinder- und Jugendarbeitsschutzgesetze und Gewährleistung zu berücksichtigen. Dies führt in der Regel zu einem deutlichen Mehraufwand in der Vorbereitung und Betreuung. Der Erfolg liegt aber in der höheren sozialen Bindung, in der Kommunikation der Quartiersbewohner und der erhöhten Identifikation mit dem Freiraum im Quartier. Besonders nachhaltig sind diese Verfahren, wenn sie nach einigen Jahren wiederholt werden und so die soziale Verantwortung „aufgefrischt“ wird.



Mitmachen verbindet (Foto: Stadt Mannheim)

Nutzungsphase

Förderung von ehrenamtlichem Engagement

Über Beteiligungsverfahren lernen sich die Quartiersbewohner kennen. Darüber entstehen in einigen Projekten soziale Netze im Quartier, die weit über das Freiraumprojekt

hinausgehen. Die Verfahren werden so zur Plattform für das Kennenlernen und die Interaktion.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die erfolgreiche Netzwerkbildung im Ölbergviertel in Wuppertal. Die Vernetzung erfolgt hier beispielsweise über Stadtteillogos, Motto-Aktionen, Kunstprojekte und Feste. Multiplikatoren, die in das Netzwerk eingebunden sind, sind Ansprechpartner und „Motoren“ für neue Projekte gleichermaßen. Durch Patenschaften und Sponsoring werden Projekte zur Freiraum- und Quartiersentwicklung „gängig“ gemacht.

Die Mitwirkung in einem prozessualen Verfahren stärkt das Zugehörigkeitsgefühl der Bewohner mit ihrem Quartier. Dieses Engagement für die Quartiersentwicklung benötigt aber auch Anerkennung durch die Stadt bzw. durch private Projektträger wie Wohnungsunternehmen. Die Möglichkeiten reichen von der öffentlichkeitswirksamen Anerkennung, der Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt und bei Aktionen und Festen, der Bereitstellung von Infrastruktur (wie Räumlichkeiten für Treffs) bis zur Schaffung von Qualifizierungsmöglichkeiten und der Institutionalisierung von Mitsprache und Mitgestaltung, zum Beispiel in Form von Beiräten.

Finanzmittel zur eigenverantwortlichen Prioritätensetzung

Wenn Bürger eines Stadtquartiers die Entscheidungskompetenz über den Einsatz von Finanzmitteln haben, erfolgt eine intensive Diskussion über Ziele und Prioritäten. Im Rahmen des Quartiersmanagements werden solche eigenverantwortlichen Entscheidungsprozesse über die Verteilung von Finanzmitteln im Quartier bereits praktiziert. Die Bürgerfonds, die auf möglichst unbürokratischem Weg Projekte von Initiativen aus dem Quartier unterstützen, gehen ebenfalls diesen Weg. Nach der Auszeichnung der Initiative Wuppertal-Schusterplatz für ihr bürgerschaftliches Engagement mit einem 15 000 Euro dotierten Preis, wurden intensive Diskussionen über zukünftig mögliche Maßnahmen und Prioritäten geführt. Die intensive Auseinandersetzung über die Weiterentwicklung des Schusterplatzes hat dazu geführt, dass bei den Beteiligten ein hohes Bewusstsein für die Kosten und den Wert des Freiraumes und seiner Ausstattung entstanden ist.

Impulse für privates Engagement durch öffentliches Engagement

Durch die Aufwertung von öffentlichen Räumen durch Neu- und Umgestaltungsmaßnahmen werden sichtbare Zeichen gesetzt, die Impulswirkung für das gesamte Quartier haben können. Initiativen im öffentlichen Raum können dazu beitragen, in einer Zeit stagnierender Investitionen Negativtrends entgegenzuwirken und eine positive Ausstrahlung zu erzeugen. Die Investitionen in den öffentlichen Raum haben in den Fallstudien Essen und Bohmte zu einer Adressenbildung geführt, in deren Folge Private beispielsweise in die Fassadensanierung von Wohnhäusern oder kirchlichen Einrichtungen und in die Neugestaltung privater Freianlagen investiert haben. Die Investitionen im öffentlichen Freiraum fördern die Wertschätzung des Quartiers und erzeugen damit ein positives Image, das zum privatem Engagement im Umfeld führt.

4.4 Räumliche, bauliche und gestalterische Lösungen

Die Ansprüche an die Nutzung und Gestaltung von Freiräumen sind stark abhängig vom Lebensalter eines Menschen und der Lebensphase, in der er sich befindet. Die Untersuchungen der Fallstudien und Modellvorhaben zeigen allerdings, dass es notwendig ist, bei der generationenübergreifenden Gestaltung urbaner Freiräume die vielfältigen Synergien zwischen den Ansprüchen der unterschiedlichen Alters- und Nutzergruppen mit zu bedenken. Gemeinsame Ansprüche der Generationen an den urbanen öffentlichen Raum sind:

- Mobilität und Verweilen im öffentlichen Raum
- Austausch und soziale Prozesse (Nähe/Distanz, Beobachten, Anonymität, Identifikation)
- Anlässe und Angebote für Spiel, Bewegung und Aufenthalt
- Aneignung von Freiflächen, konkrete Nutzungsangebote
- Naturgenuss und Entspannung
- Kulturangebote und Mitmach-Aktionen

Die untersuchten Freiraumprojekte im Forschungsfeld zeigen beispielhaft, welche räumlichen, baulichen und gestalterischen Lösungen dazu beitragen, die gemeinsamen Ansprüche der Generationen und Nutzergruppen im Freiraum zu berücksichtigen,



Gemeinsam werden die Mittel für den Weiterbau des Schusterplatzes in Wuppertal verteilt (Foto: Rolf Martin)

damit in den Stadtquartieren zeitgemäß gestaltete urbane Freiräume für die alltägliche Nutzung und Aneignung durch Jung und Alt entstehen können.

Räumliche und funktionale Einbindung der Freiräume

Die Erfahrungen aus der Fallstudienuntersuchung zeigen, dass urbane, lebendige Freiräume und soziale Kontrolle vor allem dort entstehen, wo enge Wechselbezüge und Kooperationen mit den Wohnnachbarschaften und den Gemeinschaftseinrichtungen im Quartier bestehen oder hergestellt werden können. Daher ist es wichtig, den Fokus der Freiraumgestaltung nicht nur auf den öffentlichen Raum zu beschränken, sondern immer in den Kontext des umliegenden Stadtquartiers zu stellen.

Besonders für Kinder und ältere Menschen ist die Erreichbarkeit von Freiräumen von großer Bedeutung. Dafür sind öffentliche und private Wegesysteme, die frei von Gefahren und Barrieren genutzt werden können, eine wesentliche Voraussetzung. Im Gegensatz zu Freiraum- und Naturschutzkonzepten, die die Grünvernetzung der Grünräume untereinander in den Vordergrund stellen, geht es im Stadtquartier darum, Freiraum und Stadt, Park und Wohnung stärker zu vernetzen.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass die Verdrängung des Autoverkehrs aus den Straßen meist nicht das probate Mittel ist, um Vernetzung zu erreichen. Vielmehr kann das Miteinander der Verkehrsteilnehmer eine geeignete Strategie darstellen.

Da in verdichteten Wohnquartieren fußläufig erreichbare Freiräume oft fehlen, stellt die

Mehrfachnutzung vorhandener Infrastrukturf lächen, insbesondere von Schulflächen, eine sinnvolle Ergänzung des Freiraumangebotes dar. Häufig hemmen hier organisatorische Aspekte eine innovative Lösung, wie z. B. die Frage, wer außerhalb des regulären Betriebes das Gelände abschließt und kontrolliert. Erfahrungen aus den Fallstudien zeigen, dass hier lokale Einrichtungen wie z. B. Stadtteilvereine den Schlüsseldienst und die Funktion des Kümmerers und Ansprechpartners übernehmen können.

Zugänglichkeit

Wegenetze ausbilden

Um das Netz der alltäglichen Wegeverbindungen im Stadtquartier für Alt und Jung zu stärken, wurden in den Fallstudien an wichtigen Stellen Lücken im Wegenetz geschlossen, Wege aufeinander ausgerichtet und Gehweghilfen, beispielsweise als Vorstreckungen des Bürgersteiges oder besonders gestaltete Fahrbahnübergänge, angelegt. Wege wurden ausreichend dimensioniert und mit geh- und rollfreundlichen Belägen ausgestattet. Außerdem hat es sich bewährt, Wegeflächen und Begleiträume so zu gestalten, dass ablesbare Wegeführungen mit weithin sichtbaren Orientierungspunkten entstehen und die Hauptwege ausreichend beleuchtet werden.

Die baulichen Einzelmaßnahmen sind meist nicht spektakulär, aber in der Summe sind sie für das Alltagsleben der Quartiersbewoh-

ner ein deutlicher Qualitätsgewinn. Um die richtigen Maßnahmen herauszufiltern, sind Schwächen- und Defizitanalysen unter Beteiligung der Bewohner sehr hilfreich, da diese Experten des Umfeldes sind.

Barrierefreie Wege und Zugänge

Für ältere und gehbehinderte Menschen, Menschen mit Kleinkindern und auch für Radfahrer können hohe Bordsteine, zugeparkte Gehwege, starke Geländeneigungen, Treppen und verstellte, unübersichtliche Zugänge zu Freiräumen schwer oder nicht passierbare Barrieren darstellen.

Von der räumlichen und baulichen Gesamtlösung bis hin zu punktuellen Maßnahmen wurden in den Fallstudien beispielgebende Lösungen gefunden, um die Zugänglichkeit von Freiräumen im Bestand zu verbessern. Straßen-, Platzräume und Grünflächen bleiben dabei aber deutlich in ihrer Funktion und räumlichen Zonierung im Stadtgrundriss erkennbar.

Zur optimalen Einbindung werden Wege- und Platzflächen von Freiräumen niveaufrei und gestalterisch an die umliegenden Geh- und Radwege angebunden und, wo nötig, neue Zugänge angelegt. An den wichtigen Querungsstellen von Straßen im Wegesystem bewähren sich Überwege mit abgesenkten Bordsteinen. Durch die Freistellung von Sichtbarrieren und die Markierung der Zugangsbereiche zu den Freiräumen werden deutlich erkennbare Orientierungshilfen gegeben.

Starke Geländeneigungen werden auch für Rollstuhlfahrer passierbar gemacht, indem Rampen mit maximal 6 % Neigung angelegt werden. Da eine solche Lösung aus topografischen, Kosten- oder auch ästhetischen Gründen nicht immer umsetzbar ist, müssen häufig Alternativen gesucht werden. Das Abfragen des Erfahrungswissens der Anwohner, wie es zum Beispiel in den Modellgebieten der Fallstudie Hamburg erfolgte, kann dabei sehr hilfreich sein, um gegebenenfalls Alternativen zu entwickeln. In den Fallstudien wurde deutlich, dass die Bewohner Experten für ihr Wohnumfeld sind.

„Shared Space“ – der Verkehrsraum als urbaner Freiraum

Im Gegensatz zu den vorgenannten Lösungen zur Barrierefreiheit, bei denen die baulich-gestalterische Trennung der verschiedenen Verkehrszonen beibehalten wird, verfolgt das Prinzip „Shared Space“



Gut nutzbare Wegeverbindung für den Alltag (Foto: bgmr)

einen sehr weit gehenden Ansatz zur Neugestaltung von Verkehrsräumen. Das in den Niederlanden von dem Verkehrsplaner Monderman entwickelte Konzept hebt die herkömmliche Trennung der verschiedenen Funktionen im Verkehrsraum vollständig auf. Neben trennenden Elementen wie Bordsteinen, Pollern und Fußgängerinseln werden auch Verkehrsschilder und Ampeln entfernt. Dieser Ansatz, der in Europa und auch im gesamten Bundesgebiet zunehmend Beachtung findet, setzt bezüglich der Verkehrsregelung in erster Linie auf raumgestalterische Signale und ein rücksichtsvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer.



Deutliche Markierungen erleichtern die Orientierung im Straßenraum in Bohmte (Foto: bgmr)

Erste Erfahrungen hierzulande zeigen, dass das Shared-Space-Prinzip keine Generallösung für alle Verkehrsräume ist. Im konkreten Fall der untersuchten Fallstudie konnte jedoch trotz Beibehaltung der Durchgangsfrequenz des motorisierten Verkehrs mit ca. 12 000 Kfz/Tag die räumliche und funktionale Dominanz des Autoverkehrs so weit aufgehoben werden, dass die Ortsmitte wieder zu einer für alle Bewohner gleichberechtigt nutzbaren Zone geworden ist.

Im Ergebnis zeigt sich jedoch auch, dass das Konzept, das die herkömmliche Trennung der verschiedenen räumlichen Funktionen im Verkehrsraum aufhebt und das bauliche Leitsystem auf ein Minimum reduziert, bei allen Verkehrsteilnehmern einen Lernprozess bezüglich des Verkehrsverhaltens erfordert. Unsicherheiten in dem ungewohnt gestalteten Verkehrsraum treten vor allem bei Kindern und älteren Menschen auf. Tipps und Informationen in den Schulen und In-

formationsspaziergänge mit älteren Menschen sollen dazu beitragen, diesen Lernprozess zu unterstützen.

Auch mussten speziell für sehbehinderte und blinde Personen baulich-gestalterische Lösungen gefunden werden, da für diese Personengruppe ohne taktile und optische Strukturierung der Flächen eine Orientierung im Verkehrsraum nicht ausreichend möglich ist. Die eingebauten weißen Rillensteine helfen nun nicht nur den Sehbehinderten dabei, sich im Straßenraum zurecht zu finden, sondern stellen gleichzeitig ein Orientierungssystem für Kinder und ältere Menschen dar.

Nutzungsoffene Räume

Die Nutzbarkeit von Freiräumen wird wesentlich durch die räumliche Gestaltung und Ausstattung bestimmt. Durch die richtige Anordnung der Räume zueinander und ausreichende Angebote für unterschiedliche Alters- und Nutzergruppen lassen sich Konfliktsituationen vermeiden.

Multifunktionale und nutzungsoffene Räume

Offene, durchgängig platzartig gestaltete Freiräume mit harten, belastbaren Belägen, offenen Rasenflächen und attraktiven Sitzgelegenheiten eignen sich auf vielfältige Weise für die Aneignung durch alle Generationen und schaffen Raum für Begegnung.

So gestaltet werden Verkehrsflächen in Einkaufsstraßen zu Ladenvorzone für die Warenauslage, zu Cafégärten oder zu Begegnungsräumen für das Public Viewing.

Stadtplätze und Promenaden werden gleichermaßen zur Plattform für Feste und Kulturveranstaltungen, für Spiele mit Rollgeräten und zur alltäglichen Bühne des „Sehen und Gesehen werdens“. Kombiniert mit



Funktionsoffene Flächen können vielfältig genutzt werden (Foto: Stadt Mannheim)

Licht, interessanter Architektur und Relikten historischer Nutzungen entsteht an solchen Orten eine besondere Atmosphäre.

Das Nebeneinander von Generationen baut Distanz ab

Die zeitgemäße und generationenübergreifende Gestaltung der Freiräume löst die strikte räumliche und optische Trennung von Funktionen und Räumen auf. Übersichtlich gestaltete Platz- und Freiraumsituationen und die Nutzungsoffenheit und verbindende Elemente, wie durchgängige Wege und offene Platzsituationen, schaffen räumlichen Zusammenhalt und ermöglichen ungezwungenen Sichtkontakt und Begegnungen.

Die Fallstudienbeispiele zeigen, dass in der Regel Begegnung und Attraktivität gefördert wird, wenn Angebote für unterschiedliche Altersgruppen im räumlichen Zusammenhang gestaltet werden, so dass das „Sehen und gesehen werden“ möglich ist. Beispielsweise sollten zu den Spielangeboten für Kinder zusätzlich Angebote für den Aufenthalt und die Nutzung durch Erwachsene und ältere Menschen entstehen. Hierzu zählen attraktive und bequeme Sitzgelegenheiten, Bewegungs- und Spielangebote, die auch für Erwachsene und ältere Menschen geeignet sind, sowie gastronomische Angebote.

Sitzmöbel für Alt und Jung

Die Aufenthaltsqualität und der Gebrauchswert städtischer Freiräume wird stark mit-



Für Alt und Jung getestet und für gut befunden – Musterbank „Luise“ (Foto: Jürgen Marten, Bezirksamt Hamburg-Mitte)

bestimmt von der Qualität, der Anzahl und der Anordnung von Sitzmöglichkeiten. Sie sollten:

- über feste Wege erreichbar sein und Blickbezüge und Kommunikation ermöglichen
- möglichst Sitzflächen aus warmen Materialien wie Holz oder Kunststoff aufweisen
- ausreichenden Sitzkomfort auch für ältere Menschen bieten
- in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen

Mit der Bemusterung verschiedener Banktypen unter Beteiligung der unterschiedlichen Altersgruppen und mit der Entwicklung eines geeigneten Banktyps mit einem Hersteller wurden im Modellgebiet Hamburg-Luisenhofstiege im Rahmen des Projektes „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen“ gute Erfahrungen gemacht.

Generationenübergreifende Angebote

Weitere Ausstattungsmerkmale, die zur generationenübergreifenden Nutzung und Begegnung anregen, sind:

- Angebote zur gemeinsamen Aneignung (z. B. Pflanzen, Gärtnern)
- Wasser als Gestaltungs- und Spielelement
- Mitmachaktionen wie Bau-, Kunst- und Pflanzaktionen (auch mit temporären Ergebnissen)
- Kultur- und Bewegungsangebote (Konzerte, Theater, Lesen, Tanzen, Sport)

Insbesondere Geräte, die auch ältere Menschen dazu ermuntern sollen, sich im Freiraum zu bewegen und an speziell entwickelten Geräten zu trainieren, werden zunehmend nachgefragt und bereits von einigen Herstellern vertrieben. Bislang liegen zur Akzeptanz und Nachhaltigkeit solcher Geräte nur wenige verwertbare Erfahrungen vor. Innerhalb dieses Forschungsfeldes wird die bauliche Umsetzung und die Nutzung generationenübergreifender Bewegungsgeräte in unterschiedlichen Freiraumtypen erprobt. Erste Erkenntnisse hierzu werden Mitte 2009 vorliegen.

Sicherheit

Das Gefühl der Sicherheit und das Fehlen von Angst ist die Grundvoraussetzung, damit Freiräume überhaupt genutzt werden können.

Durch die Schaffung von offenen, transparenten Freiräumen anstelle von verbuschten Grünräumen werden Angsträume beseitigt und es wird der Kriminalität vorgebeugt. Trotz einer offenen Gestaltung müssen in der Freifläche Nutzungsangebote für unterschiedliche Nutzergruppen ausdifferenziert werden.

Der Sichtbezug zu bewohnten Häusern erhöht ebenfalls das Gefühl der Sicherheit. Auch öffentliche Straßen können zu mehr sozialer Kontrolle führen und so dazu beitragen, dass Nutzer von Plätzen und Parks sich sicherer fühlen.

Für viele bestehende Parkanlagen und Stadtplätze ist erst einmal ein Aufräumen und Roden der Gehölze erforderlich. Dazu gehört die Beseitigung der „Kuschelecken“ aus den 1970er Jahren, die gut gemeinten Lärmschutzwände und Wälle zum Straßenraum und vor allem die Auslichtung dichter Gehölzbestände. Solitärer Bäume mit aufgestützten Hochstämmen oder einzelne Baumhaine können in der Regel integriert werden, ohne dass Sichtbezüge zur umgebenden Stadt gestört werden. Die gestalterische Gliederung der Freiräume wird über Belagswechsel, niedrige Mauern und Sitzstufen und die Möblierung sowie die Bepflanzung mit Solitärer Bäumen erreicht.

Konflikte mit dem Natur- und Baumschutz müssen bei der umfassenden Beseitigung von Gehölzen zur Erhöhung der Sicherheit frühzeitig transparent gemacht und kommuniziert werden.

Auf dem Schusterplatz in Wuppertal und auf dem Platz an der Christuskirche in Essen wurden mit diesen Maßnahmen des Aufräumens und Auflichtens ein Qualitätssprung erzielt und gut nutzbare urbane Freiräume in den Stadtquartieren geschaffen.

Technische Ausstattung

Damit urbane Begegnungsräume im Quartier entstehen können, die auch eine Begegnung mit Kultur- und Kunstaktionen, Spiel- und Sportveranstaltungen und Feste ermöglichen, werden insbesondere zentrale Plätze ausgestattet mit

- Bühnen, z. T. überdacht,
- Unterstellmöglichkeiten,
- Versorgungsstationen für Strom und Wasser,
- Lichtinstallation.

Atmosphäre schaffen durch Licht

Eine ausreichende Beleuchtung zentraler Plätze und wichtiger Wege ist wichtig für das Sicherheitsgefühl und die Belebung des öffentlichen Raumes in den Abendstunden. In vielen Städten wird jedoch aufgrund knapper Kassen an der Beleuchtung in den Grünflächen und auf Plätzen gespart.

Um eine atmosphärisch wirksame Beleuchtung mit indirekten Beleuchtungselementen und eine Lichtschlange realisieren zu können, ist die Stadt Essen in Altendorf eine Kooperation mit der evangelischen Kirchengemeinde eingegangen, die sich an den Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Platzbeleuchtung beteiligt. Ohne diese Unterstützung wäre die über den üblichen Standard für den öffentlichen Raum hinausgehende Beleuchtung nicht zu realisieren gewesen.

In Bohmte konnte durch den Einbau von Lampen, die auf neuen Technologien basieren, eine atmosphärische Straßenbeleuchtung geschaffen werden, die gleichzeitig gegenüber den alten Leuchtmitteln eine Energieeinsparung um zwei Drittel erreicht.

Öffentliche Toiletten

Öffentlich nutzbare Toiletten sind gerade für Familien und ältere Menschen ein wichtiges Qualitätsmerkmal für die Nutzung öffentlicher Räume. Allerdings sind sie ein neuralgischer Punkt im Hinblick auf die knappen öffentlichen Kassen. In vielen Städten verschwinden sie daher aus dem Stadtbild oder sie werden privatisiert und stehen dann in



Beleuchtung schafft Atmosphäre und Sicherheit (Foto: Stadt Mannheim)

der Regel nur noch an exponierten, werbewirksamen Standorten gegen eine relativ hohe Benutzungsgebühr zur Verfügung.

In Einzelfällen gelingt es über Sponsoring eine für die Allgemeinheit verfügbare Toilette im Freiraum einzurichten. Hilfreich und unabdingbar sind hierfür ein gutes Netzwerk und das Vorhandensein von „Aktivisten“, die sich um den dauerhaften Betrieb der Toilette kümmern.

Nachhaltigkeit

Die Pflege, Unterhaltung und Sauberkeit des öffentlichen Raums stehen in der Wahrnehmung des Stadtquartiers und der Bewertung des Gebrauchswertes durch die Bewohner mit an oberster Stelle. Gleichzeitig sind den Kommunen zunehmend Grenzen in der Verfügbarkeit von Ressourcen und Finanzen gesetzt.

Unter den veränderten Rahmenbedingungen und kommunalen Handlungsspielräumen ist eine „robuste“ und möglichst multifunktional nutzbare Grundstruktur der Freiräume eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Pflege und Un-

terhaltung. Sie erleichtert durch geringere Folgekosten auch die künftige Anpassung der Freiräume an die sich wandelnden Bedürfnisse der Alters- und Nutzergruppen.

Die folgenden Ansätze tragen dazu bei, den Aufwand von Pflege und Unterhaltung zu minimieren und Vandalismus und Vermüllung vorzubeugen:

- Einsatz hochwertiger, robuster Materialien
- Reduzierung pflegeintensiver Pflanzungen wie Staudenbeete, Hecken und Gehölzflächen zu Gunsten von ebenfalls gestalterisch ansprechenden Wiesen, Rasenflächen mit Solitärgehölzen
- Die spätere Pflege und Unterhaltung bereits frühzeitig in der Planung von Parkanlagen berücksichtigen.

Auch alternative Finanzierungsmodelle, wie z. B. Grüne Patenschaften durch Bürger und Vereine, kommen zunehmend zum Tragen, wobei erhebliche Kosteneinsparungen hierdurch nicht zu erwarten sind. Die soziale Bindung und Verantwortung wird jedoch gestärkt, so dass Schäden durch Vandalismus vermindert werden können.



Ein „robust“ gestalteter Platz ist variabel nutzbar, Küchen-gartenplatz in Hannover (Foto: foundation 5+ Kassel)

Teil II – Fallstudien

Fallstudie Wuppertal-Ölberg: Umgestaltung des Schusterplatzes

Kontext

Das Wohnquartier Ölberg in der Elberfelder Nordstadt zeichnet sich durch seine Bewohnervielfalt aus: Alteingesessene Ölberger leben hier neben neu zugezogenen Studenten, Firmen in der dritten Generation findet man neben kleinen Existenzgründerunternehmen. Die klassische gründerzeitliche Wohnbebauung mit kleinen Läden, Kunstateliers und Kneipen prägt das Stadtbild. Da die demografischen Veränderungen in diesem innerstädtischen, gründerzeitlichen Quartier einen erheblichen Handlungsbedarf erfordern, gehört der Stadtteil zu den Programmgebieten „Stadtumbau West“. Mit dem Programm soll eine kleinräumige Strukturentwicklung in Gang gesetzt werden, bei der alle Beteiligten zusammenwirken.

Der Schusterplatz nach der Umgestaltung:
„In der Schule haben wir Bilder von unseren Ideen zum Platz gemalt. Meine Idee war ein großes Trampolin. Das ist nicht gekommen. Aber der Platz ist trotzdem schön und echt gut zum Spielen.“
Rami und Furkan (11 Jahre)
(Foto: Bettina Oswald)



Seit 2001 arbeitet ein Büro für Organisations- und Unternehmensberatung im Rahmen eines Corporate-Citizenship-Projekts ehrenamtlich an der Stadtteilentwicklung im Quartier und hat dabei maßgeblich den

Projekttyp:	Plätze in gründerzeitlichen Stadtquartieren	
Eigentümer:	Stadt Wuppertal	
Förderung:	Städtebauförderung Stadtumbau West, Zuwendung für internetgestützte Quartiersplattform im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des Bundes, Eigenarbeit, Sponsoring	
Einwohner Stadt:	360 022	
Einwohner Quartier:	17 377	
Quartierstyp:	Blockrand, gründerzeitliche Bebauung	
Lage:	Innenstadt	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	18 %
	> 65 Jahre	19 %
	Zuwanderer	28 %
	Arbeitslose	12 %



Monofunktional, zugestellt, schlecht einsehbar: der Schusterplatz vor der Umgestaltung (Foto: bgmr)

Umbauprozess für den Schusterplatz mit initiiert und begleitet. Der in den 1970er Jahren als Kinderspielplatz angelegte, zentral gelegene Schusterplatz entsprach in seiner Gestaltung schon lange nicht mehr den Anforderungen der Anwohner. Die intensive Platznutzung durch die benachbarten Schulen führte zu einer Verdrängung der Senioren aus der Nachbarschaft.

Konzept

„Platz für alle! Mitmischen + Mitgestalten“ – unter diesem Slogan wurde der Schusterplatz mit intensiver Bewohnerbeteiligung umgestaltet. In einem prozessorientierten Beteiligungs- und Planungsverfahren wurde gemeinsam nach Lösungen für den Platz gesucht. Mit Quartiersfesten, Kunst- und Bastelaktionen, Planungs-Café im Seniorenstift, bei Besuchen und gemeinsamen Veranstaltungen in den Einrichtungen der Migranten und mit dem „World-Café“ auf dem Platz wurden alle Alters- und Nutzergruppen angesprochen und persönliche platzbezogene Geschichten und Ideen für die zukünftige Nutzung und Gestaltung gesammelt.

Die landschaftsarchitektonische Umsetzung der Anwohnerideen gibt dem Platz ein völlig neues Gesicht: Aus dem zugewachsenen und baulich verstellten Grünraum wurde ein offener und nahezu barrierefrei zugänglicher Platz mit Angeboten für alle Generationen.

Der Umgestaltungsprozess endet jedoch nicht mit dem Abschluss der Bauarbeiten. Aus dem breiten Beteiligungsprozess heraus haben sich Bürgergruppen und Unternehmen gefunden, die auch für die Bespielung und Weiterentwicklung des Platzes Verantwortung übernehmen und die sich für die weitere Quartiersentwicklung einsetzen.

Netzwerkarbeit und Sponsoring

Wesentlicher Motor für die Beteiligung der Anwohner und die Netzwerkarbeit im Quartier sind der Stadtteilverein und das Schusterplatzcafé, das aus dem Beteiligungsprozess zur Umgestaltung des Schusterplatzes hervorgegangen ist. Bei den regelmäßig stattfindenden Treffen von Nutzern und Interessierten geht es sowohl um kulturelle Projekte als auch um die Ideen und Anliegen der Bewohner zur Weiterentwicklung des Schusterplatzes.

Mit Unterstützung zahlreicher Sponsoren konnte so ein interkulturelles Begleitprogramm zum Platzumbau unter dem Motto „Gerüch(t)eküche“ durchgeführt werden. Die Dauerausstellung „Mahlzeit“, bei der in leer stehenden Läden dekorierte und eingedeckte Küchentische, je nach Herkunft, Tradition und Geschmack, ausgestellt wurden, endete mit einem großen Platzmahl zur Eröffnung des umgestalteten Schusterplatzes.



Kinder- und Jugendcafé und Beteiligungsbüro in ehemaligem Gemüseladen (Foto: Bettina Oswald)

In Eigenregie konnte auch der Wunsch nach einer Toilette und einer Unterstellmöglichkeit für Fest- und Spielmaterialien in einem Traföhäuschen am Platz realisiert werden. Ein ortsansässiger Handwerker sammelte erfolgreich Sponsorengelder für den Innenumbau und baute es in Eigenleistung als



Der neue Schusterplatz (Entwurf: Planergruppe Oberhausen GmbH)

behindertengerechte Toilette aus. Die Stadtwerke stellen das Traföhäuschen kostenfrei zur Verfügung.

Das Konzept des Sponsoring im Ölberg-Viertel konnte bislang mehrfach erfolgreich umgesetzt werden. Deutlich wurde jedoch, dass es Personen geben muss, die kontinuierlich eine Sponsorenpflege betreiben. Dies umfasst das aktive Einwerben von Sponsoren, die Weitergabe von Informationen über Projekt und Ziele sowie die Bekanntmachung und die regelmäßige Ansprache und Pflege der Sponsoren.

Mitmach-Baustelle

In einer Mitmach-Baustelle entstanden mit Jugendlichen unter Anleitung eines ortsansässigen Schreiners in der benachbarten Schulwerkstatt Spielhäuser, die gemeinsam auf dem Platz installiert wurden. Schulklassen bauten mit einem Künstler an einem

Akteure:

- Unternehmer/innen für die Nordstadt e.V., Förderverein Elberfelder Nordstadt e.V. (seit 12/07)
- ORG.BERATUNG Schulten & Weyland (Beteiligungsverfahren, Moderation)
- Akteure des Schusterplatzcafés
- Stadt Wuppertal mit den Ressorts Kinder, Jugend und Familie, Grünflächen und Forsten sowie Stadtentwicklung und Stadtplanung
- Planergruppe Oberhausen, Landschaftsarchitekten
- Bezirksvertretung Wuppertal-Elberfeld
- AWO-Stadtteilservice
- Informelle Netzwerke (z. B. Elterngruppen, Beteiligte) und Bewohner, Migranten-Vereine

Maßnahmen:

- Aktive Projektbegleitung durch den Arbeitskreis Nordstadt e.V. und den Verein der Unternehmer/innen für die Nordstadt e.V.
- Gründung und regelmäßige Treffen des „Schusterplatzcafés“
- Durchführung der Beteiligung und Planung durch zwei im Stadtteil tätige Büros
- Etablierung des Ölberg-Festes, Kunst- und Bastelaktionen mit Kindern und Jugendlichen, Planungs-Café im Seniorenstift, „World-Café“
- Einrichtung eines ehemaligen Gemüseladens als „Beteiligungs- und Informationszentrale“ mit täglichen Öffnungszeiten
- Mitmach-Baustelle für den Bau von Spielgeräten mit Eltern und Kindern
- Kampagne „Gerüch(t)eküche“ mit der Dauerausstellung „Mahlzeit“ und der Aktion „Platzmahl“ zur Eröffnung des umgebauten Schusterplatzes
- Public Private Partnership und Sponsorenwerbung
- Gender-Studie

Die besonderen Qualitäten des neu gestalteten Platzes liegen in der Herstellung einer übersichtlichen Platzsituation und der Nutzungsoffenheit. (Foto: Rolf Martin)



Mäander aus Beton und Kieselsteinen, die die Sandfläche unterteilt. Durch diese Aktionen und den Beteiligungsprozess konnte die Auseinandersetzung mit den Interessen anderer Nutzergruppen angeregt und eine größere Wertschätzung des Platzes erreicht werden.

So entstand ein offener Stadtplatz, der mit seinen Ausstattungsmerkmalen die Nutzung und Aneignung erlaubt, aber nicht zwingend räumlich festlegt – ein urbaner Ort der Begegnung für Jung und Alt im Stadtquartier.

Der Platzbetrieb – nach dem Bau ist vor dem Bau



Mitmach-Baustelle (Foto: Rolf Martin)

2008 erhielt das Projekt den mit 15 000 Euro dotierten BürgerTal-Preis, der jährlich für besonderes ehrenamtliches Engagement von der Wuppertaler Jackstädt-Stiftung und der Westdeutschen Zeitung verliehen wird. Daraufhin begann im Schusterplatz-café eine intensive Diskussion darüber, wie die Mittel eingesetzt werden, um den Platz bürgerschaftlich weiter zu bauen. Die Platzumgestaltung wurde somit zum Anlass, ein Quartiersnetzwerk aufzubauen und das „Wir-Gefühl“ zu stärken. Aus dem Prozess heraus haben sich Anwohner gefunden, wie z. B. die „Elterngruppe vom ersten Karree“, die sich um die alltägliche Nutzung des Platzes kümmern. Die gemeinsame Diskussion über Ziele, Projekte und Verantwortlichkeiten hat zu einer starken Identifikation mit dem Platz und der weiteren Quartiersentwicklung geführt.

Bauliche Lösung für den Platz

Allen landschaftsarchitektonischen Entwürfen war gemeinsam, den Platz am Berg, der bislang meist nur über Treppen erreichbar war, barrierefrei zugänglich und nutzbar zu machen. Als besonders flexibel und tauglich für alle Generationen bewerteten die Anwohner das „Kurpark-Motiv“. An der Nordseite ist ein großer Platz unter dem hallenartigen Baumbestand als Treffpunkt und als Raum für Feste entstanden. Auf der terrassierten Sandspielfläche sind Spiel- und Bewegungsangebote für kleinere und größere Kinder zu finden. Eine modellierte Rasenfläche eignet sich gleichermaßen als Liegewiese und für kleine Ballspiele. Auf dem benachbarten Platz mit Bänken, nahe dem Seniorenstift, sitzen Eltern und Senioren und können das Platzgeschehen beobachten.

Marketing für das Quartier

Mit Projektlogos, Mottoaktionen, dem alle zwei Jahre stattfindenden Ölbergfest und der Internetseite www.schusterplatz.de betreiben Stadtteil- und Unternehmerverein aktiv Werbung für die Quartiersentwicklung. Über eine internetgestützte Quartiersplattform mit interaktiven Foren, die der Stadtteilverein unterstützt, sollen noch mehr Bewohner angesprochen und Planungsprozesse transparenter gestaltet werden. Wissen soll so für alle beteiligten Akteure zugänglich gemacht werden.

Zu Hause sein, zu Hause bleiben – Erfahrungsberichte der Akteure:

Selbstverständnis des Planers

Rolf Martin, Landschaftsarchitekt und aktiver Anwohner im Schusterplatzcafé:

„Das Planen und Bauen im Bestand erfordert ein neues Selbstverständnis des Planers, denn in vielen Projekten ist das aktive Mitmachen der Bewohner und somit der Prozess bereits das Ziel. Im Mittelpunkt steht nicht die Ablesbarkeit der Handschrift des Architekten, sondern der Planer moderiert und übersetzt Kritik, Wünsche und Ideen in eine fachliche Planung.“

Bürger als Quartiersexperten

Gaby Schulten und Thomas Weyland, ORG. BERATUNG, Unternehmer/innen für die Nordstadt e.V./Förderverein Elberfelder Nordstadt e.V. (seit 12/07):

„Die Bewohner sind die Experten für ihr Quartier. Über Kommunikation im Quartier kann dieses Wissen und auch Engagement für das Quartier aktiviert werden.“

Es ist ein Irrglaube, dass bürgerschaftliches Engagement kurzfristig zu Einsparungen von Geld und Personal in der Verwaltung führt. Im Gegenteil – es findet im Quartier eine Verständigung über Anforderungen statt, die in die Verwaltung hinein kommuniziert werden. Damit entstehen zusätzliche, aber dafür qualifizierte Bedarfe, die Unterstützung benötigen.

Bürgerschaftliches Engagement kostet immer etwas – wenn nicht Geld, dann zumindest Macht. Die kommunale Politik muss die Einmischung der Bürger, die auch verbunden ist mit der Abgabe von Entscheidungsbefugnissen, erst noch lernen.

Eine erhöhte Autonomie im Quartier bedeutet in der Konsequenz auch Entscheidungsspielraum über Finanzen, z. B. in Form eines Bürgerfonds. Ein Quartiersfond wäre gut, denn wir haben noch weitere Ideen für die Entwicklung des Stadtteils.

Bürgerschaftliches Engagement führt langfristig zu einer Qualitätssteigerung im Stadtquartier, die von mehr Identität bis zu weniger Vandalismusschäden reicht. Dieser Mehrwert lässt sich allerdings kaum monetär bewerten.“



Platzbespielung: Erstes Platzkino „Movie in Motion“ mit 500 Besuchern
(Foto/Montage: Mark Tykwer)

Die Verwaltung unterstützt die von Bürgern initiierte Quartiersentwicklung

Herr Zlotorzewski, Ressort Grünflächen und Forsten der Stadt Wuppertal:

„Das Grünflächenamt hat eine Zielvereinbarung getroffen, möglichst bei allen stadtteilrelevanten Planungen eine offene Bürgerbeteiligung durchzuführen. Denn die Erfahrungen mit Spielplatzplanungen, die seit Längerem alle mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden, haben gezeigt, dass die Planungen hierdurch eine höhere Akzeptanz finden.“

Beteiligung und Prozessplanung benötigen ausreichend Ressourcen und qualifiziertes Personal in der Verwaltung. Hier sollten die Moderations- und Steuerungskompetenzen mit folgender Ausrichtung gestärkt werden:

1. Qualifizierte Unterstützung und fachliche Beratung der Selbstorganisation in den Quartieren
2. Vernetzung der Arbeit in der Verwaltung
3. Beteiligung der Politik, denn oft müssen auch die politischen Entscheidungsgremien für Bürgerideen gewonnen werden.“

Kontakt:

- ORG.BERATUNG Schulten & Weyland, Zimmerstr. 40, 42105 Wuppertal
info@orgberatung.de
- Stadt Wuppertal, Ressort 103 Grünflächen und Forsten, Johannes-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Tel: 0202 563-0
gruenflaechen-forsten@stadt.wuppertal.de
- Stadt Wuppertal, Ressort Kinder, Jugend und Familie, Fachbereich Jugend & Freizeit, Alexanderstraße 18, 42103 Wuppertal, Tel: 0202 563-0
kinder.jugend.und.familie@stadt.wuppertal.de



ölbergisch®
Keiner wie wir.

Ein eigenes Logo und Motto-Aktionen wie der Einkaufswagen für den neu eingerichteten Ölbergmarkt fördern die Selbstdarstellung und stärken die lokale Ökonomie.
(Logo Schusterplatz: picnic-design.de, Logo ölbergisch: Unternehmerverein, Foto Trolley: Thomas Weyland)

Fallstudie Essen-Altendorf: Ein Platz für alle an der Christuskirche

Kontext

Der hoch verdichtete Stadtteil Altendorf gehört zu den Stadtteilen Essens mit besonderem Entwicklungsbedarf (Programmgebiet „Soziale Stadt“). Große, in Umnutzung befindliche Gewerbeareale trennen ihn räumlich von der Innenstadt ab. Städtebauliche und soziale Probleme tragen zum schlechten Image von Altendorf bei.

Ein Maßnahmeschwerpunkt im Stadtteil ist der Christuskirchplatz, der mit der Christus-

kirche die räumliche Quartiersmitte bildet und von drei- bis viergeschossigen Wohngebäuden der Gründerzeit und Nachkriegsbauung eingefasst wird. Vor der Umgestaltung war das Umfeld der Christuskirche in einem desolaten Zustand: Hochbeete und dichter Gehölzbewuchs sorgten für eine unübersichtliche Raumsituation. Der Parkplatz auf dem Platz wurde zum Treffpunkt von Jugendlichen, von denen zum Teil abendliche Ruhestörungen, Belästigungen und auch Bedrohungen der Anwohner ausgingen. Auch die Verkehrssituation war unbefriedigend. Die in den 1970/80er Jahren nahezu flächendeckend umgesetzten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung führten dazu, dass viele Bewohner den Platz als unbelebt kritisierten. Sie fühlten sich vom umliegenden Stadtraum abgetrennt.

Mit der Umgestaltung sollten daher Lösungen gefunden werden, den als Angstraum empfundenen Platz wieder zu einem lebendigen Quartiersplatz werden zu lassen.

Konzept

Mit der Umgestaltung des Christuskirchplatzes ist ein neues Zentrum für den Stadtteil Altendorf geschaffen worden.

Der Platz wurde über die Straßenräume hinweg neu gestaltet. Durch den barrierefreien Umbau, die gestalterische Aufwertung und die Anbindung an das umliegende Straßennetz trennen die Straßenräume nicht mehr, sondern verbinden die Wohngebäude mit dem angrenzenden Platz und dem umliegenden Stadtraum. Aus dem introvertierten, nicht als Platz wahrnehmbaren Freiraum wurde ein teilräumlich differenziert gestalteter, aber im Zusammenhang erlebbarer, offener und urbaner Quartiersplatz.

Der Entwicklungsprozess wurde von den Bürgern unter Begleitung der Universität Duisburg-Essen intensiv mitgestaltet. In zahlreichen Diskussionen, Bürgerbeteiligungen und Veranstaltungen wurden Mängel erkannt, Ideen gesammelt und Ziele formuliert. Die in dem intensiven Beteiligungs- und Diskussionsprozess mit den Bürgern und den lokalen Akteuren entstandenen „Bausteine“ wurden zu einem Gesamtkonzept für einen Platz für alle an der Christuskirche zusammengeführt.



Platz an der Christuskirche
(Entwurf: Dipl.-Ing. Helmut
Fox, Büro für Freiraum-
planung)

Projekttyp:	Plätze in gründerzeitlichen Stadtquartieren	
Eigentümer:	Stadt Essen	
Förderung:	Programm Soziale Stadt	
Einwohner Stadt:	582 016	
Einwohner Quartier:	20 684	
Quartierstyp:	1950–1960er Jahre	
Lage:	Innenstadtrand	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	17,5 %
	> 65 Jahre	18,5 %
	Zuwanderer	20,3 %
	Arbeitslose	18,4 %

Bürger als Experten der Quartiersentwicklung

Im Rahmen des Quartiersmanagements wurde eine aktivierende Befragung der Quartiersbewohner durchgeführt. Für die meisten Anwohner waren die Themen Verkehrsorganisation und Wohnumfeldverbesserung am Platz von großer Bedeutung. Daher wurde im weiteren Prozess in regelmäßig tagenden Arbeitskreisen nach Lösungen zu diesen beiden Themen gesucht: Als ein Lösungsansatz für die Belebung und für mehr soziale Kontrolle wurde von vielen Beteiligten der teilweise Rückbau der Verkehrsberuhigung gefordert.

Margarete Meyer, Büro Stadtentwicklung, Stadt Essen, Stadtteilprojekt Altendorf, Gebietsbeauftragte:

„Auch auf der politischen Ebene erfordern offene Planungsprozess mit Bürgern ein Umdenken. Die Politik musste erst einmal etwas schlucken, als Anwohner ein eindeutiges Votum abgaben, die in den 1970er Jahren gebaute aufwendige Verkehrsberuhigung in Teilen zurückzubauen. Hier ist ein Lernprozess eingeleitet worden.“

Konfliktmoderation

Im weiteren Prozess setzte sich die Stadtteilmoderation im Quartiersmanagement Altendorf dafür ein, zwischen den Jugendlichen, die nicht einfach vom Platz verdrängt werden sollten, und den Anwohnern Absprachen für ein friedliches Zusammenleben zu fördern. Deutlich wurde hierbei, dass den Jugendlichen Möglichkeiten fehlten, sich auch in den Abendstunden sportlich zu betätigen und zu messen. Trainer des Essener Sportbundes in Zusammenarbeit mit Polizei und Jugendamt reagierten unmittelbar mit Sportangeboten bis in die späten Nachtstunden in der nahe gelegenen Gesamtschule. Der Bolzplatz ist in Abspra-



„Sehen und gesehen werden“ auf dem offen gestalteten Platz (Foto: Stegmann)

che mit den Jugendlichen bei der Umgestaltungsmaßnahme abgebaut worden, und die Jugendlichen nutzen nun besser geeignete, sozial verträglichere Plätze in direkter Nachbarschaft.

Gabi Wittekopf, Universität Duisburg-Essen, ISSAB, Stadtteilprojekt Altendorf, Stadtteilmoderation:

„Uns sind die Anliegen der Bewohner wichtig, denn schließlich sind sie die Experten für ihr Quartier. Wir machen deshalb keine klassische Angebotsplanung; unser Handlungsprinzip lautet: Wir arbeiten vor allem mit den Leuten, nicht nur für sie“.

„Der Beteiligungsprozess hat zu einer Kultur des miteinander Umgehens beigetragen. Die Bezirksvertretung hat sich damit schwer getan, dass die Bürger mitentscheiden. Zumal die Bürger Interessen formulieren, die z.T. in der Umsetzung noch keine geübte Praxis darstellen und eine höhere Flexibilität der Planungsverfahren erfordern.“

Akteure:

- Stadt Essen, Büro Stadtentwicklung, Amt für Immobilienwirtschaft, Tiefbauamt
- Stadtteilbüro „treffpunkt Altendorf.“ u. a. Baubüro
- Grün & Gruga Essen
- Stadtwerke Essen
- Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen
- Werbering Altendorf
- Landschaftsarchitekt Helmut Fox
- Architekt und Lichtkünstler Peter Brdenk, Essen
- Kirche und Bürger

Maßnahmen:

- Aktivierende Befragung der Anwohner durch das ISSAB
- Diskussionsveranstaltungen, Bürgerbeteiligungen
- Einrichtung verschiedener Arbeitskreise, u. a. zu den Themen Verkehr und Wohnumfeldverbesserung
- Erstellung eines Gesamtkonzeptes für das Umfeld Christuskirche
- Umsetzung in gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Ämtern der Stadt Essen, einem Landschaftsarchitekten, einem Lichtkünstler und der Kirche



Der Platz schafft neue Wegebezüge im Quartier (Foto: Büro für Freiraumplanung Fox)

Bauliche Lösungen am Platz

Durch die Öffnung der Ostseite des Platzraumes für den Durchgangsverkehr wurde wieder mehr Öffentlichkeit geschaffen. Auf dem Platz selbst entstanden Räume für verschiedenste Ansprüche: Der urbane Kirchenvorplatz nördlich der Christuskirche ist multifunktional nutzbar und bezieht sich gestalterisch auf den Eingang der Kirche. Der glatte Belag ist geeignet für Spielgeräte mit Rollen. Auf dem Platz können kleine Feste stattfinden und er bietet Sitzangebote in unterschiedlichen Höhen und Gestaltungen an. Wiesenflächen verbinden den Kirchen-



Neugestaltung des Straßenraumes (Foto: Büro für Freiraumplanung Fox)

vorplatz mit dem Platz südlich der Kirche. Der umgestaltete Freiraum südlich der Christuskirche ist vielseitig nutzbar, wobei die Nutzungsbedürfnisse von Kleinkindern, Jugendlichen und Senioren besondere Berücksichtigung finden. Das nach Norden abfallende Gelände wurde für die Anlage von Stufen genutzt. Die Stufenanlagen sind sowohl gliedernde als auch verbindende Elemente. Baumreihen fassen den mit Platten belegten zentralen Stadtplatz ein. Nördlich grenzt ein grüner Platz mit Spielwiese, Wasser- und Sandspiel an. Den südlichen Abschluss bildet ein Platz mit wassergebundener Decke bestückt mit einzelnen Spielelementen und Sitzbänken.

Die oben beschriebenen Prozesse werden durch die offene Gestaltung der Platzflächen, durch Rückbaumaßnahmen und die starke Ausrichtung der Gehölzstrukturen unterstützt. Durch die Umsetzung des Lichtkonzeptes ist es gelungen, ein übersichtliches Raumgefüge zu schaffen und das ehemalige Unsicherheitsgefühl aufzulösen.

Jochen Stegmann, aktiver Anwohner, der einen Film über den Platzumbau gedreht hat:

„Die Umgestaltung des Platzes wird durch die Bewohner absolut positiv bewertet. Besonders wichtig ist, dass man nun gesehen wird. Ein lebendiger Stadtplatz ist entstanden. Cliquenbildung von Jugendlichen am Platz gibt es nicht mehr. Die Platzflächen südlich der Kirche werden besonders von Müttern mit Kindern angenommen. Auf der Rasenfläche bolzen die 8- bis 12-Jährigen. Dies ist an den Abnutzungsspuren des Rasens deutlich sehen. Vor allem in den Abendstunden sitzen die Mitglieder des türkischen Vereins auf dem Platz.“

Das Modell Spielplatzpatenschaften in Essen

Das Modell der Spielplatzpatenschaften wird bereits seit einigen Jahren in der Stadt Essen praktiziert. Elterngruppen mit festen Ansprechpartnern übernehmen Verantwortung und soziale Kontrolle für Spielplätze, melden Schäden an Spielgeräten und Verunreinigungen auf dem Platz und organisieren Feste und Angebote wie das Spielmobil. Unterstützt werden sie dabei vom Kinderbüro der Stadt.

Auch im Prozess der Umgestaltung des Christuskirchplatzes hat sich eine Gruppe junger Mütter zusammengetan, die sich um den Spielplatz auf dem Platz kümmern.

Die öffentliche Hand investiert – Private machen mit

Die evangelische Kirchengemeinde hat frühzeitig erkannt, dass das Gemeindeleben und die Außenwirkung der Christuskirche von der Öffnung, Belebung und Umgestaltung des Vorplatzes und des Umfeldes profitieren kann. Sie hat sich daher von Beginn an aktiv an der Umgestaltung beteiligt. Das vormals stark zugewachsene und eingefriedete Gebäude wurde freigestellt und bildet mit der renovierten Fassade wieder eine städtebauliche Dominante. Um eine ansprechende Atmosphäre auf dem Platz zu schaffen, übernimmt die Kirche einen Teil der Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Platzbeleuchtung. Ohne diese Unterstützung wäre die über den üblichen Standard für den öffentlichen Raum hinausgehende Beleuchtung nicht zu realisieren gewesen.

Die Maßnahmen im öffentlichen Raum haben auch die Hauseigentümer veranlasst, in den Bestand zu investieren. An zahlreichen Häusern am Platz sind bereits mit Unterstützung der Stadt die Hausfassaden renoviert worden.

Weitere Projekte können auf das bereits vorhandene Netzwerk von Akteuren im Quartier aufbauen. Die Ansprechpartner sind weitgehend bekannt und die nächsten Projekte schon in Arbeit, wie der Ehrenzeller Platz nördlich der Altendorfer Straße.



Das jährlich stattfindende Kulturfest trägt zur Kommunikation zwischen den Bewohnergruppen bei. (Foto: Stadtteilbüro Essen-Altendorf, Stadt Essener Systemhaus)

Hans Strohschein, Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde:

„Wir haben bereits einen Open-Air-Gottesdienst auf dem neuen Platz vor der Kirche veranstaltet, der sehr gut angekommen ist. Auf dem Podest der Freitreppe steht dann der Altar. Der davor liegende Platz dient als



Treff vor der Christuskirche (Foto: Stadtteilbüro Essen-Altendorf, Stadt Essener Systemhaus)

Gemeinderaum. Einige Anwohner kommen seitdem erstmals auch in die Kirche zum Gottesdienst. Der nächste Gottesdienst vor der Kirche ist bereits geplant.“

Gerd Buschmann, Küster der evangelischen Kirchengemeinde:

„In Altendorf, wo viele sozial schwache Menschen wohnen, hat die Stadt mit der Neugestaltung des Platzes ein wichtiges Zeichen gesetzt, dass die Bewohner nicht alleine gelassen werden. Es ist wichtig, dass die Stadt die Pflege und Unterhaltung in ausreichendem Maße beibehält. Jedenfalls zeigt sich bereits, dass Identifikation vor Vandalismus schützt.“

Helmut Fox, Landschaftsarchitekt:

„Der Platz wird erstmalig als Stadtplatz wahrgenommen und ist durch die Neugestaltung zu einer Adresse geworden. Obwohl es ihn nicht offiziell als Straßenbezeichnung gibt, kennt jeder im Stadtteil den Christuskirchplatz. Auch das Wohnen am Christuskirchplatz ist nun ein Qualitätsmerkmal. Ein neues Lebensgefühl des städtischen Wohnens ist entstanden. Und die Graffiti an den Hauswänden haben deutlich abgenommen.“

Kontakt:

- Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen, Porscheplatz, 45121 Essen
Tel.: 0201 88-0
info@stadtentwicklung.essen.de

Fallstudie Mannheim: Quartiersentwicklung Jungbusch/ Verbindungskanal

Kontext

Das Mannheimer Quartier Jungbusch liegt an der Schnittstelle zwischen Innenstadt und Hafen. Die zurückgehende hafenspezifische Nutzung des Verbindungskanals und ein seit Anfang der 1990er Jahre einsetzender Strukturwandel im alten Rotlichtviertel der Stadt eröffneten Perspektiven für eine sukzessive Neuordnung des Stadtquartiers. Mit einem Mix aus städtischen Investitionen, Projektmitteln des Landes und privatem Engagement wurde in den letzten Jahren eine städtebauliche Neuordnung auf den Hafentflächen des Jungbusch-Quartiers eingeleitet.

Die neu entstandene Promenade am Verbindungskanal auf einer ehemaligen Gleisstrasse (Foto: Stadt Mannheim)



Das Projekt Quartiersentwicklung Jungbusch/Verbindungskanal war eines von drei Leitprojekten zum 400-jährigen Stadtjubiläum Mannheims im Jahr 2007. Die Aktivitäten der städtischen Verwaltung werden

durch ein lokal eingerichtetes Quartiersmanagement unterstützt und ins Viertel vermittelt.

Konzept

Das Projekt Quartiersentwicklung Jungbusch/Verbindungskanal steht stellvertretend für die Neugewinnung von städtischen (Frei-)Räumen auf Konversionsflächen, die bislang räumlich und funktional nicht in den Stadtgrundriss eingebunden sind. Mit den in einem städtebaulichen Rahmenplan verankerten infrastrukturellen und städtebaulichen Maßnahmen und mit flankierenden Maßnahmen in den Bereichen Soziales, Kultur und Integrationsförderung verfolgt die Stadt Mannheim eine Doppelstrategie: Durch bauliche Interventionen wie die Popakademie und das Existenzgründerzentrum für die Musikwirtschaft (Musikpark) sowie durch Maßnahmen zur Freiraumentwicklung auf einem acht bis zehn Meter breiten und ca. 1,3 km langen Geländestreifen soll das Hafensareal als Teil des überörtlichen Freiraumsystems und als Standort für ein kreatives Milieu eine stadtweite Bedeutung erhalten. Gleichzeitig soll das Quartier Jungbusch durch die Entwicklung der Wasserlage als Standort für Kultur, Wohnen, Arbeiten und Erholung an den Verbindungskanal herangeführt werden und ein neues positives Image erhalten. Der öffentliche Freiraum fungiert dabei als Bindeglied für die bestehenden und neuen Nutzungen am Kanal und soll zu einem urban gestalteten Ort für alle bisherigen und neuen Bewohner des Quartiers werden.

Projekttyp:	Neue Freiräume auf Konversionsflächen	
Eigentümer:	Stadt Mannheim, Land Baden-Württemberg, Städt. Hafengesellschaft, Privatinvestoren	
Förderung:	Programm Soziale Stadt EU Urban II-Programm	
Einwohner Stadt:	325 369	
Einwohner Quartier:	5 166	
Quartierstyp:	Blockrandbebauung/Gründerzeit	
Lage:	Innenstadtrand/Innenstadt	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	17,8 %
	> 65 Jahre	12,3 %
	Zuwanderer	53,0 %
	Sozialhilfeempfänger	15,0 %



Relaxen auf der Promenade vor der Popakademie (Foto: Stadt Mannheim)

Der Prozess

Der Anstoß für die Quartiersentwicklung und die Umgestaltung des Freiraums am Verbindungskanal ist aus dem Quartier selbst gekommen: Das Quartier sollte von einem Durchgangsstadtteil zu einem Wohnort mit Identität werden, das brachliegende Hafengelände wieder in Nutzung genommen und ein Zugang zum Wasser geschaffen werden. Die Kommune hat die Forderungen der Bewohner nach mehr Freiraumqualität aufgegriffen und in Planungsworkshops Konzepte für das ehemalige Hafengelände entwickelt. Unter Beteiligung der Bewohner wurde hieraus eine Rahmenplanung erstellt.

Damit die Anwohner sich stärker mit ihrem Wohnumfeld identifizieren, fanden vielfältige Aktivitäten im Viertel statt. Sie reichen von Begrünungsaktionen und Baumpatenschaften über Modernisierungsberatung und die Existenzförderung für klein- und mittelständische Unternehmen bis hin zur Einrichtung eines „Aktionsfonds Jungbusch“, der bislang 16 durch Bewohner getragene Projekte unterstützt.

Zahlreiche Kultur- und Kunstprojekte eines Künstlernetzwerkes mit Workshops, Ausstellungen, Konzerten, Lesungen und der Jugendkulturwerkstatt mit Theater-, Musikveranstaltungen, Video- und Fotoprojekten junger Migranten haben den Umbauprozess begleitet und das Projekt im Quartier und stadtweit bekannt gemacht. Darüber hinaus unterstützten Stadtteilfeste die Kommunikation und das Zusammenleben im Quartier.

Frank Gwildis, Fachbereich Städtebau:

„In einem Stadtteil, der sich stark im Umbruch befindet, muss Planung als offener Prozess verstanden werden. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass der Beteiligungsprozess nicht mit dem Entwurf enden darf. Bauverzögerungen von fast einem Jahr bei Fertigstellung der Stadtmöbel haben zu Vandalismus an den Betonunterlagen der Bänke und

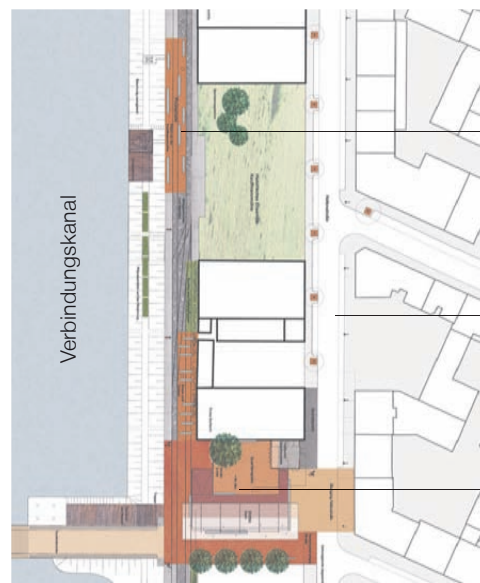


Konzert auf der Bühne des Quartiersplatzes beim jährlichen Kulturfest (Foto: Stadt Mannheim)

Liegen geführt. Eine Information über die Bauabläufe hätte dies vermutlich vermeiden bzw. vermindern können.“

Umsetzung der Rahmenplanung

Der städtebauliche Rahmenplan erstreckt sich über die beiden Teilräume nördlich und südlich der Kurt-Schumacher-Brücke. Die Umsetzung erfolgt schrittweise und mit zeitlicher Priorität im nördlichen Teilbereich zwischen Brücke und Neckar. Realisiert wurden hier bislang:



Verbindungskanal (Ausschnitt)
(Entwurf: büroschneidermeyer, Stuttgart)

Stimmen der Akteure

Michael Scheuermann, Quartiersmanager:
„Das Beteiligungsverfahren hat im Quartier Jungbusch zu einem Klima beigetragen, in dem der politische Diskurs über Lösungen zur Quartiersentwicklung intensiv geführt werden kann.“

Promenade mit Holzdecks

Hafenstraße mit Tempo-30-Zone und besonders gestalteten Übergängen für Fußgänger

Quartiersplatz an der Teufelsbrücke mit Bühne und Loggia

Akteure:

- Dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe: Stadtverwaltung/Fachbereiche Städtebau, Wohnen und Stadterneuerung, Stadtmarketing, Wirtschafts- und Strukturförderung, Fachbereich Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren/Stabsstelle Sozialplanung sowie Kulturamt
- Quartiersmanagement: Gemeinschaftszentrum Jungbusch und weitere Stadtteilakteure
- büeroschneidermeyer, motorplan, scholl architekten GmbH

Maßnahmen:

- Ansiedelung der Popakademie und des Gründerzentrums „Musikpark Mannheim“
- Erstellung und Fortschreibung einer städtebaulichen Rahmenplanung
- Bau der Promenade als städtebaulicher Impuls
- Kulturprojekte des Künstlernetzwerkes laboratorio17; Jugendkulturwerkstatt Creativ Factory; Internationaler Frauentreff; KulturContainerStadt CON.TENT.17; Veranstaltungen im Rahmen des Stadtjubiläums ab Herbst 2006
- Einbindung des Projektes in ein Programm zur Stärkung der lokalen Ökonomie-
- Wettbewerb und Realisierung „Turnhalle plus X“

- die Leitprojekte Popakademie und Musikpark mit angelagerten, zum Wasser ausgerichteten Plätzen und Terrassen,
- der Umbau der Hafenstraße zur Erschließung,
- die Promenade mit Zugängen und dem Quartiersplatz an der Teufelsbrücke als Rahmen für die weitere städtebauliche Entwicklung.

Gestaltungsansatz und bauliche Lösung

Die überwiegend steinerne Gestaltung der Promenade und die Zitate der Hafennutzung im Freiraum, wie beispielsweise die Schienen der alten Hafenbahn, die in den Bodenbelag der Promenade integriert wurden, sollen den urbanen Charakter des neu hinzugewonnenen Freiraums unterstreichen und zugleich den rauen Charakter des Hafens widerspiegeln.

Die Freiräume am Verbindungskanal reihen sich entlang der Promenade auf und sind für unterschiedliche Zielgruppen vorgesehen.

Im nördlichen Abschnitt überwiegen derzeit die Angebote für junge Erwachsene und Kulturinteressierte. Hier liegen die Strandbar am Musikpark, das Promenadendeck, die Freizeitwiese am Studentenwohnheim und der Platz an der Popakademie Baden-Württemberg, der als breiter Promenadenzugang angelegt ist.

Der flach terrassierte Quartiersplatz an der Teufelsbrücke, der sowohl für alltägliche Nutzungen als auch für temporäre Aktionen und Veranstaltungen konzipiert ist, soll Bewohner jeden Alters ansprechen. Hierzu ist der Platz mit bequemen Sitzmöbeln, einer Stadtloggia mit beweglichem Dach und har-

ten Bodenbelägen ausgestattet. Die Terrasse mit Holzplattform und Anschlussstation für die Technikversorgung wird als Bühne genutzt.



Der Quartiersplatz als Alltagsplatz und Bühne für Kulturveranstaltungen. Die veränderbare Loggia ist Regen- und Sonnenschutz gleichermaßen. (Foto: Stadt Mannheim)

Wechselbezüge zum Jungbuschquartier und Perspektiven

Durch die Umwidmung der Hafenstraße in eine Tempo-30-Zone mit besonders gestalteten Übergangsbereichen zur Promenade und die Angebote zum Aufenthalt und Promenieren am Wasser konnte die Freiraumsituation für die Bewohner des Jungbuschquartiers bereits deutlich verbessert werden. Auch hat sich das Areal als Kultur- und Feststandort und neue Adresse lokal und stadtwid etabliert.

Ob es jedoch gelingt, die Promenade mit den angelagerten Freiräumen zu einem alltäglichen Begegnungsort für alle Quartiersbewohner zu machen, kann derzeit noch nicht abschließend bewertet werden. Denn in der alltäglichen Benutzung der Freiräume ist spürbar, dass sich das Hafensareal in Teilen noch in einem Zwischenzustand befindet. Um den lang gestreckten Freiraum weiter zu beleben und die soziale Kontrolle zu fördern, ist vor allem noch eine stärkere Verflechtung mit dem Stadtquartier und den Gemeinschaftseinrichtungen erforderlich. Hierzu können insbesondere die im Rahmenplan vorgesehene Realisierung des Nutzungsmixes aus Wohnen und Arbeiten am Kanal und weitere Spiel- und Aufenthaltsangebote beitragen. Mehr Öffentlichkeit ist auch zu erwarten, wenn mit dem zweiten

Das neue Holzdeck am Wasser schafft Raum und Gelegenheit für Begegnung und Aufenthalt (Foto: Stadt Mannheim)



Bauabschnitt ab 2009/10 die Promenade nach Süden bis zum Rhein fortgeführt wird.

Ressortübergreifende Projektgruppe

Im Rahmen der Quartiersentwicklung Jungbusch/Verbindungskanal hat sich auf Initiative von Mitarbeitern der für die Quartiersentwicklung relevanten Schlüsselressorts in der Verwaltung eine Projektgruppe als strategisches Instrument gebildet und bei der Projektentwicklung bewährt. Vertreter des Fachbereichs Städtebau, der Wirtschaftsförderung, des Kulturamtes und des Fachbereichs Wohnen und Stadtentwicklung arbeiten kontinuierlich in einer Projektgruppe zusammen, entwickeln ein integriertes Stadtteilkonzept und begleiten die wichtigsten Projekte im Quartier. Aufgrund des Erfolges wurde dieses Arbeitsmodell bereits auf andere Stadtteile mit Quartiersmanagement übertragen.

Die beteiligten Akteure nutzen formelle und informelle Wege, um zu Abstimmungen zu gelangen und die Legitimation für Entscheidungen zu erhalten. Die nicht formalisierte Struktur ist manchmal ein Nachteil, ein Vorteil ist aber die Möglichkeit, flexibel und projektbezogen zu handeln.

Zurzeit arbeitet die Stadt an einer Verwaltungsreform, durch die eine nachhaltige Stadtteilentwicklung initiiert werden soll. Dabei will die Kommune verstärkt sozialräumliches Handeln, Bürgerbeteiligung sowie bürgerschaftliche Initiativen fördern.



Strandbar am Musikpark (Foto: Stadt Mannheim)

Kontinuität von der Idee bis zum Betrieb

Eine wichtige Erfahrung aus dem Prozess ist, dass die Verantwortlichkeiten, bei unterschiedlichen Gewichtigungen in den einzelnen Projektphasen, von der Konzeptentwicklung bis zum Betrieb beibehalten werden müssen. Ebenso entscheidend ist,



Theater auf dem Kanal
(Foto: Stadt Mannheim)

dass der gesamte Prozess für die Beteiligten transparent gestaltet wird. Dies bedarf einer anderen Arbeitsweise in der Verwaltung und Projektumsetzung: Benötigt wird eine Projektsteuerung mit Kompetenzen in der Moderation und notwendigem fachlichen Know-how im Planen und Bauen.

Frank Gwildis, Fachbereich Städtebau:

„Geht die Bauherrenfunktion an die für das Bauen und die Unterhaltung zuständigen Ämter über, dominieren in der Umsetzung schnell technische und haushälterische Lösungen. Problematisch ist auch, wenn diese Akteure nicht in den bisherigen Planungsprozess eingebunden sind. Daher fehlt oft das Verständnis für den Wert der gemeinsam im Prozess entwickelten Konzeptideen. Hinzu kommt, dass Planungszeiträume und Ausschreibungsfristen in der Regel nicht genug Zeit lassen, um bauliche Lösungen mit allen beteiligten Akteuren rückzukoppeln.“

Michael Scheuermann, Quartiersmanager Jungbusch:

„Wenn die Bauplanung den Bewohnern nicht ausreichend erläutert wird, kann dies zur Unzufriedenheit mit der Gesamtlösung führen. Obwohl 80 % des Konzeptes umgesetzt wurden, gab es massive Proteste, dass beispielsweise kein Grillplatz angelegt wurde oder zu wenig Bäume gepflanzt worden sind. Möglicherweise sind hier essentielle Wünsche nicht genügend ernst genommen oder die Hindernisse für die Realisierung unzureichend kommuniziert worden.“

Kontakt:

- Stadt Mannheim, Fachbereich Städtebau, Collinstraße 1, 68161 Mannheim
Tel.: 0621 293-0
fb61@mannheim.de
- Quartiersmanagement Jungbusch, Trägerverein Gemeinschaftszentrum Jungbusch e.V., Jungbuschstraße 19, 68159 Mannheim, info@jungbuschzentrum.de

Fallstudie Bohmte: „Shared Space“

Kontext

Durch die verkehrsgünstige Anbindung und die Mittellage zwischen Osnabrück und Bremen hat sich das Dorf Bohmte in der Nachkriegszeit rasch zu einer kleinen Pendlerstadt entwickelt. Die Lage an der gut frequentierten Durchgangsstraße stellt einerseits ein großes Entwicklungspotenzial dar. Auf der anderen Seite wird der Ortskern so stark vom Durchgangsverkehr der hier aufeinander treffenden Landes- und Kreisstraßen geprägt, dass die gewachsene Ortsstruktur und -gestalt inzwischen an vielen Stellen nicht mehr eindeutig erkennbar und die Lebens- und Aufenthaltsqualität im Ortszentrum stark beeinträchtigt ist.



Umgestaltete Einmündung an der Kreuzung Bremer/Leverner Straße (Foto: bgmr)

Die städtebaulichen Fehlentwicklungen haben die Gemeinde dazu bewogen, einen zentralen Teilabschnitt der Ortsdurchfahrt pilothaft nach den Prinzipien von Shared Space umzugestalten. Shared Space wurde von dem Verkehrsplaner Hans Monderman aus den Niederlanden entwickelt und in konkreten Projekten weiter ausgearbeitet. Monderman leitete auch das EU-Interreg-Projekt Shared Space, das mit einer Laufzeit von 2004 bis 2008 in sieben verschiedenen europäischen Gemeinden durchgeführt wird. Neben Bohmte als einzige deutsche Gemeinde sind die Gemeinden Haren und Emmen sowie die Provinz Fryslân in den Niederlanden, die Städte Oostende in Belgien, Ejby in Dänemark und Ipswich in England beteiligt.

Konzept

Shared Space beinhaltet neue Ausgangspunkte für den Gebrauch, den Entwurf und die Unterhaltung von Straßen und öffentlichen Räumen und hebt die herkömmliche Trennung der verschiedenen räumlichen Funktionen auf. Das entscheidende Merkmal von Shared Space ist, dass Verkehrsschilder, Fußgängerinseln, Ampeln und andere Barrieren nicht mehr nötig sind. Nach den Gedanken von Shared Space fügen sich die Autofahrer rücksichtsvoll ins menschliche Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und spielenden Kindern ein. Durch gestalterische Mittel soll ein soziales Verkehrsverhalten gefördert werden. Hierbei spielt die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer und die damit verbundene Möglichkeit, Blickkontakt aufzunehmen, eine große Rolle.

Im Mittelpunkt des Shared-Space-Projektes in Bohmte stand die Umgestaltung des zentralen Platz- und Straßenzuges im Verlauf der Bremer Straße mit den Kreuzungsbereichen Am Schwaken Hofe und Leverner Straße. Dieser zentralörtliche Bereich, mit Einrichtungen des Einzelhandels und Dienstleistungen und der St. Johann-Kirche als wichtiger städtebaulicher Dominante, wurde extrem von der Verkehrssituation dominiert. Die Kreuzung Bremer/Leverner Straße ist ein besonderer Belastungspunkt, auf der vor der Umgestaltung täglich über 12000 Fahrzeuge verkehrten. Der Anteil an Schwerlastverkehr lag bei 10 %.

Projekttyp:	Straßenraum in klein- und randstädtischen Ortsmitten	
Eigentümer:	Land Niedersachsen, kommunale Flächen, Privateigentümer, Kirche	
Förderung:	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung ERDF, Land, Landkreis, örtliche Unternehmen	
Einwohner Stadt:	13 600	
Quartierstyp:	Einzelhausbebauung/gemischt	
Lage:	Ortsmitte	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	22,0 %
	> 65 Jahre	17,0 %
	Zuwanderer	11,0 %
	Arbeitslose	8,7 %

Der Planungsprozess

Die Umgestaltung der Ortsmitte nach den Prinzipien von Shared Space wurde vor allem durch den Bürgermeister vorangetrieben. Um eine breite Akzeptanz zu erreichen, sind die Grundzüge der Planung in einem umfassenden Beteiligungsprozess entwickelt worden. Das Projekt startete mit einer Einwohnerversammlung im Jahr 2004 und wurde in moderierten Workshops zu den Themen Verkehrssicherheit, Einkauf, Ortsbild, Kreuzungen und Radwegeverbindung vertiefend fortgeführt. Begleitet wurden die Workshops durch eine Projektsteuerungsgruppe mit Mitgliedern aus Verwaltung, Politik und Gewerbetreibenden und Einzelhändlern.



Zentraler Platz (Entwurf: bosch slaabers/ASTOC, 2006)

In der im Januar 2006 abgeschlossenen Voruntersuchung zum städtebaulichen Planungsverfahren von bosch slaabers und ASTOC sind verkehrsplanerische und städtebauliche Lösungsansätze für den gesamten Ortskern entwickelt worden. Wichtiges Vermittlungsmedium war ein großmaßstäblicher Konzeptplan, der über einen längeren Zeitraum an öffentlichen Orten ausgestellt wurde. Aus dem Gesamtentwurf entwickelte das Büro Grontmij GfL die Entwurfs- und Ausführungsplanung für den zentralen Bereich der Bremer Straße zwischen den Kreuzungsbereichen Am Schwaken Hofe und Leverner Straße.

Bürgermeister Klaus Goedejohann:

„Die enorme Belastung der Ortsmitte durch die Landesstraße hat uns dazu veranlasst, nach innovativen Lösungen für die Verkehrsgestaltung zu suchen, ohne dass das Zentrum vom Durchgangsverkehr abgenabelt wird. Shared Space schien uns der geeignetste Ansatz für die Wiedergewinnung von Lebens- und Aufenthaltsqualitäten im Bohmter Zentrum. Überzeugungsarbeit musste vor allem bei den Verkehrsplanern auf Landesebene geleistet werden, so dass die amtsinternen Abstimmungen zur Ausführungs- und Genehmigungsplanung insgesamt zwei Jahre Zeit in Anspruch genommen haben. Dies erforderte Geduld bei allen Beteiligten und für die Zukunft hat dieser Prozess gezeigt, dass auch in diesem Zeitraum Beteiligung notwendig ist, um die Akzeptanz bei den Betroffenen zu erhöhen.“

Durch Shared Space ist eine ganz neue Wahrnehmung des Raumes und der Verkehrsteilnehmer untereinander entstanden. Die Wirkung des gebauten Projektes auf das Verkehrsverhalten habe ich bei mir selbst bereits festgestellt. Ich fahre anders Auto, umsichtiger und suche automatisch den Blickkontakt zu den anderen Verkehrsteilnehmern.“

Akteure:

- Klaus Goedejohann, Bürgermeister der Gemeinde Bohmte
- Projektsteuerungsgruppe aus örtlicher Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Landkreis Osnabrück
- Grontmij GfL Planungs- und Ingenieurgesellschaft mbH
- bosch slaabers Landschaftsarchitekten, Den Haag, ASTOC GmbH & Co Architekten, Köln, Diepens en Okkema Verkehrsplaner, Delft
- Bewohner/innen, Anlieger, Gewerbetreibende, Kirche

Maßnahmen:

- Entwicklung von Lösungsvorschlägen für den Ortskern auf Basis von Bürger-Workshops in einem kooperativen städtebaulichen Planungsverfahren durch ein Team aus Verkehrsplanern, Landschaftsarchitekten und Stadtplanern
- Information der Öffentlichkeit im Rahmen einer Einwohnerversammlung anhand der Abschlussdokumentation der Büros bosch slaabers/ASTOC
- Abstimmung der Gestaltungsvorschläge mit den Verwaltungsspitzen der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr sowie mit dem Landkreis Osnabrück
- Gespräche mit den unmittelbaren Anliegern, Eltern- und Behindertenverbänden
- Herstellung der Planreife durch ein Planfeststellungsverfahrensverfahren

Stimmen der Bewohner

Frau Frei auf dem Nachhausweg vom Kindergarten mit ihren beiden fünf- und dreijährigen Kindern:

„Wir erklären unseren Kindern, dass sie auf die weißen Linien und Nasen achten sollen. An den Nasen können sie den Autofahrern ein Zeichen geben und kommen so sicher über die Straße. Die weiße Linie ist für die Kinder eine sichtbare Grenze zwischen Gehweg und Fahrbahn. Unsere Tochter ist allerdings schon einmal mit dem Rad unbeabsichtigt über die weiße Linie gefahren. Da ist es ein Glück, dass die Autofahrer deutlich aufmerksamer fahren und nun eher damit rechnen, dass so etwas passiert. Man merkt jedoch schon, dass mit der Gewöhnung die Aufmerksamkeit auf beiden Seiten wieder abnimmt.“

Frau Brinkmann, ältere Anwohnerin, unterwegs mit dem Fahrrad:

„Die Hauptstraße ist viel übersichtlicher geworden. Zuerst habe ich gedacht, es gibt ein Verkehrschaos, wenn alle Schilder und Ampeln wegkommen. Aber dies passiert nicht. Jeder fährt langsamer, es gibt nicht mehr so viele Autofahrer wie früher, die einfach durchrasen. Die Läden sind jetzt sichtbarer und die Auslagen werden mehr nach draußen gestellt. Ich fahre nun häufiger mit dem Rad in die Ortsmitte, um zu schauen und in den Läden zu stöbern.“

Bauliche Lösungen

Innerhalb von acht Monaten wurde der zentrale Bereich des Ortskerns zu einem durchgängigen Platz umgebaut. Auf Ampelanlagen, Zebrastreifen und Beschilderungen wurde verzichtet und die funktionale Differenzierung im Straßenraum auf ein Minimum reduziert. Lediglich im Einfahrtsbereich in die Shared-Space-Zone weist ein Schild auf die Aufhebung des Vorfahrtsrechts für die Hauptstraße hin.

Eine einheitliche Aufpflasterung bis an die Hauswände hebt die Trennung zwischen den öffentlichen und privaten Flächen auf. Die Fahrgasse wird durch die Entwässerungsgosse und die Beleuchtungsmasten angezeigt. Zusätzlich ist für Sehbehinderte und Blinde ein Leitsystem in den Belag integriert, der optisch und haptisch eine Orientierungshilfe entlang der Trennlinie zwischen Geh- und Fahrweg ermöglicht. Eine geringfügige Belagsanhebung unterstützt diesen Effekt, ermöglicht aber gleichzeitig die barrierefreie Querung. An den Kreuzungs- und Einmündungsbereichen wurden weiße Aufmerksamkeitsfelder angelegt, die direkte Querungsmöglichkeiten anzeigen.

Erste Erfahrungen im Betrieb

Die ersten Erfahrungen in der Benutzung des umgestalteten Straßenraumes zeigen, dass sich Kraftfahrer, Radfahrer und

Fußgänger in der Anfangsphase sehr vorsichtig und zurückhaltend in der Shared-Space-Zone bewegen. Besonders ältere Verkehrsteilnehmer benötigen Zeit, um sich an den nicht nach klassischem Muster geregelten Verkehrsraum zu gewöhnen.

Um Hilfestellungen für die Kinder im Vorschulalter zu geben, besucht die Gemeindeverwaltung gemeinsam mit der Polizei Kindereinrichtungen und Schulen, um Tipps für das Verhalten in dem umgestalteten Straßenraum zu geben. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass der Einbau der weißen Aufmerksamkeitsstreifen und -felder auch den Kindern das Lesen des Verkehrsraumes erleichtert. Die deutlich sichtbaren Streifen und Felder signalisieren: Hier ist mein sicherer Raum, hier sind die besten Stellen, an denen ich gut sichtbar bin und auf mich aufmerksam machen kann, wenn ich die Straße queren möchte.

Kooperationen mit privaten Anliegern

Mit den privaten Anliegern der Shared-Space-Zone wurden Vereinbarungen zur Umgestaltung der Vorplatzsituationen getroffen. Der Betreiber eines Gastronomiebetriebes baute beispielsweise einen Teil seiner Stellplätze zurück, gestaltete seine Vorflächen in Anlehnung an den öffentlichen Raum und konnte im Gegenzug seine Fläche für die Außengastronomie erweitern.

Neben den Nutzungsvereinbarungen war auch die Übernahme der Materialkosten durch die Kommune ein wichtiger Anreiz, damit sich die Gewerbetreibenden an der einheitlichen Umgestaltung des Straßenraums finanziell beteiligten.

Impulse für mehr Privatinitiative

Die Neugestaltung des Straßenraumes hat bereits zu sichtbaren Initiativen der privaten Anlieger geführt. Einzelhändler verlagern ihre Auslagen nach Außen und private Flächen werden stärker vermarktet. Es hat sich eine Gruppe von Gewerbetreibenden gebildet, die gemeinsame Aktionen auf der Hauptstraße planen. Erste Projekte waren das Public Viewing zur Fußball-Europameisterschaft und das zweitägige Eröffnungsfest im Juni 2008 auf der Hauptstraße. Geplant ist darüber hinaus die Erweiterung der atmosphärischen Beleuchtung an besonderen Orten und auf Vorplätzen in der Shared-Space-Zone.



„Aufmerksamkeitsstreifen“ als Orientierungshilfe (Foto: bgmr)

Rechtliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung

Die größte Hürde für die Straßenraumgestaltung entgegen dem „üblichen“ technischen Ausbaustandard war die Widmung der Durchgangsstraße als Landesstraße. Um auf ein Planfeststellungsverfahren verzichten zu können, hat sich die Gemeinde von allen Anliegern per Unterschrift das Einverständnis zum Ausbau der Ortsdurchfahrt mit Pflasterbelag erklären lassen. Ohne einstimmiges Einverständnis wäre dieses notwendig geworden, da für die Pflasterung der Straße eine Lärmpegelerhöhung von 3 dBA prognostiziert worden ist. Außerdem musste die Gemeinde Bohmte die Verkehrssicherungspflicht und die Unterhaltung für den umgebauten Straßenabschnitt der Landesstraße übernehmen. Sie stimmte zu, mögliche, nachträgliche Veränderungen oder gar einen Rückbau zu finanzieren, wenn die Gestaltung nach den Prinzipien von Shared Space nicht funktionieren sollte.

Bürgermeister Klaus Goedejohann:

„Shared Space ist keine Generallösung für alle Verkehrsprobleme. Die Hauptstraße ist unsere Ortsmitte und der einzige Begegnungsraum. Wichtig ist der Prozess mit den Betroffenen, den Anliegern und Anwohnern. Für unseren Ort war Shared Space genau der richtige Weg, denn wir wollten vor allem die Dominanz des Straßenverkehrs



Standleuchten markieren die Fahrgasse und sorgen durch ihr indirektes Licht für eine atmosphärische Ausleuchtung des Platzraumes. Durch die technische Umrüstung konnte der bisherige Energieverbrauch um zwei Drittel reduziert werden. (Foto: bgmr)

beenden und eine neue Qualität des Verkehrs herstellen. Das Projekt ist ein Signal, dass für innerörtliche Landesstraßen auch angepasste Lösungen gefunden werden können. Und nebenbei spart das Land auch beträchtliches Geld durch den Rückbau von Schildern, Ampeln und Pollern!“

Kontakt:

- Gemeinde Bohmte, Bremer Straße 4, 49163 Bohmte, Tel.: 05471 808-0, rathaus@bohmte.de



Der neue Kreisverkehr an der Kreuzung Bremer Straße/Leverner Straße, den täglich ca. 12 000 Fahrzeuge passieren (Foto: Goedejohann)

Stimmen der Bewohner

Herr Asshorn, Gastwirt des Landgasthauses an der Bremer Straße:

„Wir Gewerbetreibenden sind von einer hohen Frequenz des Durchgangsverkehrs abhängig, da damit Kundenströme verbunden sind. Umgehungsstraßen reduzieren die Frequenz und stellen daher keine Lösung dar. Gleichzeitig muss die Ortsmitte attraktiv für die Besucher und Bewohner sein. Ein Teufelskreis! Aber mit Shared Space haben wir eine Lösung gefunden, da Verkehr und Qualität des öffentlichen Raumes zusammengehen. Wir sind mit den Maßnahmen sehr zufrieden.“

„Das Public Viewing zur EM mit über 600 Bohmter Bürgern auf unserer Ortsstraße wäre vor dem Umbau der Straße nicht nur unmöglich gewesen, wir wären gar nicht auf die Idee gekommen, solche Aktivitäten auf unserer Straße durchzuführen.“

Fallstudie Dessau – Am Leipziger Tor: 400 qm Dessau

Kontext

Angesichts eines prognostizierten Einwohnerückganges um fast 50% steht die Stadt Dessau vor großen Herausforderungen: Trotz Verdopplung der Grünflächenkulisse sind die Investitionen in die Infrastruktur und die Mittel für Pflege und Unterhaltung der Grünflächen zurückgegangen. Um aber die schrumpfenden Quartiere zu stabilisieren und attraktive Angebote für die



Der Steingarten und der Apothekergarten auf dem ehemaligen Bauhof. Im Hintergrund der Imkergarten in der Entstehung (Foto: Heike Brückner, Stiftung Bauhaus, 2008)

bleibenden und die neuen Bewohner zu schaffen, müssen neue Freiraumqualitäten geschaffen werden.

„Urbane Kerne – landschaftliche Zonen“: unter diesem Motto beteiligt sich die Stadt Dessau mit einem zeitlich und räumlich flexiblen Stadtumbaukonzept an der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Das Konzept zielt in zwei Richtungen: Auf den durch Abriss frei gewordenen Flächen entsteht Schritt für Schritt ein wachsender Landschaftszug, der möglichst extensiv gestaltet und gepflegt wird. In Analogie zum Wörlitzer Gartenreich bilden Eichengruppen auf weiten Wiesen das Grundmotiv für diesen neuen Landschaftszug, der langfristig auf rund 90 ha Fläche entstehen soll. Gleichzeitig sollen die verbleibenden urbanen Kerne durch unterschiedliche Maßnahmen stabilisiert werden. Hierzu gehört auch, dass Teilflächen der neu entstehenden Freiraumkulisse durch Bewohner, Träger kultureller Institutionen, Initiativen und Vereine benachbarter Quartiere in Kultur genommen werden.

Konzept

Mit dem Konzept „400 qm Dessau“ sind die Bewohner der Stadt aufgerufen, so genannte Claims in ihre Verantwortung zu übernehmen oder im Sinne einer Patenschaft zu pflegen. Die Claims folgen einem einheitlichen Raster in der Größe von 20 x 20 m, um trotz der fragmentarischen und kaum vorhersehbaren Entwicklung des Gebietes dem neu entstehenden Landschaftszug Ordnung und Gestalt geben zu können. Akteure können einen oder mehrere dieser „Landschaftspixel“ übernehmen. Ein roter, in den Boden eingelassener Holzrahmen markiert die Claims im Freiraum.

Mit den Claims entstehen in den vom Rückbau geprägten Quartieren neue Freiraumtypen, die eine aktive und kreative Aneignung ermöglichen und dabei Anlässe für die Begegnung im Wohnumfeld schaffen sollen. Der zusammenwachsende Landschaftsgrünzug und die Inkulturnahme der Claims sollen perspektivisch dazu beitragen, dass neue Landschaftsbilder und neue Atmosphären in den Stadtumbaugebieten entstehen, dass Nachbarschaften stabilisiert und die urbanen Kerne gestärkt werden.

Projekttyp:	Neue Freiräume in schrumpfenden Quartieren	
Eigentümer:	Kommune, Wohnungsbaugesellschaften	
Förderung:	Programm Stadtumbau Ost – Aufwertung	
Einwohner Stadt:	91 243	
Einwohner Quartier:	9 650	
Quartierstyp:	Plattenbau, Blockrand/Reihe/Zeile, 1970/1980er Jahre	
Lage:	Innenstadtrand	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	15,0 %
	> 60 Jahre	30,0 %
	Zuwanderer	3,8 %
	Arbeitslose	ca. 25,0 %

Prozessmoderation

Die Claim-Idee wurde im Rahmen der Planungswerksatt Stadtumbau entwickelt und wird durch die Arbeitsgemeinschaft „Paten“ in die Stadtumbauquartiere hineingetragen. Eine von der Stiftung Bauhaus Dessau gemeinsam mit der Stadt initiierte Werbekampagne, bei der beispielsweise mit Großplakaten an den Giebeln der verbleibenden Häuser für die Claims geworben wird, unterstützt das Vorhaben. Ansprechpartner und Moderator für die Umsetzung ist die Kontaktstelle Stadtumbau, die ihren Sitz im Kernquartier des Stadtumbaus Am Leipziger Tor hat. Derzeit besteht die Hauptarbeit der Kontaktstelle in der Netzwerkarbeit, der Betreuung der Claims und der Information über den Stadtumbau.

Kristin Beckmann von der Kontaktstelle Stadtumbau:

„Da die Bürger nicht in Verwaltungsschritten denken, ist eine Vermittlung im Stadtumbauprozess zwischen den Bewohnern, der Verwaltung und den Wohnungsunternehmen erforderlich. Durch den intermediären Charakter kann die Kontaktstelle freier agieren als die Verwaltung. Es bestehen Möglichkeiten des Ausprobierens und die



Claim Multikultureller Garten
(Foto: Jutta Stein, Stiftung Bauhaus Dessau 2007)



Imker-Claim (Foto: Kristin Beckmann, Kontaktstelle Stadtumbau)

praktische Projektumsetzung steht im Vordergrund. Hilfreich ist dabei die Begleitung durch die Stiftung Bauhaus Dessau, da hierdurch eine fachliche Unterstützung in den Bereichen Ästhetik, Landschaftsgestaltung, Stadtumbau und Kommunikation gesichert ist. Insgesamt konnte über die Projekt- und Netzwerkarbeit eine Kommunikationskultur im Quartier geschaffen werden, die die Akzeptanz für die Stadtumbaumaßnahmen fördert.“

Die Claims

Bislang sind zwölf Claims mit sieben Akteuren umgesetzt worden. Unternehmer haben einen Apotheker- und Schaugarten und einen Gesteins- und Schuttgarten und der Imker-Verein hat einen Imkergarten mit Futterpflanzen v. a. für Wildbienen angelegt. Das Multikulturelle Zentrum betreut einen interkulturellen Garten, der von ausländischen Mitbürgern angelegt wurde und gepflegt wird. Der Verein Energietisch Dessau nutzt drei Claims als Kurzumtriebsplantage von Weiden und Pappeln und erprobt so eine mögliche Bewirtschaftungsform für größere Flächen im neu entstehenden Landschaftszug.

Die Akteure bekommen die Flächen unentgeltlich zur Verfügung gestellt und erhalten für die Grundherstellung eine finanzielle

Akteure:

- Stiftung Bauhaus Dessau (Projektinitiator)
- Kontaktstelle Stadtumbau bei der Lokalen Agenda 21
- Dezernat VI – Bauwesen und Umwelt, Stadtplanungsamt und Amt für zentrales Gebäudemanagement, Freiraum- und Grünplanung
- Vertreter von Wohnungsunternehmen, Gewerbetreibende, Planer, Vereine und Initiativen, kulturelle Institutionen etc.
- Interkultureller Garten Dessau und weitere Akteure und Initiativen

Maßnahmen:

- Projektauftrag, Entwicklung der Projektmarke „400 qm Dessau“
- Werbekampagne mit Großplakaten an Häusergiebeln
- Einrichtung der Kontaktstelle Stadtumbau in einem leer stehenden Laden
- Flächenerwerb durch die Stadt (z. T. für Zuordnungsbetrag, Flächentausch)
- Informelle „Spielregeln“ der In-Kulturnahme regeln die Rahmenbedingungen
- Abschluss von Patenvereinbarungen zwischen Akteur und Stadt i. d. R. für eine Nutzungszeit von mind. 5 Jahren
- Kostenübernahme von ca. 3 000–4 000 Euro für die Herrichtung je Claim über Stadtumbaumittel, vorgesehen ist eine Kostenbeteiligung durch die Wohnungsunternehmen
- Markierung der Claims durch einen roten Rahmen, Einbindung in Wegesystem und Aufstellen von Informationsschildern
- Durchführung eines Werkstattverfahrens zur Kommunikation des Stadtumbauprozesses in Dessau unter dem Thema „Stadtumbau erzählen – Bürger aktivieren“
- Stadtumbauspaziergänge und Aktionstage kommunizieren den Projektfortschritt



Apothekergarten (Foto: bgmr)

Unterstützung, um beispielsweise Oberboden für Beetflächen aufzutragen. Eine Nutzungsvereinbarung regelt die Gestaltung und Pflege, beispielsweise dürfen in der Regel keine Zäune aufgestellt und großen Bäume gepflanzt werden. Die Kontaktstelle versucht gemeinsam mit den Claim-Akteuren jeweils ortsbezogene Lösungen zu finden, um die gärtnerische Nutzung zu ermöglichen. Hierzu gehören Unterstellmöglichkeiten für Material und Werkzeug sowie die Versorgung mit Wasser aus der Nachbarschaft oder über Brunnen.

Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements

Kristin Beckmann, Kontaktstelle Stadtumbau

„Das bürgerschaftliche Engagement der Claim-Akteure ist hoch, daher ist Anerkennung ein wichtiges Thema. Eine Form der Anerkennung ist die Kommunikation der Projekte untereinander und die Vermittlung der Projekte in die Öffentlichkeit. Die Kontaktstelle organisiert in regelmäßigen Abständen einen runden Tisch der Claim-Akteure. Hier können sich die Akteure als Gemeinschaft artikulieren, es werden neue Projektideen entwickelt und Möglichkeiten der Projektumsetzung diskutiert. Motiviert hat auch ein Filmprojekt über den Stadtumbau, in dem u. a. die Claim-Akteure und Bewohner aus dem Quartier zu Wort gekommen sind.

Eine wichtige Anerkennung ist auch die Anfangsinvestition, die über Stadtumbaumittel finanziert wird. Sei es das Baumaterial, der Zaun oder der Wasseranschluss für den

Apothekergarten. Ansonsten bekommen die Projekte keine weiteren Bordmittel. Über ein geringes Sachkostenbudget sollte jedoch nachgedacht werden, damit kleinere Anschaffungen oder die Leihgebühr für besondere Gartengeräte abgedeckt werden können.“

Erfolge und Hemmnisse in der Umsetzung und Verstetigung

Die Umsetzung des Konzeptes lässt erste Erfolge erkennbar werden: Durch die gezielte Aktivierung und Moderation der Kontaktstelle hat sich ein aktives Netzwerk der Claim-Akteure gebildet. Die Verwaltung kooperiert beim Patenmodell praxisorientiert mit den Claim-Akteuren, und die Aktivitäten auf den Claim-Flächen und die intensive Öffentlichkeitsarbeit tragen mit dazu bei, dass die Bewohner sich zunehmend mit dem Stadtumbaukonzept identifizieren. Darüber hinaus erleichtern die bei der Anlage und dem Betrieb gewonnenen praktischen Erfahrungen die Organisation weiterer Claims. In der Umsetzung begriffen sind u. a. ein Frauen- und Sinnesgarten sowie ein Claim für Demenzerkrankte.

Im laufenden Prozess werden jedoch auch die Hemmnisse und Schwierigkeiten sichtbar. So zeigt sich, dass die Aktivierung von Claims aufwändig ist und die Betreuung der Akteure zumeist über die Startphase hinaus fortgeführt werden muss, um das Engagement zu verstetigen. Zur Festigung des Engagements würde auch ein kleines Budget für notwendige Sachkosten beitragen, das zurzeit nicht gesichert ist.

Aus den Gesprächen mit den Claim-Akteuren wird deutlich, dass angesichts der gravierenden Umstrukturierungen im Quartier und der Neuartigkeit des Freiraumansatzes bei vielen Bewohnern noch eine grundsätzliche Skepsis und distanzierte Haltung der Quartiersbewohner gegenüber der Claim-Idee überwiegt. Damit zusätzliche Anreize für eine Begegnung im Freiraum der Wohnnachbarschaften entstehen, sind weitere Maßnahmen erforderlich, die auch andere Zielgruppen ansprechen. Hierzu zählen vor allem Angebote für Kinder (mit und ohne Betreuung). Darüber hinaus ist die bessere Einbindung der Claims in das Freiraumsystem notwendig. Geplant ist, die Claims zukünftig nach dem Konzept des „Roten Fadens“ an Wege anzubinden, die den wachsenden Landschaftszug erschließen sollen. Zusätzlich sollen Schilder über die Idee des jeweiligen Claims informieren.

Frau Brückner, Stiftung Bauhaus Dessau:

„Viele Menschen aus der Nachbarschaft haben anfangs gemeckert und zum Teil mit großem Unverständnis auf die Claim-Gestaltung reagiert. Die Meinungen schwankten zwischen „Toll, dass endlich was auf den Flächen passiert“ bis „In einem Jahr ist das alles sowieso wieder weg“. Allerdings ist bereits spürbar, dass sich die Wohnsituation in den an die Claims angrenzenden Wohnhäusern stabilisiert hat. Die Rückbaufläche hat sich gewandelt vom Hinterhofcharakter zur Bühne. Die Claims gehören mittlerweile zur Alltagskultur. Dabei hat sicherlich die Bekanntheit des Projekts geholfen.“

Axel Wolf, Claim-Akteur des Steingartens:

„Ich wohne im Nachbarquartier und beschäftige mich beruflich mit der Landschaftsgestaltung von Wassergärten. Der Claim-Aufruf war für mich die Chance, einen experimentellen Steingarten anzulegen. Dabei steht für mich die Lust am Experimentieren im Vordergrund. Außerdem ist der Claim auch eine Visitenkarte für meine berufliche Tätigkeit und ich kann über die Arbeit im Freiraum soziale Kontakte knüpfen. Ich bin davon überzeugt, dass hier Claims entstehen, die einen Kontrast zu den Freiflächen der Umgebung bilden und somit über kurz oder lang eine neue Ästhetik entsteht.“

Interview mit Isolde Noack, Apothekerin

Frau Noack ist Projektinitiatorin des Apothekergartens und betreibt seit neun Jahren die Apotheke „Am Leipziger Tor“ im nahegelegenen Einkaufszentrum.

Frau Noack, wie kamen sie auf die Idee, einen Apothekergarten auf einer Rückbaufläche anzulegen?

Als ich davon hörte, dass durch den Stadtumbau freiwerdende Flächen an interessierte Nutzer zu vergeben sind, bin ich zu einer Informationsveranstaltung der AG Paten gegangen. Daraus ist das Konzept entstanden, einen Apothekergarten anzulegen. Inzwischen gibt es Kontakte zur benachbarten Pestalozzi-Schule. Einige Kinder aus der Nachbarschaft kommen auch nachmittags zur Mitarbeit in den Garten und entwickeln Spaß am Gärtnern.

Wie sieht diese Kooperation mit der Schule konkret aus?

Die Schüler haben bei der Anlage des Gartens mitgeholfen und kommen oft zu mir und



Gesteinsgarten (Foto: bgmr)

fragen, ob sie etwas im Garten tun können. Allerdings benötigen sie eine qualifizierte Betreuung, die ich durch meine Berufstätigkeit nicht leisten kann. Ich sehe aber einen dringenden Bedarf, die Schüler nachmittags sinnvoll zu beschäftigen. Vielleicht gelingt dies über die Streetworker, die seit kurzem im Quartier eingesetzt werden.

Der Garten ist ja noch nicht fertig gestellt und die Beetkulturen benötigen ständig Pflege. Unterstützen denn Anwohner oder andere Interessierte das Projekt?

Frau Schenke, Apothekenhelferin im Ruhestand, arbeitet regelmäßig im Garten mit. Der Wohnungsverein in der Nachbarschaft unterstützt uns, indem wir in einem seiner Gebäude Gartengeräte unterbringen können. Ansonsten habe ich einen Helfer auf 400-Euro-Basis angestellt, der Wege und Beeteinfassungen fachgerecht herstellt.

Welche Wirkung erhoffen Sie sich von dem Projekt?

Dieses Projekt und die weiteren Claims sollen eine neue Sicht auf das Quartier bringen. Wichtig ist ein neues, besseres Image, denn infolge des Wegzugs derer, die es sich leisten konnten, ist der Anteil sozial schwächerer Familien im Wohngebiet gestiegen. Daher sollten auch Projekte mit sozialer Komponente verstärkt gefördert werden. Beispielsweise wäre für die Claims eine fachliche und gleichzeitig pädagogisch geschulte Betreuung wichtig, um die Kinder mit in die Projekte einzubinden.

Kontakt:

- Stiftung Bauhaus Dessau, Gropiusallee 38, 06846 Dessau, Tel.: 0340 6508-0, service@bauhaus-dessau.de
- Kontaktstelle Stadtumbau bei der Lokalen Agenda 21, Franzstraße 153, 06842 Dessau, kontaktstelle-stadtumbau-dessau@web.de

Fallstudie Chemnitz: Bunte Gärten vom Sonnenberg

Kontext

Der Sonnenberg ist ein in der Gründerzeit entstandenes, zentral gelegenes Stadtviertel in Chemnitz, das 1990 zum Sanierungsgebiet erklärt wurde. Mittlerweile sind drei Viertel der gründerzeitlichen Wohnhäuser saniert. Dennoch steht zurzeit etwa ein Drittel aller Wohnungen leer. Wohnungsleerstand und Segregationstendenzen haben dazu geführt,

dass der Stadtteil mit einem Negativ-Image zu kämpfen hat und die Sanierungsmaßnahmen fast zum Erliegen gekommen sind. Gleichwohl ist Sonnenberg der einzige Chemnitzer Stadtteil mit Geburtenüberschuss und einem überdurchschnittlich hohen Anteil junger Familien. Auch ist ein breites bürgerschaftliches Engagement vorhanden.

Im Rahmen des gesamtstädtischen Stadtumbaus wurde für den Stadtteil Sonnenberg ein integriertes Handlungskonzept erarbeitet und 2006 vom Stadtrat beschlossen. Hiernach soll die klare gründerzeitliche Struktur des Stadtteils im Kern erhalten und gestärkt und der Rückbau in den Randlagen zur Schaffung eines Grünzuges genutzt werden. Die „Bunten Gärten“ wurden als Schlüsselprojekt und Impulsgeber für die weitere Stadtteilentwicklung im Stadtteil Sonnenberg definiert.

Konzept

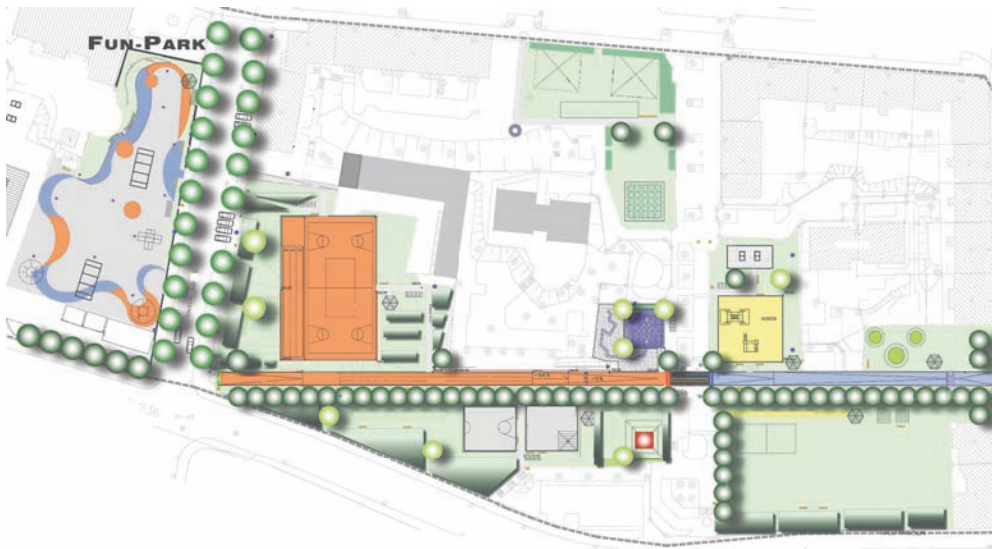
„Bunte Gärten“ ist das Leitmotiv für neue Stadt- und Freiraumqualitäten, die mit öffentlicher Beteiligung und aktiver Bürgermitwirkung geschaffen werden sollen. „Bunt“ steht dabei nicht nur für eine farbliche Differenzierung in der Freiraumgestaltung, sondern auch symbolisch für die diversen Entwicklungsmöglichkeiten des Quartiers und eine Vielfalt von Nutzungsmöglichkeiten durch die Bewohner – ob jung oder alt.

Im Fokus der Neugestaltung stehen drei ehemalige Wohnblöcke im Süden des Stadtquartiers. In einer vertiefenden städtebaulichen Rahmenplanung wurden für diese Karrees Gestaltungs- und Nutzungskonzepte entworfen, die Machbarkeit der vorgesehenen Nachnutzungen und Ausstattungselemente auf den Abrissflächen geprüft und Vorschläge für Trägermodelle für die Flächennutzung entwickelt. Nach dem Rückbau von 474 Wohnungen steht ein Flächenpotenzial von ca. 1,7 ha zur Nachnutzung für die Bunten Gärten zur Verfügung, wobei das Konzept vorsieht, die bestehende Eigentümermischung der Grundstücke (die Stadt Chemnitz, das städtische Wohnungsbaugesellschaft und eine Wohnungsbaugenossenschaft) beizubehalten. Das Projekt befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase.



Das Quartier Sonnenberg mit der markierten Projektfläche (vor dem Gebäuderückbau) (Foto: Orthophoto 2007, Landesvermessungsamt Sachsen; Hervorhebung: bgmr)

Projekttyp:	Neue Freiräume in schrumpfenden Quartieren	
Eigentümer:	Stadt Chemnitz und Wohnungsunternehmen (GGG u. SWG)	
Förderung:	Programm Stadtumbau Ost – Aufwertung	
Einwohner Stadt:	247 000	
Einwohner Quartier:	12 500	
Quartierstyp:	Blockrandbebauung um 1900 und 1980er-Jahre	
Lage:	Innenstadtrand	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	17,0 %
	> 60 Jahre	21,0 %
	Zuwanderer	7,3 %
	Sozialhilfeempfänger	11,0 %



Entwurf für die Bunte Gärten vom Sonnenberg aus der vertiefenden Rahmenplanung (Entwurfsverfasser: planart⁴, Leipzig)

Der Planungsprozess

Da der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eine besondere Bedeutung beigemessen wird, wurden frühzeitig die Schulen des Stadtteils in die Planung einbezogen und die tatsächlichen Bedarfe an Freizeitangeboten anhand von Schülerbefragungen konkretisiert. Zusätzlich wurden bzw. werden Bürgerforen und eine umfassende Ämterbeteiligung durchgeführt. Die Gesamtmaßnahme wird durch die Westsächsische Sanierungsgesellschaft im Auftrag der Stadt koordiniert.

Bausteine aus der vertiefenden Rahmenplanung (zur Realisierung vorgesehen)

Wesentliche Bausteine der vertiefenden Rahmenplanung für die Bunte Gärten vom Sonnenberg sind:

- ein Fun-Park für Trendsportarten mit Skaterbereich, Kletter- sowie Graffitiwänden
- ein multifunktionales Kleinspielfeld als Erweiterung des unzureichenden

Sportangebotes des Schulstandortes, das auch öffentlich nutzbar sein soll

- eine Promenade als übergeordnetes und verbindendes Element mit Angeboten für unterschiedliche Generationen, wie z. B. Kinderspielplätze, Spielflächen und -felder und Liegewiese, Felder mit flexibel nutzbaren Belägen, Tanzfläche
- Flächen, welche von Vereinen und Initiativen in unterschiedlicher Art nutzbar sind

Die Rahmenplanung wird auf ihre Realisierbarkeit geprüft und in einzelnen Bauabschnitten umgesetzt. Der Gebäuderückbau ist überwiegend abgeschlossen, gegenwärtig wird das multifunktionale Kleinspielfeld im Auftrag des Grünflächenamtes realisiert. Der weitere Umbauprozess wird in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Chemnitz durch den Sanierungsträger und die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG, die von der Stadt als Quartiersmanager eingesetzt worden ist, in das Quartier hinein kommuniziert.



Logo für die Bunte Gärten (Entwurf: planart⁴, Leipzig)

Akteure:

- „Lenkungsgruppe Sonnenberg“: Stadtverwaltung (Stadtplanung, Grünflächenamt, Amt für Baukoordination)
- Wohnungsbauunternehmen (GGG, SWG)
- Sanierungsträger (Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH Chemnitz)
- Vertiefende Städtebauliche Rahmenplanung: planart⁴ Büro für Stadtentwicklung und Freiraumplanung, Leipzig
- Stadtteilerunde der sozialen Träger
- Schulen und Kindertagesstätten

Maßnahmen:

- Integriertes Handlungskonzept Sonnenberg, vertiefende Rahmenplanung „Bunte Gärten Sonnenberg“
- Finanzierung Gebäudeabriss und Aufwertungsmaßnahmen über „Stadtumbau Ost – Aufwertung“ und Programm „Soziale Stadt“
- Einbindung der Eigentümer zur Klärung der Nutzungsrechte, Finanzierungsunterstützung
- Flächenerwerb durch die Stadt, Flächentausch, Nutzungsüberlassung, Gestattungsvertrag für Zwischennutzung
- Partizipation der Bewohner des Stadtteils zur Mitwirkung an der Planung (u. a. Schülerbefragung, Bürgerforen)
- Beantragung der Aufnahme des Quartiers Sonnenberg in das Programmgebiet „Soziale Stadt“, Förderung im Programm „Stadtumbau Ost – Aufwertung“
- Geplant: Einrichtung eines Quartiersmanagements, ggf. unter Einbeziehung der neu gegründeten „Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG“



Rückbaufläche am Rand des gründerzeitlichen Stadtquartiers Sonnenberg
(Foto: bgmr)

Für die Bunten Gärten ist durchgängig eine öffentliche Nutzbarkeit und eine barrierefreie Ausgestaltung der Anlagen vorgesehen. Eine attraktive Gestaltung und Nutzbarkeit mittels Farb-, Material- und Beleuchtungskonzept sowie die Schaffung offener Räume und verbesserter Freizeitangebote soll zur Imageverbesserung und Aufwertung des Stadtquartiers beitragen.

Nachhaltige Lösungen für Pflege und Unterhaltung

Mit dem Projekt wird nach Lösungen gesucht, wie die Pflege und Unterhaltung der neuen Freiflächen kostengünstig gewährleistet werden können. Durch den Einsatz hochwertiger, robuster Materialien soll der Unterhaltungsaufwand minimiert werden. Darüber hinaus werden Modelle zur Beteiligung von Bürgern und Vereinen bis hin zu Wohnungsgenossenschaften und Gesellschaften diskutiert.



Image Birkenplateau (Bildmontage: Planart⁴, Leipzig)

Geplante Kooperationen in der Nutzung und im Betrieb

In das Konzept für die Bunten Gärten werden sowohl Flächen der Stadt als auch Flächen der Wohnungsgesellschaften einbezogen. Bürger und private Akteure sollen Flächen in ihre Verantwortung übernehmen, um die Identifikation mit dem Quartier zu stärken. Im Hinblick auf mögliche Nutzerwechsel wird eine robuste Grundstruktur vorgesehen. Zur Förderung von Aktivitäten im Stadtteil wird ein Flächenbenutzungsmanagement angestrebt, das eine aktive Bürgerbeteiligung ermöglicht und fördert.

Die Arbeitsteilung ist wie folgt vorgesehen: Das Grünflächenamt leistet das professionelle öffentliche Grünflächenmanagement in Chemnitz. Darüber hinaus ist es Ziel, Aktivitäten von Bürgern und Vereinen auf den Grünflächen durch die Quartiersmanagerin, die Stadtteilgenossenschaft und den Bürgerverein Sonnenberg zu koordinieren.

Im ersten Schritt wird der neue Schulsportplatz in den Nachmittagsstunden offenen Jugendvereinen zur Verfügung gestellt. Die „Schlüsselgewalt“ für die Nachmittagsnutzung des ansonsten aus Kosten- und Versicherungsgründen abgeschlossenen Geländes erhält die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG.

Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG

Die Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG stellt ein gelungenes Beispiel für eine Selbsthilfegenossenschaft dar. Sie ist ein aktives Netzwerk der Bürgergesellschaft, das neue wirtschaftliche, soziale und städtebauliche Perspektiven entwickeln und den Zusammenhalt im Stadtteil verbessern will. Ein breiter Querschnitt an Mitgliedern aus unterschiedlichen quartiersbezogenen Tätigkeitsfeldern trägt die Genossenschaft.

Bislang langzeitarbeitslose Menschen haben mit der Stadtteilgenossenschaft Arbeitsplätze geschaffen und wollen Projekte mit wirtschaftlichem Erfolg initiieren. Für Firmen und Wohnungseigentümer werden u. a. Kleintransporte, Kurierdienste, Bauhilfsarbeiten und die Anlagen- und Grundstückspflege angeboten. Darüber hinaus versteht sich die Genossenschaft als Partner und Dienstleister für Arbeiten im Stadtteil. Als Wirtschaftsunternehmen bewirbt sie sich am freien Markt um Dienstleistungen. Ein Teil des erwirtschafteten Gewinns, insbesondere im Hausmeisterbereich, wird in den Stadtteil investiert.

Erfahrungen der Verwaltung und der Gebietskoordinierung im laufenden Prozess

In der Projektumsetzung sind eine Reihe von Hemmnissen aufgetreten, die beispielhaft für die besonderen Herausforderungen der Quartiersaufwertung im Stadtumbau sind. Sie zeigen aber auch die grundsätzlichen Schwierigkeiten und Erfordernisse für eine prozess- und bürgerorientierte Gestaltung urbaner Freiräume auf.

Lange Prozesse im Stadtumbau erschweren die Beteiligung

Viola Brachmann, Stadtplanungsamt der Stadt Chemnitz: „Die langwierigen Zeitläufe von Fördermittelabfluss, Vergabe, Planung und Genehmigung im Stadtumbau erschweren ein offenes Beteiligungsverfahren, das bis in die Umsetzungs- und Betriebsphase vorgesehen ist. Diese verwaltungsinternen Abläufe und Abstimmungen passen nicht zur Dynamik der Prozesse mit den Bürgern und privaten Akteuren und sind diesen z.T. schwer vermittelbar. Eine zentrale Erkenntnis ist daher, dass der Prozess von der Ideenfindung bis zum Betrieb in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden muss.“

Beim Rückbau die Nachnutzung gleich mitdenken!

Herma Heinze, Leiterin des Grünflächenamtes der Stadt Chemnitz: „Auch wenn Aufwertungsmaßnahmen in der Regel beim Rückbau der Gebäude im Stadtumbau nicht finanziert werden, muss die mögliche Nachnutzung möglichst gleich mitgeplant und vorbereitet werden. Für Bodennivellierung, Oberbodenauftrag, Verzicht auf Entsiegelung künftiger Wegeflächen können so erhebliche Mittel eingespart werden.“

Ein Fehler, der häufig in Planungsprozessen des Stadtumbaus gemacht wird, ist die späte Einbindung des Grünflächenamtes, das für die bauliche Umsetzung der Ideen und die Pflege der öffentlichen Freiflächen zuständig ist. Ideenfindung, Ausführung und Pflege müssen frühzeitig zusammengeführt werden, um ein Maß für das Machbare zu erlangen.“

Projektsteuerung in der Verwaltung und Gebietsmanagement

Herma Heinze, Leiterin des Grünflächenamtes der Stadt Chemnitz: „Im Stadtumbau entstehen neue Freiflächen, häufig mit unterschiedlichen Eigentümern, die im Verbund eine neue Qualität in den Städten

ergeben können. Dies erfordert ein Gebietsmanagement, das die Ideen und Anforderungen der Bürger, der unterschiedlichen Flächeneigentümer und der Verwaltung animiert und koordiniert.“

Für eine Prozessplanung und das Management der Grünflächengestaltung und -pflege benötigen die Kommunen ausreichend Personal und Ressourcen. Dies ist in Zukunft stärker zu beachten.“

Viola Brachmann, Stadtplanungsamt der Stadt Chemnitz: „Die Ämterstrukturen sind noch nicht optimal ausgelegt, um komplexe Projekte interdisziplinär und gemeinsam mit lokalen Akteuren zu entwickeln. Wichtig ist eine Projektleitung in der Verwaltung mit Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen, die die einzelnen Ämter und Planungsschritte von der Ideenfindung bis in den Betrieb koordiniert. Ansonsten entstehen erhebliche Qualitätsverluste bei der Umsetzung von Konzepten. Kontinuität in der Projektsteuerung stärkt auch die Vermittlung der Verfahrensschritte und Abstimmungsergebnisse zu den beteiligten Akteuren und damit das Vertrauen in Verwaltungshandeln. Für neue Kooperationsformen zwischen der Bürgerschaft und der Verwaltung besteht außerdem auf beiden Seiten ein erheblicher Schulungsbedarf.“

Die Wohnungswirtschaft als Partner

Norbert Gruss, Gebietskoordinator beim Sanierungsträger Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH: „Die Wohnungswirtschaft ist ein wichtiger Partner für die künftige Entwicklung der Bunten Gärten. Die Bereitschaft zur Kooperation ist grundsätzlich da, allerdings ist es jedoch bislang noch nicht in ausreichendem Maße gelungen, deutlich zu machen, dass die Wohnungsunternehmen von den Bunten Gärten auch wirtschaftlich profitieren.“

Kontakt:

- Stadtplanungsamt der Stadt Chemnitz, Annaberger Straße 89–93, 09120 Chemnitz, Tel.: 0371 488-0, stadtplanungsamt@stadt-chemnitz.de
- Grünflächenamt der Stadt Chemnitz, Annaberger Str. 89, 09120 Chemnitz, Tel. 0371 488-0, grünflächenamt@stadt-chemnitz.de
- Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH, Weststraße 49, 09112 Chemnitz, Tel.: 0371 35570-0, gfl.chemnitz@wgs-sachsen.de
- Stadtteilgenossenschaft Sonnenberg eG, Sonnenstraße 37, 09130 Chemnitz, genossenschaft@sonnenberg-chemnitz.de

Fallstudie Niedersachsen/Hannover-Linden: Sicherheit im öffentlichen Raum planen und gestalten/Küchengartenplatz

Kontext

Die Sicherheit im öffentlichen Raum und im Wohnumfeld ist ein wichtiger Aspekt, der das Wohlbefinden der Bewohner maßgeblich beeinflusst. Vor dem Hintergrund, dass viele Stadtquartiere durch Unsicherheit im Wohnumfeld an Attraktivität einbüßen und manche Wohnorte sich zu sozialen Brennpunkten entwickeln, hat das niedersächsische Innenministerium eine Handreichung erstellt, die aufzeigt, wie Wohnungen,

Gebäude, Wohnumfeld und Wohnsiedlungen sicherer gemacht werden können und welche Gestaltungsvarianten kriminalpräventive Wirkungen entfalten. Dabei geht es neben baulich-technischen und städtebaulichen Maßnahmen auch um die Förderung von Bürgerverantwortung und Nachbarschaftsbildung zur Stärkung von Verantwortungsbereitschaft und sozialer Kontrolle.

Konzept

Die Offensive des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familien und Gesundheit des Landes Niedersachsen zielt darauf ab, das Thema Sicherheit und Kriminalprävention in den Wohnquartieren auf Landes- und kommunaler Ebene stärker in den verschiedenen Fachpolitiken zu verankern.

Hierzu hat das Land Niedersachsen mit zahlreichen Partnern aus der Verwaltung, Wohnungswirtschaft und Planung eine Sicherheitspartnerschaft ins Leben gerufen. Eine von allen Sicherheitspartnern unterzeichnete Elf-Punkte-Erklärung enthält Prinzipien, Ziele und Maßnahmen, die bei der Planung und Entwicklung städtebaulicher Vorhaben im Bestand und im Neubau beachtet werden sollen.

Da mehr Sicherheit in den Wohnquartieren nicht über eine einzelne Strategie, sondern nur über ein integriertes Bündel von Maßnahmen erreicht werden kann, ist die Handreichung zur Förderung von Kriminalprävention des Landes Niedersachsen auf vier zentrale Handlungsfelder ausgerichtet:

1. Durchführung städtebaulicher, architektonischer und baulich-technischer Maßnahmen in Wohnungen, Gebäuden und im Quartier
2. Förderung von Bürgerverantwortung und Nachbarschaftsnetzwerken im Wohnumfeld
3. Lokale Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Polizei, Wohnungsgesellschaften, Kommunalverwaltung und den örtlichen Kriminalpräventionsräten
4. Integration von Bewohnergruppen durch Angebote von sozialen Infrastruktureinrichtungen



Die Vertreter der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau auf der Jahrestagung 2007
(Foto: Niedersächsisches Sozialministerium)

Projekttyp:	Übergeordnete Konzepte und Strategien/Plätze in gründerzeitlichen Quartieren	
Eigentümer Küchengartenplatz:	Stadt Hannover	
Förderung:	keine	
Einwohner Stadt: Einwohner Quartier (Stadtteil Linden Mitte):	509 636	11 644
Quartierstyp Küchengartenplatz:	überwiegend Blockrand, gründerzeitliche Bebauung	
Lage:	Innenstadt	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	15,8 %
	> 65 Jahre	11,2 %
	Zuwanderer	24,3 %
	Transferleistungen	17,6 %



Der Küchergartenplatz in Hannover-Linden: Vom unsicheren Ort zum lebendigen, urbanen Stadtplatz (Foto: foundation 5+ Kassel)

Sichere öffentliche Räume

Ein Baustein der Handreichung zur Förderung der Kriminalprävention im Städtebau sind Planungsempfehlungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes.

Die Zustandsanalyse in den Städten zeigt, dass nur selten reale Sicherheitsgefährdungen in den öffentlichen Räumen der Stadtquartiere bestehen. Allerdings sind viele Freiräume, Wege und Plätze unübersichtlich gestaltet, beispielsweise weil labyrinthische Wegeführungen, zugewachsene Gehölzflächen oder Baulichkeiten die Sicht verstellen und keine Blickbezüge über das Umfeld ermöglichen. Solche Unsicherheitsräume werden von vielen Bewohnern, insbesondere von Kindern, älteren Menschen und Frauen, auch tagsüber gemieden, sind

in der Folge unbelebt und wirken sich daher negativ auf das Wohnumfeld und die Lebensqualität aus. Mit der fehlenden sozialen Kontrolle werden solche Räume oft von Nutzergruppen besetzt, die zusätzliche Verunsicherung auslösen und die andere Gruppen verdrängen. Zudem begünstigen unbelebte und schlecht einsehbare Räume Tatgelegenheiten für kriminelle Handlungen, wie Vandalismus, Diebstahl oder auch Drogenhandel.

Praxiserfahrungen der Landeshauptstadt Hannover mit dem Stadtplatzprogramm

Bei der Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten in der Stadtplanung und der Gestaltung des öffentlichen Raumes ist insbesondere die Landeshauptstadt Hannover in vielen Bereichen beispielgebend.

Akteure:

Landesinitiative:

- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
- Akteure aus den Bereichen Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und Kriminalprävention

Küchergartenplatz:

- Dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe „AG Stadtplätze“ der Stadtverwaltung Hannover
- Bürgerbüro Stadtentwicklung Hannover
- Planungsbüro foundation 5+, Kassel

Maßnahmen:

Auf Landesebene:

- Erarbeitung der beispielorientierten Handreichung „Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft“ 2005
- Abschluss einer Sicherheitspartnerschaft
- Durchführung des Modellprojekts KIS in drei Städten am Beispiel unterschiedlicher Wohngebietstypen und städtebaulichen Verfahren
- Durchführung von Jahres- und Fachtagungen zur Kriminalprävention im Städtebau
- Erarbeitung eines Ausbildungs- und Schulungskonzeptes für Polizeibeamte

Umgestaltung Küchergartenplatz:

- Auflage des Stadtplatzprogramms 2000 bis 2010
- Einrichtung der dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe „AG Stadtplätze“ und des unabhängig arbeitenden Bürgerbüros Stadtentwicklung Hannover zur Förderung und Begleitung der Planungsprozesse bei Platzumgestaltungen

Bereits zur Weltausstellung EXPO 2000 hat die Landeshauptstadt das Stadtplatzprogramm „Hannover schafft Platz“ ins Leben gerufen. Anlass war die wachsende Bedeutung des öffentlichen Raumes und die Erkenntnis, dass der öffentliche Raum in den innerstädtischen Quartieren und hier v. a. die Plätze große Potenziale für die Identität und Lebensqualität darstellen.

Leitziele des Programms sind u. a. die

- Stärkung und Entwicklung der Identifikation und Verantwortlichkeit der Stadtbewohner,
- Schaffung von Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten,
- Lösung von Nutzungskonflikten,
- Stärkung der Alltagstauglichkeit und Steigerung der kulturellen Attraktivität,
- Verbesserung der Sicherheits- und Sauberkeitsaspekte und Entwicklung einer „Pflegekultur“.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Handreichung auf Landesebene hatte die Stadt Hannover bereits fast 20 Plätze umgestaltet und konnte so ihre Erfahrungen aus der

Umsetzung des Stadtplatzprogrammes bei der Erarbeitung der Planungsempfehlungen für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum einbringen.

In umgekehrte Richtung hat die Stadt Hannover nach der Unterzeichnung der Sicherheitspartnerschaft mit dem Land die Prinzipien der Kriminalprävention und der Sicherheit im Städtebau verstärkt in ihre Planungspraxis aufgenommen. Auf der Grundlage einer im Juni 2008 abgeschlossenen lokalen Vereinbarung mit der Polizeidirektion finden nun regelmäßig Besprechungen zwischen den Stadtbezirksplanern und Beamten der jeweiligen Polizeiinspektion statt, um Erkenntnisse der Polizei zur Kriminalprävention zu einem frühen Zeitpunkt in städtebauliche Planungen einfließen zu lassen. Für Vorhaben, bei denen eine polizeiliche Beteiligung sinnvoll erscheint, stellt die zuständige Polizeiinspektion dem Stadtbezirksplaner ein Lagebild zur Verfügung.

Umgestaltung des Küchengartenplatzes

Im Rahmen dieser Kooperation wurde unter anderem auch die Umgestaltung des Küchengartenplatzes im Stadtteil Hannover-

Planungsempfehlungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes

- Soziale Kontrollierbarkeit des öffentlichen Raumes: Orientierung der Wohnungen zu Straßen und Plätzen hin.
- Ausweichmöglichkeiten, Alternativ- und Fluchtwege: Ergänzende Wege zu Unterführungen und zur Querung von unübersichtlichem Gelände planen.
- Geringe Abstände: Die Entfernungen zwischen Wohnbauten und öffentlichen Aufenthaltsbereichen wie Plätzen oder Haltestellen des ÖPNV müssen einen Sicht- und Rufkontakt ermöglichen.
- Vollständiger Einblick: Nischen, Ecken, Gebüschränder u. ä. Bereiche des öffentlichen Raumes müssen rechtzeitig einsehbar sein; Versteckmöglichkeiten sollen planerisch ausgeschlossen werden.
- Beseitigung von Barrieren: Auslichten von Bepflanzungen, Umgestaltung unübersichtlicher Bereiche mit dem Ziel, wieder Transparenz herzustellen.
- Beleuchtung von Wegen: Ausreichende Beleuchtung von Übergangsbereichen und Durchquerungstrecken im öffentlichen Raum; Vermeidung von Dunkelzonen durch enge Leuchtenstellung und Vermeidung von Verschattungen durch Gewächse zur Sicherung der Erkennbarkeit von Gesichtern in einer Entfernung bis zu mindestens 4 Metern.
- Verweilbereiche: Erhöhung der sozialen Kontrolle im Sinne gegenseitiger Beobachtung und Rücksichtnahme durch geschickte Anordnung von Verweilmöglichkeiten.
- Aufenthaltsqualität: Attraktive Gestaltung der Orte; Anregung zum Aufenthalt.
- Schaffung sozialer Infrastruktureinrichtungen: Belebung des öffentlichen Raumes durch die Nutzer von Gemeinbedarfseinrichtungen (wie z. B. Treffpunkte, Kinderbetreuung, Läden, Straßencafés und Kioske)
- Ausstattungssystem: Durchdachte Anordnung der Poller, Telefonzellen, Altstoffsammelcontainer, Straßenschilder, Straßen-/Fußweglaternen, Sitzgelegenheiten, Fahrradständer zur Belebung von Standorten, aber ohne Beeinträchtigung der Übersicht; gut sichtbare Platzierung von Notrufsäulen und evtl. Videoüberwachung konfliktreicher Orte.

(Quelle: Sicheres Wohnquartier. Gute Nachbarschaft. Handreichung zur Förderung der Kriminalprävention im Städtebau und in der Wohnungswirtschaft. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit)

Linden durch die zuständige Polizeiinspektion unterstützt.

Im Lagebild der Polizei, das im Zuge der Neubebauung des benachbarten Gilde-Carrés erstellt worden ist, wurde er als ein Unsicherheitsfaktor im Quartier eingestuft, da er unsauber und durch aufgeschüttete Wälle schlecht überschaubar war und in der wärmen Jahreszeit von Personengruppen genutzt wurde, die vor allem durch Alkoholkonsum negativ auffallen. Der Platz blieb trotz seiner Nähe zu den dichtbewohnten Quartieren Linden-Nord, Linden-Mitte und Calenberger Neustadt und zu kulturellen und geselligen Angeboten am Platz wegen der unübersichtlichen und introvertierten Platzgestaltung aus den 1970er Jahren vor allem ein Durchlaufterrain und Treff für Randgruppen.

Eine offene und ergebnisorientierte Bürgerbeteiligung im Rahmen des Stadtplatzprogrammes hat dazu geführt, dass das Projekt breiten Rückhalt im Stadtteil Linden erhalten hat. In Ideenwerkstätten entstanden mit den Bewohnern die ersten Pläne für die Neugestaltung des Platzes.

Die für das Stadtplatzprogramm von der Stadt eingerichtete dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe „AG Stadtplätze“ mit Vertretern der Ressorts Tiefbauamt, Grünflächen und Stadtplanung beförderte den Planungs- und Umsetzungsprozess.

Im Ergebnis ist ein übersichtlicher und multifunktional nutzbarer Platzbereich mit einer Achse zum Theater am Küchengarten entstanden. Durch neu hinzugewonnene Spiel- und Aufenthaltsbereiche ergibt sich mit Küchengartenplatz und Stadtgrünplatz Fössestraße eine großzügige Raumfolge, die die Stadtteile Lindens verbindet, den Grünzug Rampenstraße einbezieht. Von der deutlichen Aufwertung für das Quartier profitieren auch die Nutzergruppen, die vorher den unübersichtlichen und unsicheren Raum im Alltag gemieden haben.

Erfahrungen aus der Fallstudie

Die Fallstudie zeigt, dass eine übergeordnete Initiative dazu beitragen kann, das Thema Sicherheit und Kriminalprävention in den Wohnquartieren in Politik und Verwaltung der Kommunen, in der Wohnungswirtschaft und bei den Verbänden zu verankern, damit es frühzeitig in der Stadt- und Freiraumplanung berücksichtigt wird. Kooperationen und Partnerschaften fördern dabei das gemeinsame Verständnis und Handeln.



Alt und Jung auf dem Küchengartenplatz (Foto: foundation 5+ Kassel)

Festzustellen ist allerdings auch, dass es nach wie vor Vorbehalte in Politik und Verwaltung gibt, Sicherheit und Kriminalprävention im Städtebau offensiv zu thematisieren. Zumeist wird eine Stigmatisierung von Stadtquartieren befürchtet, nach dem Motto: Wenn über Sicherheit und Kriminalprävention gesprochen wird, dann muss real Kriminalität in erhöhtem Maße stattfinden.

Daher fördert das Land Niedersachsen den öffentlichen Diskurs und den Austausch mit Vertretern aus dem In- und Ausland, die beispielgebende Ansätze zur Sicherheit und Kriminalprävention verfolgen (u. a. auch mit den Niederlanden, die das Thema sehr fortschrittlich behandeln). Um die unterschiedlichen Fachpolitiken für die Prinzipien und Ansätze zu sensibilisieren und die Kompetenzen zu erweitern, unterstützt das Land Niedersachsen darüber hinaus eine Qualifizierung der Polizei und der verschiedenen Berufsfelder im Städtebau.

Das Projekt Küchengartenplatz zeigt beispielgebend, wie unsichere öffentliche Orte, von denen es viele in den Städten gibt, durch eine beteiligungsgestützte Neugestaltung zu einem Ort der Begegnung und für urbanes Leben werden können.

Kontakt:

- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Abteilung Bauen und Wohnen, Referat 506, Tel.: 0511 120-0, poststelle@ms.niedersachsen.de
- Landeshauptstadt Hannover, Bereich Stadtplanung, Rudolf-Hillebrecht-Platz 1, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168-0, 61.1@Hannover-Stadt.de

Fallstudie Hamburg: Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in starken Nachbarschaften

Modellquartiere und Prioritätsgebiete rahmens (Q konsalt)



Kontext

Wie in vielen Großstädten der Bundesrepublik wird auch in Hamburg für das kommende Jahrzehnt eine deutliche Zunahme des Anteils der Bewohner prognostiziert, die 65 Jahre und älter sind. Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung müssen die städtischen Lebensbedingungen so ver-

ändert werden, dass Bewegung und Mobilität auch für ältere Menschen ohne wesentliche Einschränkungen möglich sind. Denn das Wohnen in einem urbanen, lebendigen Umfeld gewinnt nicht nur für junge, sondern auch für ältere Menschen an Attraktivität, wenn geeignete Rahmenbedingungen vorhanden sind. Um die Voraussetzungen hierfür zu verbessern, hat die Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf der Grundlage von Werkstattgesprächen und Arbeitsgruppen mit Experten und Multiplikatoren den Handlungsrahmen „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg“ erarbeitet.

Konzept

Ziel des Handlungsrahmens ist es, die „grüne“ Freiraumstruktur in der Stadt, die sich durch ein weit verzweigtes Netz wohnungsnaher Parkanlagen, Kleingärten, Spiel- und Sportplätze, Grünzüge und grüner Wegeverbindungen auszeichnet, für ältere Menschen leichter erreichbar, besser zugänglich und nutzbar zu machen und die kommunikativen und gesundheitsfördernden Werte dieser Grünflächen zu steigern.

Um den übergeordneten Denk- und Planungsansatz des gesamtstädtischen Handlungsrahmens möglichst praxisnah zu gestalten, sind in den beiden ausgewählten Quartieren Luisenhofstieg (im Stadtteil Billstedt) und Rümkerstraße (im Stadtteil Barmbek-Nord und Steilshoop) modellhaft Beteiligungsverfahren durchgeführt worden. Aufgrund der hieraus gewonnen Erkenntnisse wurden Konzepte für die Quartiere entwickelt, die Maßnahmen zu den folgenden Modulen enthalten:

- Wege und Orientierung
- Barrieren, Sicherheit und Transparenz
- Funktionsräume/Organisationsstrukturen
- Gestaltungsbeispiele

Als Ergebnis wurde ein Handlungsrahmen erarbeitet, der Planungsmodule, Maßnahmen und Gestaltungselemente enthält, die auch in anderen Quartieren bei der Freiraumplanung für ältere Menschen Berücksichtigung finden sollen.

Projekttyp:	Übergeordnete Konzepte und Strategien mit stadtweiter Bedeutung								
Eigentümer:	Bezirksamt Mitte und Bezirksamt Hamburg-Nord								
Förderung:	Kofinanzierung von Maßnahmen in den Modellgebieten								
Einwohner Stadt:	1 744 000								
Einwohner Quartier Luisenhofstieg:	5 452								
Einwohner Quartier Rümkerstraße:	6 200								
Quartierstyp:	Quartier Luisenhofstieg: Mehrgeschosswohnungsbau, Reihen- und Zeilenhausbebauung, 1960er/1970er Jahre Quartier Rümkerstraße Blockrand, Reihen- und Zeilenhaus- bebauung, 1920er/1950er Jahre								
Lage:	Innenstadt								
Sozialdaten:	Luisenhofstieg/Rümkerstraße <table border="0"> <tbody> <tr> <td>< 18 Jahre</td> <td>17,2/9,6 %</td> </tr> <tr> <td>> 65 Jahre</td> <td>25,4/13,9 %</td> </tr> <tr> <td>Zuwanderer</td> <td>16,0/17,9 %</td> </tr> <tr> <td>Empfänger von Transferleistungen</td> <td>12,8/12,3 %</td> </tr> </tbody> </table>	< 18 Jahre	17,2/9,6 %	> 65 Jahre	25,4/13,9 %	Zuwanderer	16,0/17,9 %	Empfänger von Transferleistungen	12,8/12,3 %
< 18 Jahre	17,2/9,6 %								
> 65 Jahre	25,4/13,9 %								
Zuwanderer	16,0/17,9 %								
Empfänger von Transferleistungen	12,8/12,3 %								

Die Module und Gestaltungselemente des Handlungsrahmens sind so aufgebaut, dass sie unabhängig voneinander eingesetzt werden können, um zeitlich und räumlich abgestufte Planungskonzepte zu ermöglichen.

Auch wurden aus den Erfahrungen mit der Beteiligung der Bewohner in den Modellgebieten konkrete Arbeitshilfen und Hinweise entwickelt, wie die Altersgruppe der über 60-Jährigen an der Entwicklung von Maßnahmen und Konzepten für Grün- und Freiflächen beteiligt werden kann.

Modellgebiet Luisenhofstiege

Das im Zuge der Erarbeitung des Handlungsrahmens Freiraum und Mobilität erstellte Freiflächenkonzept für den Luisenhofstiege zielt darauf ab, Anlässe insbesondere für ältere Menschen zu schaffen, die Wohnung zu verlassen, im Freiraum zu verweilen und ihn sich anzueignen. Es besteht aus vier unterschiedlichen räumlichen Teilbereichen, die weitgehend bereits umgesetzt sind:

Im ersten und dritten Bauabschnitt werden wichtige Fußwegeverbindungen hergestellt und Angsträume beseitigt, indem vor allem „aufgeräumt“ und „Platz geschaffen“ wird. Zentrale Maßnahmen sind das Auslichten durchgewachsener Gehölzbestände, die klare Raumgestaltung sowie die ausreichende Dimensionierung des Wegequerschnitts. Im Grünzug „Schleemer Bach“ (Bauabschnitt 2) werden Zugänge an steilen Hanglagen verbessert. Im Bauabschnitt 4 ist die Aufwertung einer Grünfläche in Nachbarschaft zu einer Seniorenwohnanlage geplant. Hier wird eine offene Gestaltungslösung mit Angeboten zum Aufenthalt sowohl für ältere Menschen als auch für Jugendliche entwickelt.

Eine besondere Schlüsselrolle bei der Beteiligung und Motivierung der älteren Menschen hat im Stadtteil Luisenhofstiege die „Seniorenlotsin“. Die „Seniorenlotsin“ ist Teil des Modellprogramms „Neues Wohnen – Beratung und Kooperation für mehr Lebensqualität im Alter“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie arbeitet für die Arbeiterwohlfahrt und wird im Stadtteil als Kontaktperson für die Senioren und Senioreneinrichtungen eingesetzt. Sie organisiert die Beteiligung der Senioren an den Planungen und Entwicklungen im Modellgebiet und bietet spezielle Außenraumangebote für ältere Menschen an. Ziel ist es, die Nutzung der neu gestalteten Freiflächen für Alt und Jung nachhaltig zu gewährleisten.



Barrierefreier Zugang vom Wohnquartier zum Grünzug Schleemer Bach als Rampenlösung (Entwurf: EGL, Hamburg)

Akteure:

- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Modellgebiet Luisenhofstiege
- Bezirksamt Hamburg-Nord, Modellgebiet Barmbek-Nord,
- Städtische Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Altenwohnrichtungen
- Vernetzte soziale Einrichtungen im Stadtteil, Seniorenbeirat und Arbeitskreis der örtlichen Träger der Seniorenarbeit („Barmbeker Ratschlag“), Seniorenlotsin
- Behörde für Bildung und Sport, Schulen und Sportvereine
- Polizei (Kriminalprävention u. a.)
- Wohnbevölkerung

Maßnahmen:

- Durchführung Fachforum Umwelt und Gesundheit „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in der Stadt“ mit Wissenschaftlern, Experten und Multiplikatoren
- Erstellung der Grundlagenplanung „Freiraum und Mobilität für ältere Menschen in Hamburg – ein Handlungsrahmen für die Planungspraxis“
- Erstellung eines Beteiligungskonzeptes für die Modellgebiete Luisenhofstiege und Rümkerstraße
- Aufnahme in das Hamburger Förderprogramm „Aktive Stadtteilentwicklung 2005–2008“



Neue Wegeverbindung im Quartier Luisenhofstieg (Foto: bgmr)

Modellgebiet Rümkerstraße

Das Quartier Rümkerstraße wird geprägt von Wohngebäuden aus den 1930er Jahren mit einer sehr hohen Zahl an Klein- und Kleinstwohnungen. Das Konzept zeigt auf, wie das vorhandene, an sich gute Netz wohnungsnaher Grünanlagen und grüner Wegeverbindungen für ältere Menschen leichter erreichbar und besser zugänglich gestaltet werden kann. Pflege- und Gestaltungsmängel, Gefahrenherde und notwendige Umbaumaßnahmen werden benannt. Mobilisierende Beteiligungsverfahren sollen insbesondere die Integration von Seniorinnen/Senioren und die gemeinschaftlichen, nachbarschaftlichen Aktivitäten im Quartier fördern. Unterschiede in den Nutzungsgewohnheiten und -ansprüchen verschiedener Bewohnergruppen (ältere Menschen, Jugendliche, Migranten, Alleinerziehende mit kleinen Kindern, Alleinlebende, Hundebesitzer, Kleingartennutzer etc.) sollen transparent gemacht und tragfähige Kompromisse erarbeitet werden.

Stimmen der Akteure

Ulli Smandek, Bürgerhaus in Barmbek:

„Bei den vielen Einzelhaushalten und Kleinwohnungen und dem hohen Anteil an sozial schwachen Bewohnern ist die Isolation der Bewohner das Hauptproblem. Die Freiräume müssen künftig noch mehr Anlässe bieten, damit diese Gruppen wieder verstärkt am öffentlichen Leben teilnehmen. Die öffentlichen Freiräume übernehmen daher eine wichtige soziale Funktion im Quartier.“

Erfahrungsberichte der Akteure

Ulrich Hein-Wussow, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg, verantwortlich für die Weiterentwicklung des Handlungsrahmens auf gesamtstädtischer Ebene:

„Mit dem Handlungsrahmen werden aus gesamtstädtischer Sicht räumliche Prioritäten für den Handlungsbedarf gesetzt. Im Vordergrund stehen „einfache“ Maßnah-

men in den Freiräumen, an Wegen und in den Straßenräumen, die vor allem für ältere Menschen die Voraussetzungen schaffen, dass sie weiterhin am öffentlichen Leben teilnehmen und in ihrem Wohnumfeld mobil bleiben können. Aufbauend auf den Erfahrungen der seit vielen Jahren bewährten Verfahren und Vorgehensweise bei der Spielraumgestaltung in Hamburg, können so auch generationsübergreifende Nutzungsangebote auf Spiel- und Freizeitflächen im nahen Wohnumfeld entwickelt werden.

Auf der lokalen Ebene ist die Übernahme von Verantwortung für die Freiräume in der Nachbarschaft wichtig, damit Belebung und soziale Kontrolle gefördert wird. Kooperationen gelingen insbesondere dort, wo Strukturen und starke Akteure vorhanden sind (z. B. Bürgerhaus, Kirchengemeinde, Altenwohnheime, Seniorenlotsin), und wenn solche Kümmerer von der Verwaltung unterstützt werden.“

Jürgen Marten, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, zuständig für die Planung und Umsetzung im Modellgebiet Luisenhofstieg:

„Im Quartier Luisenhof ist ein Viertel der Bevölkerung älter als 60 Jahre. Viele ältere Menschen leben hier in Altenwohneinrichtungen. Daher bot sich das Quartier als Modellgebiet für den Handlungsrahmen an. In der Konzeptumsetzung werden Angebote für den Aufenthalt in den Freiräumen realisiert, Wegeverbindungen aufgewertet und möglichst barrierefreie Zugänge geschaffen. Die Beteiligung der Quartiersbewohner hat gezeigt, dass diese Maßnahmen grundsätzliche Ansprüche an die Gestaltung der Freiräume berühren, die auch für andere Altersgruppen, wie Familien und Kinder, von Bedeutung sind.

Gerade Detaillösungen sind mitentscheidend für die Gestaltung attraktiver Freiräume. Daher haben wir uns intensiv mit der Entwicklung eines Banktyps beschäftigt, der auch für ältere Menschen geeignet ist. Die Bemusterung mehrerer Bänke und das praktische Ausprobieren waren dabei sehr hilfreich. In Zusammenarbeit mit dem Hersteller des ausgewählten Banktyps wurde dieser den Nutzerbedürfnissen entsprechend weiterentwickelt. Das auch vom Design und von der Haltbarkeit her anspruchsvolle Modell kommt nun im Luisenhofstieg und andernorts zum Einsatz.

Wichtig sind auch angepasste Lösungen für Zugänge zum Freiraum. Aufgrund der schwierigen Höhenverhältnisse am Grünzug Schleemer Bach können nicht immer alle Standards für den barrierefreien Zugang eingehalten werden. Die intensive Beteiligung der Quartiersbewohner hat dazu beigetragen, akzeptable Lösungen zu finden.“

Ulli Smandek, Bürgerhaus in Barmbek:

„Das Maßnahmekonzept für das Modellgebiet Rümkerstraße hat eine intensive Diskussion über die Wünsche der Bewohner im Quartier angestoßen.

Hier wohnen vor allem Singles, alleinerziehende Mütter und ältere Menschen. Viele sind von Transferleistungen abhängig, hoch ist auch der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund im Quartier. Daher waren wir alle von dem großen Erfolg der Beteiligungsaktion „zuHAUS in Barmbek“ überrascht, mit der das Bürgerhaus gemeinsam mit anderen Stadtteilakteuren die Stimmung im Quartier erfassen wollte. Auf Festen und bei Platzaktionen sind Wunschbäume aufgestellt worden, an denen die Bewohner ihre Vorstellungen für ein lebendiges und lebenswertes Quartier anbringen konnten. Die Auswertung der fast 500 Wunschzettel zeigte zunächst, dass eine hohe Identifikation mit dem Quartier besteht. Viele Verbesserungsvorschläge beziehen sich auf den öffentlichen Raum. Am häufigsten sind die Themen Sicherheit und Beleuchtung, Angebote zum Spielen, Aufenthalt und Sehen-und-Gesehen-werden sowie die Grünanlagenpflege (v. a. Umgang mit Verschmutzung und Verunkrautung) benannt worden. Wichtig sind auch Toiletten und Cafés in den Grünanlagen und an Plätzen. Mehrfach gewünscht wurden generationenübergreifende Spiel- und Bewegungsangebote, v. a. von älteren Migranten aus der Türkei. Dort existieren bereits solche Angebote in Parkanlagen und werden nach Aussage der Migrantengruppe gut angenommen.

Die ersten Konzeptvorstellungen der modellhaften Untersuchung des Quartiers waren als Anstoß wichtig. Nun wird die Planung als offener Prozess weitergeführt. Dabei konnten wir feststellen, dass die Bürger geduldiger mit Planungen sind als meist angenommen: Es gibt eine Vorstellung davon, wie ein Gemeinwesen funktioniert. Wichtig ist jedoch Transparenz. Bedeutsam ist auch, wer fragt! Wenn die Verwaltung fragt, entsteht sofort der Anspruch auf Umsetzung.



Unübersichtlicher Freiraum im Modellgebiet Rümkerstraße (Foto: bgmr)

Fragt der Bürgerverein, werden diese Erwartungen nicht geweckt.

Derzeit werden mit kleinteiligen Maßnahmen in den Grünflächen erste Zeichen gesetzt. In der zweiten Stufe sollen Kooperationsprojekte mit Gemeinschaftseinrichtungen oder Vereinen entstehen, wie die Einrichtung von Bewegungselementen für alle Generationen.“



Wiesen und lichte Baumhaine schaffen attraktive und klare Raumsituationen im Modellgebiet Luisenhofstieg (Foto: bgmr)

Kontakt:

Handlungsrahmen:

- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Tel.: 040 42828-0, Lp@bsu.hamburg.de

Modellgebiet Luisenhofstieg:

- Bezirksamt Hamburg-Mitte, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Klosterwall 8, 20095 Hamburg, Tel.: 040 42828-0, gartenundtiefbau@hamburg-mitte.hamburg.de

Modellgebiet Rümkerstraße:

- Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Stadteilkoordinator, Eppendorfer Landstraße 59, 20249 Hamburg, Tel.: 040 42828-0, stadt-undlandschaftsplanung@hamburg-nord.hamburg.de

Fallstudie Saarbrücken: Freiraumentwicklungsprogramm Saarbrücken



Ludwigsplatz an der Ludwigskirche (Foto: Planungsgruppe agl)

Kontext

Die Funktionalisierung von Freiräumen seit den 1970er Jahren hat zu hohen Investiv-, Unterhaltungs- und Pflegekosten für die öffentliche Hand geführt. Gleichzeitig machen sinkende Einwohnerzahlen aufgrund von Geburtenrückgang und Abwanderung eine Neubewertung der städtischen Freiflächen-situation in Saarbrücken erforderlich. Die Verschiebung der Altersstrukturen zeigt beispielsweise stadträumlich unterschiedliche Schwerpunkte, so dass sich auch der Bedarf an Freiräumen stadträumlich differenziert verändert.

Im Unterschied zu bisherigen gesamtstädtischen Freiraumkonzepten, die in der Regel

Projekttyp:	Übergeordnete Konzepte und Strategien mit stadtweiter Bedeutung	
Eigentümer:	Stadt Saarbrücken	
Förderung:	keine	
Einwohner Stadt:	182 000	
Quartierstyp:	Reihe/Zeile/Einzelhausbebauung	
Lage:	Gesamtstadt	
Sozialdaten:	< 18 Jahre	15,3 %
	> 60 Jahre	21,2 %
	Zuwanderer	15,1 %
	Sozialhilfeempfänger	8,4 %

von einer Intensivierung der Gestaltung und Pflege von Grünflächen ausgehen, reagiert das Freiraumentwicklungsprogramm Saarbrücken bewusst auf den demografischen Wandel. Mit dem Programm soll eine Diskussion darüber angestoßen werden,

- welche Qualitäten sich Saarbrücken in der Freiraumpolitik leisten soll, will und kann,
- wie der Spagat zwischen einer notwendigen Profilierung der Landeshauptstadt und den enger werdenden Rahmenbedingungen (Ressourcen, Demografie) zu schaffen ist,
- wo die künftigen Handlungsschwerpunkte und Prioritäten liegen, aber auch wo ein geordneter Rückbau bzw. Umbau möglich ist,
- wie sich das Freiraumentwicklungsprogramm in die Gesamtentwicklung der Stadt einfügt.

Konzept

Die Fallstudie Saarbrücken steht beispielhaft für eine Top-down-Strategie der Planung: Die Stadt formuliert übergeordnete Ziele und Strategien, um die Freiräume an die Nachfrage anzupassen. Sie bündelt Kräfte, um die urbanen Freiräume in den Stadtquartieren konzentriert und qualitativ aufwerten und an die geänderten Freiraumbedarfe anpassen zu können.

Das Freiraumentwicklungsprogramm betrachtet alle Freiräume der Stadt. Bei den Maßnahmen konzentriert es sich jedoch im Wesentlichen auf die öffentlichen Freiräume.

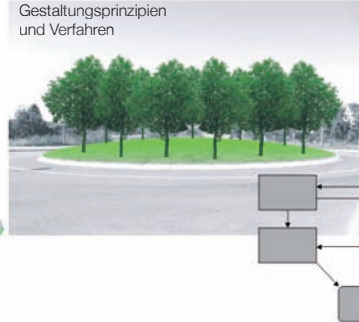
Das Programm enthält aus gesamtstädtischer Sicht Vorschläge, wie und an welchen Stellen ein Umbau der Freiräume für erforderlich gehalten wird. Für die Stadtquartiere werden spezifische Maßnahmenbündel benannt, die dazu beitragen sollen, dass hier Orte der Begegnung und Räume für individuelle Aneignung entstehen, die alltags-tauglich und bedarfsgerecht gestaltet sind.

Die unterschiedlichen Bedürfnisse an den Freiraum sollen im Rahmen offener Gestaltungsansätze integriert werden.

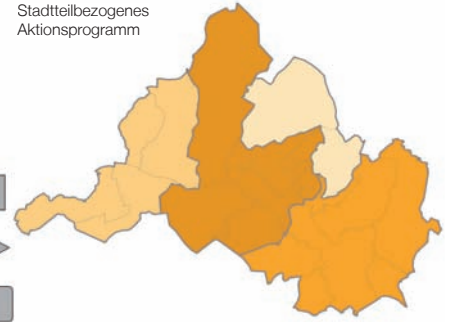
Baustein 1
Freiraumstrukturkonzept



Baustein 2
Gestaltungsprinzipien
und Verfahren



Baustein 3
Stadtteilbezogenes
Aktionsprogramm



Bausteine des Freiraumentwicklungsprogramms

Das Freiraumentwicklungsprogramm umfasst drei Bausteine für die unterschiedlichen Maßstabsebenen der Planung:

1. Freiraumstrukturkonzept

Aus gesamtstädtischer Perspektive werden Planungsaussagen zur Gestaltung, Entwicklung, Nutzung und Pflege der Freiraumkategorien „Stadt_mitte am Fluss“ als neue grüne Mitte von Saarbrücken, „Stadt_parks“, „Stadt_plätze“, „Stadt_grün“ und „Stadt_wald“ sowie „Stadt_wege und Stadt_blicke“ getroffen.

Da die Entwicklungsaussagen städtebaulich integriert sein sollen, wurden zusätzlich zur Typologie der Freiräume in bebauten Bereichen Siedlungsstrukturtypen entwickelt und abgegrenzt, für die – jeweils generalisiert – freiraumplanerische Maßnahmen vorgeschlagen werden.

2. Gestaltungsprinzipien und Verfahren

Mit den Gestaltungsprinzipien und Verfahren umfasst der zweite Baustein das „Rüstzeug“ für die künftige Freiraumentwicklung. Hierzu zählen die folgenden grundlegenden Gestaltungsprinzipien für Freiräume:

- Situationsangepasste/ortsbezogene Gestaltung: Vorhandene Substanz und historische Bezüge werden zeitgemäß interpretiert und aktuelle soziale und städtebauliche Bezüge aufgegriffen.

- Qualität und Robustheit als Maßstab für die Auswahl von Ausstattung und Materialien, damit die Freiräume dem vielfältigen Gebrauch standhalten und alterungsfähig sind
- Multifunktionale/offene Gestaltung, damit Freiräume zu Begegnungsorten für möglichst alle Nutzergruppen werden und damit die Anpassung öffentlicher Räume an den Wandel der Stadtgesellschaft ermöglicht wird.
- Gestaltung erlebbarer/belebter/integrierter Freiräume, denn der (soziale) Wert der Freiräume wird vor allem durch deren Nutzung, den alltäglichen Gebrauch und individuelle Aneignung bestimmt.
- Gestaltung sicherer, angstfreier Räume, wobei Belebung, soziale Kontrolle und Orientierung wichtige Voraussetzungen sind.

3. Stadtteilbezogenes Aktionsprogramm

Mit dem stadtteilbezogenen Aktionsprogramm werden spezifische Maßnahmenpakete für einzelne Stadtteile entwickelt. Sie reagieren auf die ortsspezifischen, aktuellen Prozesse und Gegebenheiten in den Stadtteilen im gesamtstädtischen Kontext. Es gilt, die Voraussetzung zu schaffen, damit in den Stadtquartieren Orte der Begegnung und Räume für individuelle Aneignung entstehen.

Bausteine des Freiraumentwicklungsprogramms Saarbrücken (Quelle: Planungsgruppe agl)

Akteure:

- Landeshauptstadt Saarbrücken, Amt für Grünanlagen, Forsten und Landwirtschaft
- Planungsgruppe agl, Saarbrücken/Rastatt

Maßnahmen:

- Erarbeitung des Freiraumentwicklungsprogramms für die Landeshauptstadt Saarbrücken
- Auftaktveranstaltung zur Diskussion in den städtischen Gremien
- Beratung in den städtischen Ausschüssen, Vorstellung im Städtebaubeirat, im Saarbrücker Bürgerforum und auf Stadtteilebene
- Auf der Basis der Beschlussfassung vom Januar 2008 werden alle Einzelmaßnahmen des Freiraumentwicklungsprogramms vor der Realisierung in der Öffentlichkeit diskutiert sowie in den Bezirksräten und dem zuständigen Ausschuss beraten und beschlossen.
- Stellung von Einzelanträgen zur Kofinanzierung von Maßnahmen für den Zeitraum 2007–2015

Kräfte bündeln, um urbane Qualitäten zu fördern

Am Beispiel der Freiraumkategorie „Stadtgrün“ wird deutlich, wie die Stadt Ressourcen konzentrieren und Freiflächen an private Eigentümer übertragen will, um die Kräfte der öffentlichen Hand bündeln zu können und die Ressourcen v. a. auf die Qualifizierung der Stadtquartiere konzentrieren zu können.

Zu den Maßnahmen, Ressourcen zu konzentrieren, zählen:

- Wildnis in der Stadt durch Renaturieren und Extensivieren: Als wichtige Voraussetzung hierfür wird die Veränderung der Bilder von städtischen Freiräumen in den Köpfen der Bewohner angesehen.
- Rückbau von Infrastruktur aufgrund der veränderten Bevölkerungsstruktur: Dort, wo Infrastruktureinrichtungen wie Spielplätze nicht mehr gebraucht werden, sollen beispielsweise weniger pflegeintensive Nutzungen wie Wiesen entstehen.
- Private Nutzungen fördern und Flächen verpachten/privatisieren: An geeigneten Stellen sollen Freiräume aus der Bewirtschaftung durch das Grünflächenamt entlassen und in andere private oder weniger intensive Nutzungsformen im Freiraum übergeben werden, wie die urbane Landwirtschaft, landwirtschaftsähnliche Nutzungen am Stadtrand (z. B. Reiten, Kleingärten) oder die urbane Forstwirtschaft.



Überprüfung des Spielplatzbedarfs, Rückbau von Infrastruktur
(Foto, Montage: Planungsgruppe agl)



Urbane Landwirtschaft, Pferdehaltung Burbach
(Foto: Planungsgruppe agl)

Programmumsetzung im Dialog

Im Januar 2008 wurde das Freiraumentwicklungsprogramm im Stadtrat beschlossen. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen für die zukünftige Stadtentwicklung setzt die Kommune in der weiteren Umsetzung des Programms darauf, mit den Ortsbeiräten und anderen lokalen Akteuren einen Dialog darüber anzuregen, was Stadt heute und in Zukunft bedeutet.

Trotz der intensiven Diskussion der Ziele und Maßnahmen des Freiraumstrukturprogramms auch auf lokaler Ebene verläuft der Rückbau und die Anpassung von Infrastruktur in den Stadtteilen nicht immer reibungslos. In dem mit Spielplätzen übersorgten Stadtteil Eschberg wird beispielsweise eine Anpassungsstrategie im Dialog verfolgt. Konkretes Ziel ist es hier, Spielplätze aufzugeben bzw. zu extensivieren und dafür einen neuen Spielplatz im zentralen Park zu schaffen. Dies scheiterte in dem konkreten Fall bislang vor allem an älteren Anwohnern, die die Neuanlage eines Spielplatzes in ihrer Nachbarschaft im Park ablehnen.

Um die „Tatorte“ für prioritäre Maßnahmen der Aufwertung und des Rückbaus festzulegen, führt das Grünflächenamt gemeinsam mit der Amtsleiterin und der Dezernentin zu vorher festgelegten und angekündigten Zeiten Radtouren durch die einzelnen Stadtquartiere durch. In diesem Rahmen findet dann auch Treffen mit den jeweiligen Bezirksvertretern statt.

Hierdurch erhält die Verwaltung und Politik gemeinsam einen guten Überblick über die aktuelle Freiraumsituation und die Problemlage in den Quartieren. So können zielgerichtet und problemorientiert die notwendigen Maßnahmeschwerpunkte festgelegt werden.

Erfahrungen aus Saarbrücken

Die Fallstudie verdeutlicht, dass knappe Ressourcen eine Prioritätensetzung zur Neugestaltung und Weiterentwicklung sowie zum Umbau und Rückbau erfordern und dass für Diskussion und Umsetzung eine abgestimmte gesamtstädtische Strategie der Freiraumentwicklung hilfreich ist. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen, dass es bei Rück- und Umbaumaßnahmen zu Konflikten kommt und dass es wichtig ist, die gesamtstädtischen Ziele im Dialog mit den örtlichen Akteuren lokal zu verankern.

Damit die bedarfsgerechte Anpassung der Freiräume an die demografische Entwicklung gelingt, sind auch ein integrierter Planungsansatz, der Wandel im Selbstverständnis der Grünflächenämter und ein verbessertes Management der Grünflächen erforderlich. Dies sollen die folgenden Erfahrungsberichte aus der Sicht der Amtsleiterin des Grünflächenamtes Saarbrücken veranschaulichen.

Integrierte Planung

Integrierte Planung benötigt sektorale Fachplanungen konzeptioneller Art und das Zusammenwirken der Fachdisziplinen auf „gleicher Augenhöhe“. Wenn integrierte Planung darauf reduziert wird, dass eine Disziplin die Grundlageninformationen der Fachämter lediglich integriert auswertet, ist dies noch keine integrierte Planung.

Aufgaben und Selbstverständnis des Grünflächenamtes

Das Aufgabenspektrum und damit das Selbstverständnis städtischer Grünflächenämter hat sich geändert und muss offensiv weiterentwickelt werden. Neben den klassischen Gestaltungs-, Bau- und Pflegeaufgaben werden konzeptionelle Planungen wie das Freiraumentwicklungsprogramm für die Gesamtstadt und die verstärkte Zusammenarbeit mit den Bürgern, beispielsweise die Betreuung von Patenschaften für Grünflächen oder die Organisation der „Bespielung“ von Grünflächen (u. a. für Veranstaltungen), immer wichtiger.

Optimierung der Pflege von Grünflächen

Ein großer Vorteil für die bedarfsgerechte Pflege und Unterhaltung der Grünflächen ist, dass in Saarbrücken das Grün „aus einer Hand“ kommt. Planung und Unterhaltung sind noch in einem Hause und daher eng



Saarbrücker Bauernmarkt: Landwirtschaft als urbane Qualität in die Stadt holen (Foto: Planungsgruppe agl)

miteinander verzahnt. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass man sparsamer plant, wenn man die Unterhaltung im Haus hat.

Ein gezieltes Management unterstützt die Optimierung der Pflege und Unterhaltung: Die Regiebetriebe, die für die Pflege und Unterhaltung vor Ort zuständig sind, führen einen Regiekalender und geben regelmäßig eine Rückmeldung an die Amtsleitung, wenn z. B. Flächen untergenutzt sind, besonderer Pflegebedarf besteht oder Schäden bzw. eine Vermüllung auftritt. Der Bedarf für investive Maßnahmen in den Quartieren kann dann direkt von der Amtsleitung an die politische Entscheidungsebene weitergegeben werden.

Es ist ein Irrglaube, dass Bürger die Pflege von Grünflächen übernehmen können. Die verstärkte Übernahme von Verantwortung der Bürger für das öffentliche Grün ist gewünscht, bezieht sich aber mehr auf Kümmereraufgaben wie Beobachtung, Meldung von Mängeln, Bespielung oder Übernahme von Patenschaften. Dies erfordert wiederum eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Bürgern.

Kontakt:

- Amt für Grünanlagen, Forsten und Landwirtschaft der Landeshauptstadt Saarbrücken, Nassauer Straße 4, 66111 Saarbrücken, Tel.: 0681 905-0, gruenanlagen@saarbruecken.de
- Planungsgruppe agl, Großherzog-Friedrich-Straße 47, 66111 Saarbrücken, Tel.: 0681 96025-0, info@agl-online.de